

# Forum Umwelt & Entwicklung



## DESERTIFIKATION -

1 MRD. MENSCHEN SITZEN AUF DEM TROCKENEN

### AUS DEM INHALT

- ❑ Entwicklungsbremse Desertifikation -  
*Jürgen Gliese*
- ❑ Deutschland und die Desertifikation -  
*Ulrike Bickel*
- ❑ Interview: Desertifikation und Armut -  
*von: Martina Seyi*
- ❑ Wasser und Wüste - nicht nur ein  
Gegensatz - *Dr. Mariam Akthar-Schuster*
- ❑ NRO in der Desertifikationsbekämpfung -  
*Prof. H.G. Mensching*
- ❑ Aktuell: Wasser als Streitpunkt globaler Um-  
welt- und Entwicklungspolitik -  
*Dörte Bernhardt*



# DESERTIFI- KATION

## 1 MRD. MENSCHEN SITZEN AUF DEM TROCKENEN

### Impressum:

Herausgeber:  
Projektstelle Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn  
Telefon: 0228-35 97 04  
Fax: 0228-35 90 96  
E-mail: forumue@compuserve.com  
Internet: **NEU !!** www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier  
Redaktion: Irene Knoke, Jürgen Gliese  
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Dieser Ausgabe ist als Beilage die Einladung zur Konferenz Debate 21 beigefügt (s.S. 31)

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2000.

# INHALT

- Editorial - *Jürgen Maier* 2

### Schwerpunktthema: Desertifikation

- Entwicklungsbremse Desertifikation - *Jürgen Gliese* 3
- Deutschland und die Desertifikation - *Ulrike Bickel* 6
- Interview: Desertifikation und Armut - von: *Martina Seyi* 8
- Wasser und Wüste - nicht nur ein Gegensatz -  
*Dr. Mariam Akthar-Schuster* 11
- NRO in der Desertifikationsbekämpfung - *Prof. H.G. Mensching* 12

### Aktuell: Wasser

- Wasser als Streitpunkt globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik -  
*Dörte Bernhardt* 13

### Rio +10

- Rio +10 - ein Gipfel mit offener Agenda - *Jürgen Maier* 16

### Brennpunkt: Spritpreise

- Die französische Krankheit - *Jürgen Maier* 19

### Aus den Arbeitsgruppen

- Feilen am Design des Klimaregimes - *Manfred Treber* 21
- Zur Klimastrategie der EU - *Anja Köhne* 22
- Machen Sie sich stark für den Klimaschutz - *AUFRUF* 23
- Aufruf zu Aktionen - *Rudolf Buntzel-Cano* 24
- Saatgut für Alle - *Positionspapier* 25

### Weitere Berichte

- Nachhaltige Entwicklung mit dem Balkan-Stabilitätspakt? -  
*Stefan Rostock* 27
- Wege finden für eine internationales Indikatorensystem -  
*Jutta Stadler* 29
- Kirchliche Hilfswerke starten Postkartenaktion 30
- Debate 21 - *Andrea Sieb, Stefan Rostock* 31

- Veranstaltungen/Termine 32

- Publikationen 35



## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

die im Dezember in Bonn stattfindende 4. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation ist der Anlass, den Schwerpunkt des Rundbriefs auf dieses Thema zu legen. Desertifikation - allein schon der Begriff geht vielen schwer über die Lippen. Gemeint ist die Wüstenbildung: Unangepasste Landnutzung im Verbund mit Klimaänderungen verwandeln einst fruchtbare Landstriche zunehmend in Steppen, Halbwüsten und schließlich Wüsten. Vielen sind die Hungerbilder aus der Sahelzone noch in Erinnerung, wo dieser Prozess zum ersten Mal eindrücklich der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt wurde. Aber auch in Regionen wie Brasilien, Zentralasien oder selbst Süds Spanien ist dieses Phänomen zu beobachten, und es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in Regionen mit einst üppiger tropischer Vegetation wie Indonesien Desertifikation zu beobachten sein wird.

An sich ist also Desertifikation wie kaum ein anderer Themenkomplex geeignet, die enge Verbindung von Umwelt- und Entwicklungspolitik zu verdeutlichen. Warum ist aber Desertifikation kein Thema in Deutschland (und man kann getrost sagen, auch in anderen Industriestaaten)? Die Vertragsstaatenkonferenz der Konvention, am Sitz des Konventionssekretariats, ist eine Gelegenheit, Desertifikation und die Mechanismen und Strukturen, die dazu führen, stärker in den Blickpunkt auch der deutschen NRO zu rücken. In vielfältiger Weise arbeiten wir nämlich zu desertifikationsrelevanten Fragestellungen: Standortunangepasste Landwirtschaft ist einer der Hauptfaktoren, die zu Wüstenbildung führen. Möglich wird dies oft erst durch die Abholzung von Wäldern zur Gewinnung neuen Farmlands, nachdem das alte, ebenfalls durch Abholzung gewonnene, nach wenigen Jahren versteppt ist. Verfehlte Handelsstrukturen führen oft erst zu dieser standortunangepassten Landwirtschaft, wenn etwa in ariden Gebieten wasserintensiver Anbau betrieben wird oder überhöhte Viehbestände alles abgrasen. Der Klimawandel, verursacht primär durch die geradezu delirische Sucht der Industriestaaten nach fossiler Energie, schlägt vor allem in den Entwicklungsländern zu: Die von El Niño und La Niña verursachten Dürren oder das drohende Ausbleiben des Monsuns durch die Erwärmung der Himalaya-Region haben weit verheerendere Auswirkungen als der Orkan Lothar in Frankreich und Süddeutschland.

Desertifikation ist also ein Querschnittsthema, und die Bonner Vertragsstaatenkonferenz ist daher auch eine Einladung an alle NRO, sich mit dieser Querschnittsthematik auseinanderzusetzen [s. Kasten auf Seite 8].

Ein besonders enger Kontext zur Wüstenbildung besteht natürlich in der Wasserfrage. Am 7. September veranstaltete das Forum Umwelt & Entwicklung gemeinsam mit VENRO ein Fachgespräch zur internationalen Wasserpolitik, das auf unerwartet große Resonanz stieß. Süßwasserpolitik spielt eine immer größere Rolle in den Umwelt- und Entwicklungsverhandlungen und im Rio-Prozess. Die Bundesregierung plant einen großen Wasserkongress im Dezember 2001 in Bonn als Beitrag zum Rio+10-Prozess. Deutsche NRO spielten in der internationalen Wasserpolitik bislang keine sehr große Rolle. Der Leitungskreis des Forums hat sich daher überlegt, ob nicht eine AG Internationale Wasserpolitik im Forum gegründet werden sollte. Ein Bericht dazu von Dörte Bernhardt steht daher in engem Zusammenhang mit unserem Schwerpunktthema. Wer sich für die Mitarbeit in einer solchen AG interessiert, ist herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Vor der Desertifikationskonferenz kommt allerdings noch im November die Haager Klimakonferenz. Sie ist die letzte Chance, die Weichen soweit zu stellen, dass das Kyoto-Protokoll nicht nur tatsächlich einen umweltpolitischen Effekt haben wird, sondern auch zum Rio+10-Gipfel 2002 in Kraft treten kann. Die Ratifikationsprozesse dauern erfahrungsgemäss lange, selbst in Ländern, in denen - im Gegensatz zu den USA - die Parlamente den Regierungsvorlagen normalerweise zustimmen. [siehe die Beiträge der AG Klima].

Rio+10 wird eine Serie sein, die ab diesem Rundbrief bis 2002 nunmehr regelmäßig erscheinen wird. Die Zehnjahresbilanz des Rio-Prozesses ist eine durchaus zwiespältige Angelegenheit, in jedem Fall aber auch eine Chance, wieder mehr Schwung in die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik zu bringen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die NRO gemeinsam dazu beitragen. Ich möchte alle Leserinnen und Leser einladen, sich daran zu beteiligen.

  
Jürgen Maier

# Entwicklungsbremse Desertifikation

## *Die Spirale von Armut und Umweltzerstörung in Folge von Bodenzerstörung*

Desertifikation ist ein in der deutschen Sprache nicht gerade geläufiger Begriff. Weniger die Abfolge von Konsonanten und Vokalen bereitet Schwierigkeiten, als vielmehr, dass uns der „Gegenstand“ im Wortsinne „fern“ liegt. Im amtlichen Deutsch mit „Wüstenbildung“ übersetzt bedeutet Desertifikation die Verödung und Versteppung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in jenen Weltgegenden, die in der Sprache der UN Drylands genannt werden: den ariden, semi-ariden und trocken subhumiden Gebieten des Globus. Dass dazu auch die Urlaubsländer am Mittelmeer gehören, erschließt sich nicht sofort: suggeriert doch die sprachliche Verbindung zu Wüsten exotische Ferne zur mitteleuropäischen Lebenswelt.

Nicht zuletzt dieses exotische Moment verstellt den Blick auf die tatsächliche Dramatik der weltweit rasant fortschreitenden Bodenverschlechterung (Degradation) auf landwirtschaftlichen Anbauflächen: nach Schätzungen der FAO gehen jährlich an die 10 Millionen ha Acker- und Weideland unwiederbringlich verloren. Weltweit finden diese Veränderungen auf ca. 1/3 aller Landflächen statt, eine Milliarde Menschen leben in diesen Regionen. Naturwissenschaftlich bedeutet Desertifikation die Zerstörung des physikalischen, biologischen und chemischen Gleichgewichts im Boden. Die wesentlichen Ursachen der Desertifikation liegen in der Übernutzung von Böden, Wasser und Vegetation; sie werden durch Klimaschwankungen verstärkt.

Bodendegradation ist ein schleichender Prozess. Der Pflanzenbewuchs geht

zurück, die Bodenfruchtbarkeit nimmt ab, Ernteerträge werden geringer. Die Böden versalzen, mangels Durchwurzelung nimmt ihre Fähigkeit ab, Wasser zu speichern, die Krume wird zunehmend durch Wind und Wasser abgetragen. Gerade im Klima der Tropen und Subtropen zehren Böden sehr schnell aus.



*Desertifikation ist der Prozess der fortschreitenden Verödung von Landschaften bis hin zur Verwüstung.*

### Langsam aber sicher...

Für die Mehrheit der Bewohner in den Trockenzonen ist Boden die Hauptrohstoffquelle. Er dient der Nahrungsmittelherzeugung, liefert Baustoffe (Holz, Lehm, etc.) und Energie (Holz) und liefert agrarische und mineralische Rohstoffe und Exportgüter (Baumwolle, Erdnüsse, Kupfer, Gold, etc.). Für die Kleinbauern, die den überwiegenden Teil der ländlichen Bevöl-

kerungen stellen, bedeutet Desertifikation in erster Linie verminderte Einkommen.

Die Versuche, diese Einbußen kurzfristig auszugleichen, werden mit dauerhaften Schäden an den natürlichen Grundstoffen teuer erkaufte: Ackerbau wird auf Flächen ausgedehnt, die nur als Wald oder zur Weide geeignet sind; nicht angepasste Anbaumethoden, wenn etwa mit dem Tiefpflug auf flachgründigen Sandböden gearbeitet wird, führen innerhalb kurzer Zeit zu dauerhaften Schäden; Brachezeiten werden nicht eingehalten, dem Boden werden mehr Nährstoffe entzogen als sich natürlich nachbilden. Letztlich verarmt der Boden immer mehr und die Ernteerträge werden immer geringer. Weil Geld und Wissen für nachhaltige Bodenbewirtschaftung fehlen, schraubt sich die Spirale von armutsbedingter Desertifikation und von Desertifikation bedingter Armut unaufhaltsam weiter.

Dennoch betrifft Desertifikation nicht nur die ländliche Bevölkerung. Denn anders als in industrialisierten Gesellschaften ist die lokale und nationale Landwirtschaft Grundlage der Nahrungsmittel- und Grundstoffversorgung der Städte. Deren Versorgung mit Trinkwasser und Energie beruht im Wesentlichen auf den natürlichen Ressourcen, die durch Desertifikation knapper werden: Grundwasser und Brennholz.

Hinzu kommt, dass Desertifikation Ursache eines stetigen Zustroms der verarmten ländlichen Bevölkerung auf der Suche nach neuen Einkommensquellen in die Städte ist. In den kommenden Jahren rechnet das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) mit über 100 Millionen Menschen, die wegen nachlassender Bodenfruchtbarkeit zur Abwanderung gezwungen sein werden. Dass diese Wanderungsströme sich nicht mehr an nationalen Grenzen orientieren, sondern auch hier eine „Globalisierung“ stattfindet, ist zunehmend auch in Europa zu spüren.



## Zum Beispiel Mali...

Als Kondjo Kamissoko aus Nara (im Norden Malis) ein Junge war und von seinem Vater gelegentlich in eines der wenige Kilometer entfernten Nachbardörfer geschickt wurde, kam das immer einer Mutprobe gleich. Direkt am Ortsrand begann eine Baum- und Buschlandschaft so weit das Auge reichte, in deren dichtem Unterholz allerlei wilde Tiere lebten. Sogar Kaimane gab es an den Tümpeln im Busch, welche sichere Tränke für die jahrein, jahraus vorbei ziehenden Viehherden waren. Wer heute - etwa 40 Jahre später - den Ort an der gleichen Stelle verlässt, hat ein weites Blickfeld. Kein Baum und kaum ein Strauch versperren den Blick. Der Boden ist sandig, und wird von einem immer wehenden Wind aufgewirbelt. In wenigen Tümpeln steht nur in den wenigen Wochen während der Regenzeit Wasser. Um Brennholz zu finden, müssen Tagesmärsche zurückgelegt werden, und Aussaat und Ernte sind zwei Paar Schuhe: auch wenn noch immer in jedem Jahr ausgesät wird, ist allzu oft die Ernte zu gering, um die Schulden zu decken, die gemacht werden mussten, nachdem die letzte aufgezehrt war. Kondjo kann es sich nicht erlauben, das ganze Jahr in Nara zu bleiben. Sobald er die wenigen Säcke Hirse seiner Ernte gedroschen hat, macht er sich auf die lange und anstrengende Reise ins über 2000 km entfernte Abidjan, um dort in Konkurrenz mit etwa 2 Millionen anderer Männer aus dem gesamten Westafrika zu versuchen, Geld zum Unterhalt seiner Familie zu verdienen. In seinen jungen Jahren hätte Kondjo Nara bestenfalls verlassen, um etwas dazu zu verdienen. Heute muss er es tun, damit seine Familie nicht verhungert.

So haben die über 100 Kommunalvertreter auf dem Weltforum der Bürgermeister in Bonn im vergangenen Sommer eines auf jeden Fall festhalten wollen: egal, wohin sich die Migranten wenden, es werden immer die Städte und Kommunen sein, die den großen Teil der Konsequenzen der Landflucht zu tragen haben.

## ... und vor allem mit weitreichenden Folgen

Nach Schätzungen des UNEP verursacht Desertifikation jährlich weltweit Produktionsausfälle von über 40 Milliarden US Dollar; das ist mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt aller Sahelstaaten zwischen Senegal und dem Horn von Afrika. Desertifikation gefährdet die Sicherung der Grundbedürfnisse Ernährung, Gesundheit und Bildung; sie steht in einem ursächlichen Zusammenhang zu Verelendung, Abwanderung und kriegerische Konflikte als Folge knapper werdender Ressourcen.

Die am meisten betroffenen Länder in Afrika, Süd- und Zentralasien sowie im südlichen Lateinamerika bewerten nicht zuletzt deshalb Desertifikation als einen zentralen Hemmfaktor für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Weniger dramatisch wird Desertifikation in den nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten, den USA oder Australien bewertet. Obwohl etwa die USA zu den am stärksten betroffenen Einzelstaaten gehört, zählt sie bis dato nicht zu den über 160 Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation. Das hat einen einfachen Grund: im Gegensatz zu den armen Staaten können sie aus eigener Kraft die notwendigen Mittel zur Entschärfung der Desertifikationsfolgen aufbringen, während die armen Länder auf internationale Zusammenarbeit zur Überwindung der Entwicklungsbremse Desertifikation angewiesen sind.

Dennoch haben auch die Gesellschaften im Norden ein großes Eigeninteresse, das Fortschreiten der Desertifikation zu bremsen. Der Boden der Trockenzone ist eine bedeutende Senke für Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), das mengenmäßig bedeutsamste Treibhausgas, und Methan (CH<sub>4</sub>). In den tropischen und subtropischen Böden sind ca. 37 t Kohlenstoff pro Hektar gespeichert. Verschwindet der Pflanzenbewuchs, setzen bodenchemische Prozesse ein, die große Mengen des im Boden gespeicherten CO<sub>2</sub> und Methan freisetzen und damit maßgeblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen. In den Böden der Trockengebiete ist die 30-fache Menge des derzeit weltweit jährlich ausgestoßenen CO<sub>2</sub> gebunden.

Ebenfalls von globalem Interesse ist die angesichts der stetig wachsenden Weltbe-

völkerung zurückgehende Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen und damit verbundene Gefährdung der Ernährung für große Teile der Weltbevölkerung. Allein in den nächsten 20 Jahren wird sich der Bedarf an Nahrungsmitteln weltweit verdoppeln. Dass dies vor allem die Menschen im Süden trifft, wo sich nahezu die gesamte Bevölkerungszunahme in den kommenden Generationen konzentrieren wird, sollte nicht zu der Annahme verleiten, der Norden sei nicht von den absehbar drastischen sozialen und humanitären Problemen und Kosten von Nahrungskrisen betroffen.

Es wird nicht möglich sein, das Problem der Desertifikation ausschließlich in den betroffenen Ländern zu überwinden. Bodendegradation, Klimaveränderungen oder auch die Abholzung nicht nur der tropischen Wälder sind eine direkte Konsequenz der Politik, der Konsummuster und der Produktionsweisen, die von den Industriestaaten auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke global durchgesetzt werden.

Tragfähige Lösungen des Desertifikationsproblems erfordern neben technischen Maßnahmen auf der Ebene der Landnutzer in den betroffenen Ländern sowie förderlicher politischer Rahmenbedingungen global verankerte ökologische und soziale Standards für den internationalen Wirtschaftsverkehr und vor allem Maßnahmen zur Überwindung der arbeitsbedingten Übernutzung von landwirtschaftlichen Flächen.

Nur abgestimmte langfristige Strategien zur Kohärenz der politischen und wirt-

## Zum Beispiel Bohnen

Da für Rindfleisch ein Importverbot in die EU besteht, fördert die tansanische Regierung andere Exportkulturen. Rund um das Dorf Naberera bestellen einige Großfarmen 30.000 ha mit Bohnen: Saatgut für Europa und die USA. Die Farmen liegen auf den fruchtbaren Böden. Sie blockieren den Zugang zu den Wasserstellen der auch bei uns berühmten Massai. Diese müssen ihre Weidewirtschaft aufgeben und abwandern. Sie werden zu Empfängern von internationalen Nahrungsmittelhilfen.



## Die internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD)

Mit der UN Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD) besteht seit 1996 ein völkerrechtlich verbindliches Regelwerk, das die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Desertifikation verbessern soll. Zusammen mit dem Klimarahmenschutzabkommen und dem Abkommen zur Artenvielfalt ist sie eine der 3 großen Konventionen des Rio-Prozesses. Sie hat zum Ziel, förderliche politische Rahmenbedingungen für nachhaltige und wirksame Aktivitäten zur Überwindung der Desertifikation zu schaffen.

Kernstücke für die Umsetzung der Konvention sind nationale Aktionsprogramme (NAP), in denen jedes Land seinen Weg zur Desertifikationsbekämpfung festlegt. Eine besondere Anforderung an die Qualität der nationalen Aktionsprogramme ist, dass sie die vordringlichen Probleme der am schwersten betroffenen Bevölkerungen aufgreifen und diese bei der Programmerstellung wie bei der Umsetzung einbinden. Das Konzept einer Bevölkerungsbeteiligung - und damit einer Willensbildung „von unten“ (bottom-up approach) - wird mit der Desertifikationskonvention zum ersten Mal in einem internationalen Vertragswerk der Vereinten Nationen festgeschrieben. Es stellt für viele Länder eine völlig neue Herausforderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dar: Es müssen politische Weichenstellungen für dezentrale Entwicklungsanstrengungen unter maßgeblicher Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Kräfte erfolgen.

zung der begrenzten Mittel und Ressourcen. Die Verpflichtungen der Konvention verlangen weiterhin, dass - ein Novum in der internationalen Zusammenarbeit - Wege aufgezeigt werden, wie unter verantwortlicher Mitwirkung der betroffenen Bevölkerungen, und besonders der Frauen, die Desertifikation überwunden werden kann. Die Geberländer haben sich verpflichtet, ihre Entwicklungspolitik auf die nationalen Programme auszurichten, indem diese zur Grundlage für die Schwerpunktfindung und Gestaltung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden. [s. folgender Beitrag]

Dabei taucht auch ein weiteres Problem auf: Für die Entwicklungspolitiker und -praktiker in den Geberländern stellt sich zunehmend das Problem, den fortschrittlichen Ansatz der Konvention der eigenen Bevölkerung zu vermitteln und sie sozusagen reif für die globale Verantwortung zu machen. Dies stellt eine Herausforderung an die Kreativität und den politischen Willen zu neuen Aktionsformen dar, da zugebenermaßen hierfür Blaupausen bisher fehlen.

Jürgen Gliese

Der Autor ist Koordinator der AG Desertifikation des Forum Umwelt & Entwicklung und steht auch für weitere Informationen zur Verfügung: Schifferstraße 33A; D-60594 Frankfurt am Main; Telefon: 069-61 99 37 06 ; Fax : 069-61 99 37 07; E-mail: ag.d@gliese.de

schaftlichen Rahmenbedingungen versprechen einen Ausweg. Der Weg dahin ist nicht einfach, aber er ist das Ziel. Um die hehre Theorie der Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation überzeugend in die Niederungen der Praxis zu tragen, müssen alle Beteiligten viel Überzeugung und Ausdauer einbringen - und vor allem einen entschlossenen Willen zum Erfolg.

Die Länder werden Auskunft darüber geben, inwieweit es ihnen gelungen ist, nationale Aktionsprogramme zu erstellen, die den Kriterien der Konvention genügen. Was dabei von den Ländern verlangt wird, die zum Teil zu den ärmsten der Welt gehören, ist nicht wenig: sie müssen abgestimmte, ja kohärente Politikrahmen schaffen für eine optimale Nut-

### Ausblick: UN-Konferenz in Bonn

Vom 11.-22. Dezember 2000 werden die über 160 Vertragsstaaten der UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation zu ihrer 4. Konferenz zusammenkommen. Über 2000 Regierungsbeamte, Minister sowie Vertreter von UN-Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen werden zwei Wochen lang in Bonn über die bisherige Umsetzung der Konvention beraten. Dabei wird besonders die weitere Gestaltung des Umsetzungsprozesses im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

Die Debatte wird sich im Wesentlichen auf die Länderberichte aus Asien und Lateinamerika stützen; bei der letzten Vertragsstaatenkonferenz wurden bereits die Berichte der afrikanischen Länder vorgestellt, wo mit der Umsetzung schon in der Übergangszeit vor dem offiziellen Inkrafttreten der Konvention Ende 1996 begonnen wurde.

## Tourismus, Desertifikation und die Rechte der lokalen Bevölkerungen

### Ein Beispiel aus Kenia von Daoud Tari Abkula, Borana (Kenia), [Interview in blätter des iz3w 241, 1999]

„Viele Nomaden im Norden Kenias sind während der Trockenzeit auf die Weiden und Wasserstellen innerhalb der Nationalparks angewiesen. Mit militärischen Mitteln wird uns der Zugang verweigert. Nur hin und wieder können die Parkwächter, wenn sie aus einem Nachbardorf kommen, ein Auge zudrücken. So werden unsere traditionellen Weidegründe täglich neu illegalisiert. Und das, obwohl diese viel älter sind als die kenianischen Nationalparks und auch viel älter als das koloniale Rechtssystem der Briten, auf das die Nationalparkpolitik ja zurückgreift. Wenn die westlichen Entwicklungsorganisationen sich im Bereich Tourismus engagieren, dann sollen sie, statt mit der staatlichen Parkverwaltung oder dem Wildlife Service über eine touristische Vermarktung zu sprechen, die lokalen Gemeinschaften konsultieren. Sie sollen die bereits existierende Landnutzung als prioritär anerkennen. Sie sollten uns darin unterstützen, Informationen über den Tourismus vollständig und für alle zugänglich zu machen. Sie könnten sich für eine Planung und Entwicklung touristischer Wirtschaft innerhalb der lokalen Gemeinschaften gegenüber den Regierungs- und Verwaltungsgremien stark machen, community based und von den lokalen Formen der Kommunikation und Verhandlung ausgehend.“



# Deutschland und die Desertifikation

## Die Bedeutung der UN-Konvention über die Desertifikationsbekämpfung

Die Desertifikationskonvention der Vereinten Nationen (CCD, 1996) - als eine der drei Rio-Übereinkommen - regelt die Zusammenarbeit der von Desertifikation betroffenen Staaten, insbesondere in Afrika, und den Industrieländern. Im Kern geht es um die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit in den Trockenzonen der Erde. Wichtigstes Instrument der CCD sind die sog. Nationalen Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung (NAP) als Rahmen für alle Maßnahmen der betroffenen Länder zur Umsetzung der Konvention. In Deutschland ist die Desertifikationsbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein wichtiges Thema und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) maßgeblich mitgestaltet.

Die NAP sind sehr breit angelegt und umfassen u.a. Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes mit dem Ziel der Armutsbekämpfung (z.B. Entwicklung alternativer, d.h. vor allem nicht-landwirtschaftlicher Einkommensquellen), zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen (z.B. Erosionsbekämpfung) sowie Aktivitäten im Bereich „capacity building“. Dieses breite Spektrum unterstreicht den Entwicklungscharakter der Desertifikationskonvention. Einige Beispiele aus Ländern, die bereits ein NAP erarbeitet haben, zeigen klar positive Effekte in Form einer engeren und qualitativ verbesserten Geberabstimmung (z.B. Mali, Burkina Faso, Senegal).

Die Desertifikationskonvention integriert stärker als die beiden Rio-Konventionen zu Klima und Artenvielfalt Aspekte der Entwicklung und Armutsbekämpfung. Sie ist als Rahmen für die EZ in Trockengebieten von besonderer Bedeutung. Denn erstmals stellt sie wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kooperation auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage, wie z.B.

- die effektive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung,
- die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen,
- eine wirksamere Abstimmung und Bün-

delung der Geberaktivitäten, sowie □ eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren.

Insofern bietet die Konvention auch ein wichtiges und innovatives Instrument für eine globale Strukturpolitik. Die Konvention nimmt sich darüber hinaus ausdrücklich der Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Nutzung grenzüberschreitender natürlicher Ressourcen an. Sie kann damit einen entscheidenden Beitrag zur Krisenprävention leisten.

### Aktuelle Verhandlungsthemen

Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion steht die kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der CCD. Bei der letzten Vertragsstaatenkonferenz (1999) konzentrierte sich diese Bestandsaufnahme zunächst auf die Länder Afrikas. Als Hauptproblem wurde einvernehmlich die noch ungenügende Einbindung der CCD in die etablierten Mechanismen der Entwicklungszusammenarbeit identifiziert. In einer entsprechenden Entscheidung haben sich Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen verpflichtet, den Prozess der Umsetzung der Desertifikationskonvention zukünftig stärker in die laufende bi- und multilaterale Kooperation zu integrieren („Mainstreaming“). Dadurch soll verhindert werden, dass die Implementierung der Nationalen Aktionsprogramme isoliert von den etablierten Mechanismen und damit auch den Finanzierungsmöglichkeiten der EZ verläuft.

Des Weiteren gehört die Frage der Finanzierung im Kontext der CCD zu den traditionell besonders umstrittenen Themen. Während die Entwicklungsländer an ihrer Forderung nach zusätzlichen Mitteln festhalten, beispielsweise durch ein separates Fenster der Globalen Umweltfazilität (GEF), verweisen die Industrieländer auf das in der Desertifikationskonvention verankerte „multi-source funding“-Prinzip, das eine Bündelung und bessere Fokussierung der bestehenden Instrumente der bi- und multilateralen EZ beinhaltet.

Drittens schließlich drängen die Entwicklungsländer seit 1997 auf eine institutionelle Erweiterung durch die Einrichtung eines separaten Nebenorgans zur Überprüfung der CCD-Umsetzung (CRIC). Diese Forderung wurde von den Industrieländern bislang jedoch unter

Hinweis auf das dezidierte Berichtswesen der Konvention und die zahlreichen bereits existierenden Evaluierungsstrukturen abgelehnt.

### Deutschland und die Umsetzung der Konvention

Die Desertifikationsbekämpfung bildet bereits seit Mitte der achtziger Jahre einen Förderschwerpunkt der deutschen bilateralen EZ [1]. Sie markiert auch in Zukunft einen prioritären Bereich unserer Kooperation. Derzeit laufen rd. 250 Vorhaben mit einem Gesamtzusagevolumen von ca. 2,8 Mrd. DM. Förderbereiche sind das Ressourcenmanagement auf lokaler Ebene (Erosionsschutz, Agroforstwirtschaft, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie ländliche Entwicklung), der Aufbau personeller und institutioneller Kapazitäten, sowie die partizipative Erarbeitung der Nationalen Aktionsprogramme.

Die Bundesregierung ist sich der Tatsache bewusst, dass nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in Deutschland noch erhebliche Bemühungen zum Mainstreaming der CCD erfolgen müssen. Die Bedeutung der CCD und der anderen Umwelt- und Entwicklungskonventionen als potentielle strategische Rahmen für nachhaltiges Ressourcen-Management wird noch nicht generell anerkannt. Die CCD als neues Instrument für die Gestaltung nationaler und internationaler Strukturveränderungen muss auch auf der deutschen Seite noch stärker im Bewusstsein der Entscheidungsträger verankert und in die EZ-Abläufe integriert werden.

Deshalb werden besondere Anstrengungen zur Integration der CCD in laufende EZ-Vorhaben unternommen:

1. In den Partnerländern sollen die NAP in die Planungsprozesse für Nationale Nachhaltige Entwicklungsstrategien integriert werden, um die Maßnahmen mit anderen Sektoren abzustimmen und Doppelarbeit zu vermeiden.
2. Auf deutscher Seite konzentriert sich das institutionelle Mainstreaming auf eine Thematisierung und Verankerung der CCD in Ländergesprächen, Länderkonzepten und Schwerpunkt-Strategiepapieren des BMZ. Im derzeitigen Konzentrationsprozess auf Schwerpunkt-Kooperationsländer und -Aufgabenbereiche konnte der Umwelt- und Ressourcenschutz in vielen Ländern erfolg-



reich als prioritäres Politikfeld verankert werden. Durch Bereitstellung von Informationsmaterial arbeitet das BMZ kontinuierlich daran, ein größeres Bewusstsein für die Bedeutung der CCD in den EZ-Durchführungsorganisationen zu schaffen. Neben einer Reihe von Publikationen zur CCD finden auch im Rahmen der Weltausstellung „Expo 2000“ öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen über nachhaltiges Ressourcenmanagement und die CCD statt.

3. Hinzu kommen „*Mainstreaming*“-Bemühungen auf multilateraler Ebene (z.B. Weltbank, regionale Entwicklungsbanken), u.a. mit dem Ziel, potente Geber für die Konventionsumsetzung zu mobilisieren. Dazu werden beispielsweise Instrumente für eine verbesserte Nutzung bestehender EZ-Mechanismen bei der Umsetzung der CCD (z.B. UNDP *Round Tables*) aktiv unterstützt. Auf EU-Ebene erfolgt derzeit eine aktive Geberkoordinierung, um insbesondere in Afrika eine sinnvolle Aufteilung der Verantwortlichkeiten zur Begleitung der NAP-Umsetzungsprozesse zu erreichen. Auch werden in zwei Pilotvorhaben Qualitätsstandards und Indikatoren erarbeitet, um die Umsetzung der CCD zu messen, sowie um förderliche und hinderliche ökonomische Strukturen bei der Desertifikationsbekämpfung zu identifizieren.

#### Ausblick

Deutschland hat den CCD-Verhandlungsprozess von Anfang an aktiv mitgestaltet. Diese aktive Rolle wurde - im Rahmen einer intensiven und gut funktionierenden Abstimmung auf EU-Ebene - bei den drei bisherigen Vertragsstaatenkonferenzen (1997 Rom, 1998 Dakar, 1999 Recife) fortgesetzt. Nachdem 1999 afrikanische Staaten im Mittelpunkt standen, wird auf der 4. Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2000 in Bonn insbesondere die Umsetzung der CCD in Lateinamerika und Asien thematisiert. Deutschland vertritt folgende Verhandlungsschwerpunkte:

- Fortsetzung der *Mainstreaming*-Bemühungen,
- Aktive und konstruktive Auseinandersetzung mit der umstrittenen Frage der Finanzierung der CCD-Umsetzung,
- Follow-up zu den Nationalen Aktionsprogrammen (Geberkoordinierung zur

Begleitung der NAP-Umsetzungsprozesse),

- Synergiebildung, d.h. wie können bei der Umsetzung der drei Rio-Konventionen weitere Synergieeffekte erzielt werden? („*capacity building*“, Harmonisierung des Berichtswesens, Öffentlichkeitsarbeit, Informationssysteme),

Ein besonderes Anliegen ist es für die deutsche EZ, die zivilgesellschaftliche Beteiligung bei der Umsetzung der CCD zu verankern. In Deutschland besteht ein fruchtbarer Austausch zwischen dem BMZ und der AG Desertifikation des Forum Umwelt und Entwicklung, aus der 1999 ein Vertreter die offizielle Verhandlungsdelegation nach Recife begleitet hat. Ferner unterstützen BMZ und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ) mit dem CCD-Netzwerk eine Initiative zum überregionalen Informationsaustausch im Bereich Desertifikationsbekämpfung und Management natürlicher Ressourcen. Dieses CCD-Netzwerk ist thematisch orientiert, und setzt sich aus GTZ-Vertretern von Projekten (In- und Ausland), Regionalgruppen, sowie aus Mitarbeitern des BMZ, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und internationalen Organisationen zusammen. Weitere Kooperation besteht mit dem Netzwerk deutscher Wissenschaftler, die in der Forschung im Bereich Desertifikation tätig sind und sich stärker in den Prozess der CCD-Umsetzung einbringen wollen.

In den Partnerländern unterstützt die Bundesrepublik im Rahmen laufender Projekte der technischen Zusammenarbeit Konsultativprozesse mit den beteiligten zivilgesell-

schaftlichen Akteuren, um den Prozess der CCD-Umsetzung gemäß den Prinzipien Partizipation, Dezentralisierung und Demokratisierung mit voranzutreiben und die Bildung eines nationalen ownership [2] zu fördern. Auch im Regierungsdialog werden immer wieder die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit NRO, eine effektive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung sowie die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen als wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kooperation thematisiert.

Ulrike Bickel und  
Marion Fleuth-Leferink

Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen des BMZ Umweltreferates (412).

[1] s. deutscher CCD-Nationalbericht auf der Homepage des BMZ ([www.bmz.de](http://www.bmz.de)) unter dem Stichwort Publikationen.

[2] Ownership (Sich-Zueigen-Machen) bezeichnet die Verantwortungsübernahme eines Landes für seinen Entwicklungsprozess. Nationale Strategien und Programme sollen nicht von außen vorgegeben, sondern im Land selbst erarbeitet werden, so dass eine höhere Akzeptanz der Programme im Land erwartet wird.



Kinder im Flüchtlingslager in Smara, Algerien. Kadir von Lohuizen.

»Herumtreiber«

Unsere solidarische Unterstützung und Projekthilfe gilt Menschen, die sich zusammentun und ihre wirtschaftliche und soziale Situation in die eigene Hand nehmen.

In Afrika, im Nahen Osten und Lateinamerika.

Was tun wir da?

Wo und wie?

Infos bei



medico international  
Obermainanlage 7  
D-60314 Frankfurt/Main  
Tel: 069 94438-0  
Fax: 069 436002  
eMail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
[www.medico.de](http://www.medico.de)

Spendenkonto  
1800 Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01





## Welche Aktionen sind geplant für COP-4?

Die 4. Konferenz der Vertragsstaaten der UNCCD (COP-4) wird vom 11. bis 22. Dezember in Bonn stattfinden. Mehr als 2.000 Delegierte aus den Bereichen Politik, Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) werden in Bonn erwartet. Der geplante Tagungsort ist der ehemalige Plenarsaal des Bundestages. Aktuelle Informationen zur COP-4 stehen auch auf der Homepage der UNCCD ([www.unccd.de](http://www.unccd.de)) zur Verfügung. Hierfür sind selbstverständlich wieder eine ganze Reihe von Aktionen seitens der NRO geplant, die von der AG Desertifikation und der Projektstelle aus koordiniert werden. Die Vorbereitungen finden sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene statt, Aktionen sowohl im Vorfeld als auch während der Konferenz.

- Bereits Ende September soll ein Treffen mit dem Exekutiv-Sekretär der UNCCD, Arba Diallo aus Burkina Faso, stattfinden.
- Für Oktober/November ist ein Fachgespräch geplant zu Beiträgen deutscher NRO in Arbeitsfeldern, die von der UNCCD als besonders relevant angeführt werden.
- Zur inhaltlichen Vorbereitung für die Presse ist ebenfalls im Vorfeld der Konferenz ein Medienworkshop geplant.
- Abstimmungsprozesse mit europäischen NRO zu den Inhalten in allen Fragen der Konvention, die bei der COP behandelt werden, sollen Positionen bündeln.
- Am 16.11.2000 findet ein vorbereitender Workshop statt, organisiert von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten

Nationen (DGVN) unter Mitwirkung des Forum Umwelt & Entwicklung, mit dem Titel „Boden gewinnen - der Kampf gegen die Wüste“

- Unmittelbar vor der Konferenz wird es einen zweitägigen Nord-Süd-Workshop für die teilnehmenden NRO VertreterInnen geben.
- Während der Konferenz soll es eine Ausstellung geben, bei der die deutsche NRO sich präsentieren können. Bewerbung um die Zuteilung von Ausstellungsfläche beim UNCCD Sekretariat (Antonio Pires), bzw. Kopie an die AG Desertifikation.
- Ebenso soll es *Side events* geben. Hierfür laufen die Vorbereitungen noch, so dass wir noch keine genaueren Angaben machen können.
- Täglich soll eine COP-Zeitung der NRO erscheinen, die auch ins Internet gestellt wird, so dass sie täglich abrufbar ist.
- An zwei halben Konferenztagen gibt es sog. „Open Dialogue Sessions“ - plenare Diskussionsveranstaltungen, die von den NRO gestaltet werden.
- Das Forum Umwelt & Entwicklung begleitet mit einem kleinen Team die NRO bei den Aktivitäten während der Konferenz.

Kontaktpersonen für weitere Informationen zu den Aktivitäten sind:  
Jürgen Gliese, AT-Verband; Telefon: 069-61993706, Fax: -707;  
Email: [ag.driod@gliese.de](mailto:ag.driod@gliese.de) (Inhaltlich/organisatorisch)  
Gerald Knäuf, Forum U & E; Telefon: 0228-359704, Fax: -096;  
Email: [forumue@compuserve.com](mailto:forumue@compuserve.com) (Logistik)

## „Desertifikation und Armut – das sind 2 Kameraden, die gehen Hand in Hand“

*Interview mit Soungalo Traore und Richard Mimoungou (Burkina Faso)*

Seit 8 Jahren ist Soungalo Traore Koordinator des „Projet Agro-Ecologie/Sahel (PAE)“ in der Provinz Oudalan, einem trilateralen Ressourcenmanagementprojekt der Deutschen Welthungerhilfe, der burkinischen landwirtschaftlichen Beratungsbehörde und dem DED. Er ist Beamter und spricht als Privatperson.

Richard Mimoungou ist Präsident der „Association pour la Protection de la Nature (APN)“ in der Provinz Soum. Diese setzt sich seit 1994 für die Unterzeichnung und Umsetzung der Desertifikationskonvention (im Rahmen der Agenda 21) durch die Erstellung des nationalen Aktionsplans (PAN) ein.

*Infolge der Desertifikation sind natürliche Ressourcen knapp und es entstehen zu-*

*nehmend Verteilungskonflikte um ihre Nutzung. Diese Ressourcen sind jedoch die Basis für landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherung. Kannst Du mir ein Beispiel eines solchen Konfliktes beschreiben und wie darauf Einfluss genommen werden kann?*

**ST:** Zuerst möchte ich betonen, dass es auch sehr viele Formen des erfolgreichen Zusammenlebens gibt. Aber kommen wir zum Konflikt zurück. Es gibt 3 typische Fälle: erstens zwischen Landwirten derselben ethnischen Berufsgruppe, zweitens bei Neuzuwanderungen und das häufigste Beispiel zwischen Viehhaltern und Ackerbauern. Der Ackerbauer ist immer vor Ort. Der umherziehende Viehhalter führt seine Herde zur Weide und muss dabei in die Nähe von Ackerbauflächen, um

noch Weide zu finden. Es kann passieren, dass der Hirte die Tiere nicht im Griff hat oder es wenigstens so aussieht. Die Rinder dringen in die Getreidefelder ein und verursachen Schäden an den Kulturen. Wenn alle Beteiligten sich einig darüber sind, dass dies ein Versehen war, kann schnell eine Lösung im gegenseitigen Einvernehmen gefunden werden. Wenn aber jemand den Eindruck hat, dass die Herde absichtlich vom Hirten in die Felder getrieben wurde, entsteht ein Streit. Der breitet sich zwischen den Familien aus und kann zu einer ernsthaften, gewalttätigen Auseinandersetzung führen, bei der sogar schon die Armee eingreifen musste. Der Ackerbauer ist immer vor Ort. Daher besteht die Tendenz, ihm Recht zu geben. In den meisten Fällen endet es mit einer fi-



nanziellen Entschädigung des Ackerbauern, deren Höhe je nach bewertetem Schaden von der Landwirtschaftsbehörde festgelegt wird.

*Diese gewalttätigen Fälle zeigen, wie wichtig eine Unterstützung in diesem Problemfeld ist. Wie kann ein Projekt wie das PAE darauf Einfluss nehmen oder Vorsorge treffen?*

**ST:** Wie gesagt, der Ackerbauer wird oft als Opfer angesehen. Tatsächlich stellt sich aber die Frage nach der Bodenverknappung. In Anbetracht der Ressourcendegradierung und der steigenden Bevölkerungszahl wird immer mehr Fläche in Kultur genommen. Man könnte z.B. sagen, dass der Sahel ein ausgesprochenes Tierhaltungsgebiet ist. Faktisch gibt es heute aber ebenso viele Ackerbauern wie Viehhalter. Das ist offensichtlich. Ich kann leider nicht behaupten, dass man in Burkina heute von einer Einhaltung ackerbaulicher Zonen und von für Viehhaltung vorbehaltenen Zonen sprechen kann. Es gibt keine Information, keine Vereinbarungen darüber; d.h. dass man keine exakten Grenzen festlegen kann.

Auf technischer Ebene berät das PAE in Erosionsschutz und nachhaltigen Anbaumethoden, indem land-, forst- und tierwirtschaftliche Techniken miteinander kombiniert werden. Dies führt zu einer nachhaltigen Steigerung der Flächenproduktivität. Als Ressourcenmanagement-Projekt klärt es über angepasste Flächennutzung auf. Wir beraten ebenso auf umsichtige Weise die Bauernorganisationen zur Schlichtung der Nutzungskonflikte im gegenseitigen Einvernehmen. Für die dörfliche Bevölkerung bedeutet ein Eingriff von außen sehr viel. Wird uns von einem Fall berichtet, versuchen wir immer die lokalen Autoritäten einzubeziehen, sie daraufhin zu sensibilisieren, dass eine Lösung innerhalb des Dorfes gefunden werden sollte. Der Eingriff von außen selbst ist schon ein Problem, welches sich spiralförmig weiterentwickelt. Die beschuldigte Familie wird diesen Eingriff nie verzeihen und wenn sich ein anderes Problem ergibt, wo sie diesmal Opfer ist, wird sie auf die gleiche Weise reagieren. Es ist sehr wichtig die Dorfbevölkerung zu einer internen Lösung zu bewegen. Es ist das häufigste Mittel, das wir anwenden und oft erfolgreich.

*Und in welchem Fall akzeptieren sie dann den direkten Einfluss des PAE?*

**ST:** Wir gehen zuerst aufs Dorf, um in einem genau definierten Rahmen mit ihnen gemeinsam etwas zu entwickeln, z.B. zur nachhaltigen Ressourcennutzung. Da kennen wir ihre internen Konflikte nicht. Durch diese enge Zusammenarbeit haben die Bauern Vertrauen zu uns gewonnen und wir wissen über bestimmte Verhältnisse im Dorf Bescheid. Jetzt müssen wir natürlich nicht auf die Konflikte warten, sondern sie in unserem Interventionsprogramm mit der Bevölkerung von vornherein mitdenken. Hier arbeiten wir auch mit der Gebietsverwaltung zusammen. Es gibt viele Themen, die wir in unser Programm einbringen können um Konfliktvorsorge zu betreiben.

*Richard, wie wurde der nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Desertifikationskonvention erstellt und was ist sein Inhalt?*

**RM:** Was die Erstellung betrifft wurde in der ersten Phase ein Rahmen geschaffen, in dem sich alle Betroffenen äußern können. Denn das Schlüsselwort der Konvention lautet Partizipation, Teilhabe. Der Schwerpunkt wurde zuerst auf Information und Aufklärung der Basisgemeinden gesetzt: Was ist das überhaupt, und wie sollte die Umsetzung der Konvention durch den Aktionsplan aussehen?

In der zweiten Phase wurden Studien erstellt, die zur Erarbeitung des Vorschlags des nationalen Aktionsplans notwendig waren. Der Vorschlag wurde anschließend zur Verbesserung allen Beteiligten auf Bezirks-, Provinz- und Regionalebene sowie auf nationalem Niveau vorgelegt. Diese Verbesserung erfolgte innerhalb der lokalen, dezentralen Komitees, die zu diesem Zweck geschaffen worden waren.

Der Inhalt dieses ziemlich dicken Dokuments birgt 2 Aspekte: erstens die 7 Achsen vordringlicher Arbeitsbereiche, zweitens die Einrichtung eines nationalen Fonds zur Umsetzung der Desertifikationskonvention. Die 7 Arbeitsbereiche sind:

1. nachhaltige Ressourcennutzung (d.h. die Rolle von Boden und Vegetation);
2. die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung;
3. die Schaffung institutioneller, politischer, juristischer und ökonomischer Rahmenbedingungen;
4. die Weiterentwicklung lokalen Know-Hows;

5. die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit;
6. die Stärkung der Wirtschaftskraft und der Verhandlungsfähigkeit der von bisherigen Entwicklungsbemühungen besonders benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen;
7. die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zur Erstellung eines Aktionsplanes. Dies betrifft z.B. alle Länder, deren Staatsgebiet teilweise oder ganz in der Sahelzone liegt und die deshalb ähnliche Probleme zu lösen haben.

Auf Kontinentsebene gibt es ebenfalls Bemühungen um übergeordnete Aktionspläne (Afrika, Asien, Lateinamerika).

Schließlich wurden Ziele und angestrebte Ergebnisse formuliert. Für jeden Arbeitsbereich wurden Indikatoren zur Zielerreichung entwickelt. Alle Partner des nationalen Aktionsplans müssen sich nun an diesen Bereichen orientieren, wenn sie ihr Entwicklungsprogramm festlegen. Man möchte nicht mehr dieses Durcheinander verschiedener Vorgehensweisen durch die Vielfalt der Partnerorganisationen. Der nationale Aktionsplan ist kein Projekt, sondern ein Rahmen, der die Mechanismen der Entwicklungszusammenarbeit definiert, die Mechanismen zur Umsetzung der Konvention. Der nationale Fonds legt die Modalitäten der finanziellen Beteiligung fest, d.h. dass jeder Partner zu einem einzigen Fonds beiträgt, damit diese große Maschine „Nationaler Aktionsplan“ in Gang gesetzt werden kann. Egal, ob internationale oder lokale Nichtregierungsorganisation, Projekte, alles wird zusammengelegt. Anschließend wird der Fonds auf regionale und Provinz-Ebene dezentralisiert, wo alle Partner über die örtlichen Entwicklungsprogramme Zugang haben.

*Welche Bilanz ziehen Sie bezüglich der Schaffung politischer, institutioneller, juristischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen? Vorhin haben wir gehört, dass die Zonen verschiedener Flächennutzung nicht festgelegt sind.*

**RM:** Meine Beobachtung ist, dass sich die Rahmenvereinbarungen langsam in Gang setzen. Es gibt die Gesetzestexte zur Agrar- und Bodenrechtsreform. Die Bauern wissen noch nicht einmal was das ist! Es ist zu technisch. Und bevor diese Zonen festgelegt werden, sollten die Basisgemeinden wissen, was diese Texte für sie



bedeuten. Und diese Texte sollten auch noch mehr die verschiedenen Realitäten und Mentalitäten der einzelnen Landesteile widerspiegeln.

Was die ökonomischen Rahmenbedingungen angeht, kann man eigentlich nur von einer allgemeinen Massenverarmung sprechen. Somit müssen Mittel gefunden werden, damit jeder Sterbliche mit einem Einkommen zumindest in Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes rechnen kann. Das wäre ja schon was. Das Problem der Desertifikation geht immer einher mit Armut.

*Was war die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei der Erarbeitung des nationalen Aktionsplan?*

**RM:** Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Unterzeichnung und Ratifizierung der Konvention selbst. Ihre Vertretung in den verschiedenen Gremien ist nicht immer gleich hoch wie die der staatlichen Dienste. Aber es gibt immer Vertreter, die als Mitglieder der verschiedenen zentralen und dezentralen Koordinationskomitees zu Wort kommen. Die NRO haben die Informations- und Aufklärungsarbeit in der ersten Phase der Umsetzung geleistet. Sie haben die Texte in lokale Sprachen übersetzt, damit die Bevölkerung damit arbeiten kann. Das war die Voraussetzung für die wirkliche Teilhabe der ganzen Bevölkerung an der Erarbeitung des nationalen Aktionsplan. Sie haben die Diskussionen auf dem Dorf geführt. Es sind Formulare entwickelt worden, die jedem Dorf, jedem Bezirk, jeder Provinz und Region die Möglichkeit gegeben haben, Probleme und Entwicklungshindernisse, sowie eine potentielle finanzielle Beteiligung am nationalen Fonds anzugeben. Diese Formulare wurden auf Provinzebene zusammengeführt und zu regionalen Berichten verarbeitet. Dies wurde auf nationaler Ebene zum Vorschlag des nationalen Aktionsplan weiterbearbeitet. Dieser Vorschlag ging dann wieder zwecks Verbesserung und Überprüfung auf alle Koordinationsebenen zurück, um die endgültige Fassung zu erstellen. Während des nationalen Forums vom 6. bis 9. Juli 1999 mit den verschiedenen Vertretern der Provinzen, der lokalen Autoritäten, der Basisgemeinden und Nichtregierungsorganisationen fand noch eine Lesung statt und der Aktionsplan wurde angenommen.

*In letzter Zeit gibt es in der Entwicklungshilfe die Tendenz, die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen derjenigen mit staatlichen Strukturen vorzuziehen. Was haltet Ihr davon?*

**ST:** Es stellt sich zunächst einmal die Vertrauensfrage bei der Mittelverwaltung. Aber eine schlechte Finanzverwaltung kann in beiden Fällen existieren. Das ist eine Frage des Gewissens, folglich der Persönlichkeit derer, die verwalten. Die staatliche Verwaltung ist schwerfällig. In einer NRO oder einer Vereinigung gibt es ein ausführendes Organ, ein Büro, welches Antworten auf alles gibt, und man weiß, wer für was verantwortlich ist. Der Geldgeber weiß, wo er hingehen muss, um die Antworten zu bekommen, die ihn interessieren. Aber ab einem bestimmten Betrag muss man häufig den Staat einbeziehen, um bestimmte Aktivitäten zu finanzieren. In diesem Fall muss man dezentralisieren und versuchen, die Verantwortlichkeiten auf lokalem Niveau zu behalten und zwar von Anfang an. Die Kontrolle der Mittelverwendung ist dann leichter.

Der Geldgeber sollte Konditionen, einen Rahmen geben, außerhalb dessen er auch nicht finanzieren sollte. Und wenn es ein gutes Programm gibt, kann der Staat auch mit bewährten NRO zusammenarbeiten. Darüber sollte nicht nur geredet werden; da muss auch Ernst gemacht werden. Bei den kleinen Finanzierungen sollten die Vereinigungen bevorzugt werden.

**RM:** Der Staat, das ist jedermann und niemand. Warum? Das Geld läuft durch jedermanns Hände und dort wo es gebraucht wird, bleibt nichts mehr übrig. Und warum ist der Staat niemand? Jeder staatliche Dienst hat ein genau festgelegtes Arbeitsprogramm. Ein staatliches Projekt zusätzlich schafft Probleme bei der Umsetzung. Der Staat kann nicht überall sein. Es gibt nicht ausreichend Beamte, die auch noch gut ausgebildet sind für die Aufgaben, die sich stellen. Also verringern einige ihr Arbeitspensum, erfinden Berichte, weil sie durch Routine wissen, was geschrieben werden muss. Bei NRO und Vereinen sind die Ziele klar festgelegt, die Kontrolle ebenfalls.

**ST:** Wenn dann auch noch Entwicklungszusammenarbeit und Politik vermischt wird, wird es kompliziert. Wenn jemand nicht mit der vorherrschenden Vorgehensweise einverstanden ist, wird er oder sie ausgeschlossen.

*Aber das gibt es doch bei Nichtregierungsorganisationen ebenso?*

**RM:** Wenn man dort nicht gleicher Meinung ist, ist das eine Sache zwischen Individuen...

**ST:** ...interne Politik...

**RM:** Das ist kein allgemeinpolitisches Problem, an Parteizugehörigkeit oder anderes gebunden. Das sind Auseinandersetzungen, die vorkommen und sogar notwendig sind, um zu einem gemeinsamen Ergebnis oder zu einer Kurskorrektur zu kommen.

**ST:** Dieses Problem kann durch konsequentere Personalauswahl gelöst werden. Auf staatlicher Ebene bei den großen Projekten wird dies sonst zu einem Verbrechen. Bei der Auswahl der Führungskräfte großer Projekte sollte der Geldgeber beteiligt werden, um die erfahrensten, am besten ausgebildeten und professionelle Kräfte zu finden. Wenn es heute auf begrenzter Ebene eine gute NRO gibt, sollte diese auch finanziert werden.

*Ihr, die Ihr die Desertifikation und die Armut täglich erlebt, was erwartet Ihr von einer Partnerschaft mit den sogenannten entwickelten Ländern, in Anbetracht der Tatsache, dass die Desertifikationskonvention völkerrechtlich bindend für alle unterzeichnenden Staaten ist?*

**RM:** Wir reden von Partnerschaft, aber wir leben in unterschiedlichen Kontexten, dem Kontext der deutschen Öffentlichkeit zu dem der afrikanischen. So weit ich weiß ist Deutschland nicht von Desertifikation betroffen. In Deutschland herrschen andere Probleme vor, wie z.B. die Ozonschicht, die Klimaveränderungen oder der Artenschutz. Das ist ihre Priorität. Wir erwarten von den deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen große Anstrengungen bei der Aufklärung über die Desertifikationsproblematik. Das Phänomen ist nicht sehr bekannt. Aber es ist kein neues Problem. Ich sagte bereits, dass die Desertifikation und die Armut zwei Kamearden sind, die Hand in Hand gehen. Wir können unsere Umwelt nicht wiederherstellen ohne gegen die Armut zu kämpfen. Vielleicht trägt dies zur Solidarität bei. *Ich danke Euch für dieses Gespräch.*

*Das Interview wurde durchgeführt von  
Martina Seyi*

Martina Seyi ist Diplom Agrarbiologin und seit 1998 Entwicklungshelferin des DED in Burkina Faso.



# Wasser und Wüste - nicht nur ein Gegensatz

## *Die Bedeutung von Wasser in der Desertifikationsforschung*

**Wasser und Wüste sind zwei Begriffe, die ihre natürliche Beziehung zueinander in ihrer Gegensätzlichkeit haben. Bei den Degradationsprozessen von Böden, die zur Verwüstung führen, sind Wasser, bzw. die Verfügbarkeit von Wasser, und Vertrocknung jedoch keine Gegensätze mehr, sondern stehen in ursächlicher Beziehung zueinander. Der Wandel von Landnutzungssystemen und andere politische Veränderungen haben die Auswirkungen mangelnder Wasserverfügbarkeit verstärkt. Der folgende Artikel von Dr. Mariam Akhtar-Schuster geht auf diesen Wirkungszusammenhang von Wasser und Desertifikation ein, gibt Beispiele für alarmierende Desertifikationsprozesse und versucht, mögliche Lösungswege aufzuzeigen:**

Der Mensch verursacht Desertifikation in Trockengebieten durch die Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Die Nutzung der Ressourcen Vegetation, Boden und Wasser kann so intensiv sein, dass die Regeneration für eine Wiederherstellung nicht ausreicht. Der stetige Rückgang dieser Naturressourcen führt zur Entstehung wüstenähnlicher Landschaften. Dieser Prozess ist in allen Trockengebieten dieser Erde zu beobachten. Besorgniserregend sind jedoch die ökologischen Ausmaße und die sozio-ökonomischen Folgen der Desertifikation, speziell in den sog. unterentwickelten Ländern. Gerade hier fehlt es an wissenschaftlichem und technischem Know-how sowie an politischen Instrumenten, um die Desertifikation effizient zu bekämpfen.

Die Intensität des menschlichen Eingriffs in den Naturhaushalt hängt entscheidend sowohl von der zeitlichen als auch der räumlichen Verfügbarkeit von Wasser ab. Somit nimmt die wissenschaftliche Bewertung des Wassers in Trockengebieten die zentrale Rolle in der Desertifikationsforschung ein. Langzeitliche Feldforschungen aus dem Sahel weisen eindeutig darauf hin, dass die allmähliche, durch die Ressourcenübernutzung und damit vom Menschen eingeleitete 'Vertrocknung' der Landschaft durch Dürrejahre erheblich mitgesteuert und beschleunigt wird. Sol-

che Jahre mit keinen bzw. mit extrem unterdurchschnittlichen Jahresniederschlagsmengen führen in Trockengebieten nicht nur zu brisanten und konfliktgeladenen Engpässen der bereits katastrophalen Wasserversorgung der Menschen, sondern auch zur weiteren und nachhaltigen Verschlechterung der natürlichen Regenerationsfähigkeit der Naturressourcen.

Unvorhergesehen einbrechende Dürren und damit Jahre mit einer extrem schlechten Wasserverfügbarkeit sind ein natürliches Charakteristikum aller Trockengebiete weltweit. Niederschlagsvariabilitäten von über 50% sind z.B. typisch für den traditionellen Nutzungsraum Nordsahel. Es muss die Frage gestellt werden, wie die Desertifikation besonders in den letzten Jahrzehnten so gravierende räumliche Ausmaße und Intensitäten auch in semi-ariden Regionen erreichen konnte, die schon seit jeher vom Menschen genutzt wurden?

### **Veränderungen in den Landnutzungssystemen**

Durch den technischen Fortschritt und die politischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit sind speziell mobile, traditionelle Landnutzungssysteme in den Trockengebieten geschwächt worden. Die Nomaden Nordafrikas, eine Region, die heute sehr stark von der Desertifikation betroffen ist, wandern z.B. mit ihren Tieren seit jeher den Niederschlägen nach. Die durch die Niederschläge verursachte Keimung führt schnell zur Entstehung saisonaler Weiden, die jedoch von den wandernden Tieren zeitlich gesehen nie lange beansprucht werden. Fällt der Niederschlag in einem Jahr unterdurchschnittlich aus, so werden die Tiere in feuchtere Gebiete getrieben. Diese werden oft als Rückzugsgebiete bezeichnet.

Eine flexible Anpassung der Ressourcennutzung an die jährlich veränderte Ressourcenverfügbarkeit ist typisch für alle traditionellen Landnutzungssysteme in Trockengebieten. Eine regelmäßige Überschreitung der Tragfähigkeiten der Ressourcen konnte demzufolge für weite Flächen gemieden werden.

Die Marginalisierung mobiler Landnutzungssysteme ist in fast allen Trockengebieten in zweifacher Weise eingeleitet worden. Die staatlich geförderte Sesshaftmachung vieler mobiler Landnutzergrup-

pen führte zur Ausweitung der stationären, auf Dürren empfindlich reagierenden Landbewirtschaftung (u.a. Regenfeldbau). Durch die Sesshaftmachung wurden ehemalige Gruppenstrukturen gelockert bzw. aufgelöst, so dass traditionelle Überwachungs- und wassergesteuerte Ressourcenallokationssysteme, die in den traditionellen Systemen auf nachhaltige Ressourcennutzung orientiert waren, wegfielen. Infolge dieses Machtvakuum trat eine individuelle, auf Nutzungsmaximierung hin orientierte Ressourcenexploitation ein. Des Weiteren wurden Bewässerungslandwirtschaft und die großflächige Anlage von Bewässerungsgebieten entlang von Flüssen gefördert, deren Einzugsgebiete in feuchteren Klimazonen liegen, und die als große und ganzjährige Wasserspende die Trockengebiete durchqueren. Hierfür kann beispielhaft das Gezira-Bewässerungsgebiet mit einer Fläche von über 2 Mio. Feddan (1 Feddan = 0.42 ha) zwischen dem Weißen und Blauen Nil in der Republik Sudan genannt werden. Solche Bewässerungsgebiete nehmen oft Areale ein, die den mobilen Tierhaltern ehemals als Rückzugsweiden dienten. Anhand der extremen Dürren der achtziger und neunziger Jahre lässt sich belegen, dass sich die mobilen Tierhalter mit ihren Viehherden auf den verbliebenen Rückzugsweiden, in der unmittelbaren Umgebung zu den Anbaugebieten, drängten. Dort mussten sie mit den Ackerbauern um die Ressourcen konkurrieren [vgl. hierzu auch das Interview in diesem Rundbrief]. Ein intensives und langes Überstreifen der Tragfähigkeit der Naturweiden führte insbesondere hier zum Rückgang der für die Tierhaltung wichtigen trockenjahreszeitlichen Rohproteinlieferanten in der Krautschicht. Land-Degradation im unmittelbaren Einzugsbereich von 'technisch fortschrittlich' bewirtschafteten Gebieten ist besonders schwerwiegend und besonders typisch für Trockengebiete.

### **Zum Beispiel: Aralsee**

Als weiteres Beispiel kann die sehr aktuelle Desertifikationslandschaft im Aralsee-Becken angeführt werden. Bis in die frühen 60er Jahre war der Aralsee der viertgrößte See der Welt. Seitdem hat der See 2/3 seines Volumens verloren. Dabei hat sich seine Fläche halbiert und der Wasserspiegel ist um mehr als 16 m ge-



fallen (World Atlas of Desertification, 1997). Der Salzgehalt des Seewassers steht heute dem des Meerwassers in Nichts nach. Wieder ist es der unsachgemäße Umgang des Menschen mit den Naturressourcen gewesen, der zu dieser Umweltkatastrophe geführt hat. Es war primär das unter der Regierung der ehemaligen UdSSR begonnene Anlegen großräumiger Bewässerungsgebiete in Zentralasien (hauptsächlich für den Baumwollanbau), die den Aralsee dramatisch schrumpfen ließen.

Die Folgen des Rückgangs des Wassers sind sowohl ökonomisch als auch ökologisch verheerend. Der Zusammenbruch der seit jeher wichtigen Fischerei in der Aralseeregion ist auf den durch die Umweltveränderungen eingeleiteten Schwund einheimischer Fischarten zurückzuführen. Durch das für die Bewässerung von Ackerland umgeleitete Wasser der Flüsse Amu Darya und Syr Darya sind die Grundwasserstände in der Region dramatisch gefallen. Durch den Wind wird Staub aus dem freigelegten Seebett ausgetragen und auf Ackerland abgelagert. Das Einatmen dieser Kleinstpartikel kann jedoch auch zu extremen gesundheitlichen Schäden führen.

Verstärkt wird die Desertifikation in einer 126 580 km<sup>2</sup> großen Fläche des Aralseebeckens zusätzlich durch die hohen Tierbestände, sowie exzessive Abholzungen, welche die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Vegetation übersteigen. Obwohl die Umweltlage des Aralseebeckens prekär ist, gibt es Hoffnung. Vor kurzem haben die fünf zentralasiatischen GUS-Länder im Einzugsbereich des Aralsees offiziell ihre Intentionen geäußert, die Desertifikationsprobleme im Aralseebecken durch gemeinsame Anstrengungen und durch die Unterstützung des Auslands zu bekämpfen. Ein weiterer Hoffnungsschimmer ist, dass trotz der beinahe flächendeckenden Degradation des Aralseebeckens schwerwiegende Desertifikationsprozesse zumindest nicht großflächig auftreten, wie dies beispielhaft im Sahel der Fall ist. Trotzdem muss jetzt sofort mit Bekämpfungsmaßnahmen gegen Desertifikation begonnen werden, denn ca. 8 % des Aralseegebietes sind bereits jetzt stark desertifiziert und mehr als 1/3 der Fläche ist auf dem besten Wege dahin, wobei immerhin noch die Hälfte der Gesamtfläche als sehr schwach

bis schwach desertifiziert einzustufen ist (World Atlas of Desertification, 1997).

Trotz der Problematiken, die durch die Einführung moderner Nutzungs- und Verfügungssysteme entstehen, gilt es nicht, tradierte Nutzungsprinzipien wieder einführen zu wollen. Vielmehr müssen zur Entwicklung ressourcenschonender Landnutzungsstrategien die ökologischen Mängel gegenwärtig praktizierter Ressourcennutzungssysteme aus wissenschaftlicher Perspektive aufgezeigt und angegangen werden. Bei der Desertifikationsbekämpfung sind wissenschaftliches und technisches Wissensmanagement und Wissenstransfer und damit der internationale Dialog unverzichtbar. Hierbei

sind Nichtregierungsorganisationen ein wichtiger Bestandteil des Synergieprozesses. Denn über das Gelingen oder Misslingen von Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung entscheidet letztlich die Akzeptanz und die Beteiligung der Zivilgesellschaft in den betroffenen Regionen.

*Dr. Mariam Akhtar-Schuster*

Die Autorin ist promovierte Diplomgeographin und hat in mehreren Forschungsprojekten seit 1988 über die Desertifikationsproblematik und Entwicklung nachhaltiger Ressourcennutzungsstrategien in Nordost-Afrika gearbeitet. Die Autorin ist Mitglied des Deutschen Kompetenznetzwerks für Forschung zur Desertifikationsbekämpfung (Desert\*Net).  
Ing.-Büro Veenker, Heiligengeiststr. 19,  
30173 Hannover. Tel.: 0511 / 2849933.  
E-mail: akhtarschuster@compuserve.com

## NRO in der Desertifikationsbekämpfung

*Die beiden letztgenannten Aspekte des vorangegangenen Artikels werden hier wieder aufgenommen: Ansammlung von Kenntnissen und Wissensmanagement, sowie der Dialog mit und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beschreibt Prof. Mensching kurz die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NRO):*

Desertifikation als ein schwerwiegendes Umweltproblem in den Trockengebieten der Erde, in denen die meisten sog. Entwicklungsländer der Erde liegen, hat sowohl klimatische als auch vor allem anthropogene, d.h. vom Menschen ausgelöste Ursachen. Um eine wirkungsvolle Bekämpfung der fortschreitenden Degradierung des natürlichen Nutzungspotentials für die Ernährung der ständig wachsenden Bevölkerung auch in den Trockengebieten der Erde wirksam durchführen zu können, bedarf es umfassender Kenntnisse sowohl der natürlichen Voraussetzungen als auch der traditionellen Landnutzungssysteme. Denn: die Art der Bekämpfungsmaßnahmen muss sich nach den natürlichen Voraussetzungen und den anthropogen-soziologischen und politischen Gegebenheiten richten. Diese Kenntnisse können nur vor Ort erworben werden.

Viele NRO die mit der Bevölkerung in solchen Ländern in Projekten und bei Hilfsmaßnahmen eng zusammen arbeiten, haben die Möglichkeiten, solche Grundkenntnisse zu erwerben und zu verbreiten. Eine Zusammenarbeit mit Geo-Öko- und Sozialwissenschaftlern ist dabei wünschenswert. Vor allem in den Bereichen der Landnutzung, der ökologischen Anpassung mit all ihren Hilfsmaßnahmen - sowohl technisch wie in den traditionellen Landnutzungssystemen - sind genaue Kenntnisse erforderlich.

Viele Projekte von NRO sollten daher über ihre vorgegebenen Aufgaben hinaus die Grundlagen einer Desertifikationsbekämpfung mit erarbeiten und verbreiten - auch bei den dortigen Administrationen. Eine wichtige Aufgabe liegt dann auch auf dem Gebiet der Kenntnisverbreitung in den Schulen und Verbänden (z.B. *Farmers Union*). Da NRO-Projekte oftmals die besseren Partizipationskontakte haben, sollten diese Aufgaben - vor Ort - intensiviert werden, denn ohne die Bevölkerung in den Gebieten mit Degradation und Desertifikation sind Maßnahmen gegen diese Umweltzerstörung oft in ihrer Nachhaltigkeit wertlos. Die Mitarbeit der NRO ist notwendig und sollte intensiviert werden. Die Kontakte zur Wissenschaft können dabei hilfreich sein.

*Prof. Dr. H.G. Mensching*

Der Autor ist Geo-Öko-Wissenschaftler und hat als Forscher sowie Projektleiter Langzeitforschungen zur Desertifikationsproblematik in den Trockengebieten speziell Nordafrikas und Südamerikas durchgeführt. Prof. Mensching ist Mitglied d. Akademie der Wissenschaften zu Göttingen u. d. Leopoldina in Halle/Saale, sowie Gastdozent an der Universität Wien.  
Kontakt: Pulverhofsweg 46, 22159 Hamburg, Tel./Fax: (040) 6431680.



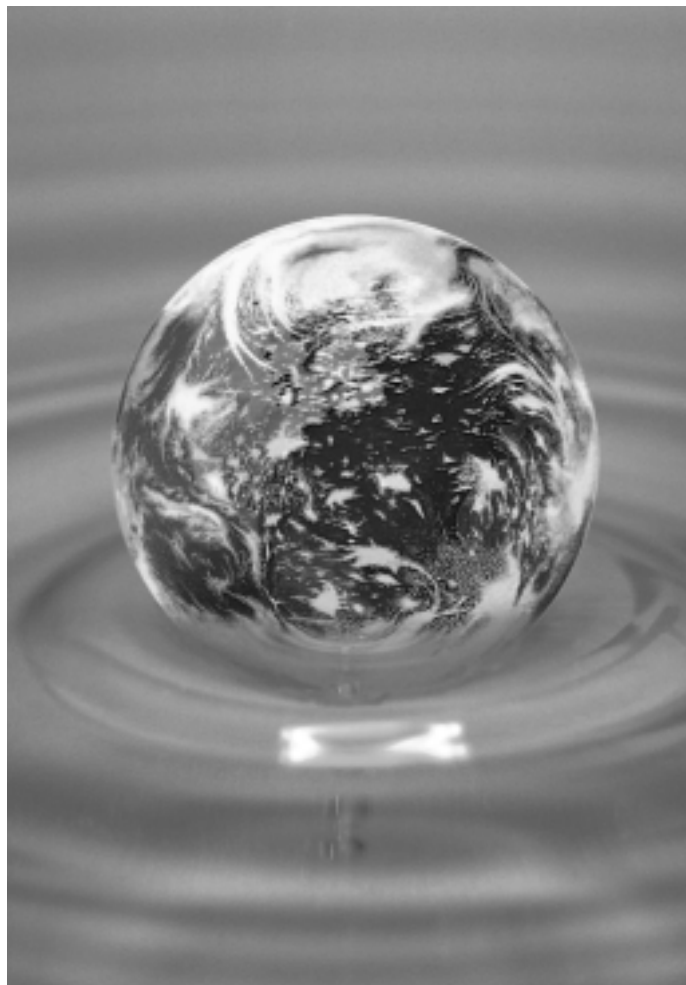
## Wasser als Streitpunkt globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik

Bericht über das Fachgespräch am 7.9.2000 in Bonn

Warum trifft man auf allen internationalen Konferenzen etwa zum Klimaschutz, zur Biologischen Vielfalt oder zum Handel auf eine Vielzahl deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO), während internationale Wasser-Gremien ohne ihre Expertise auskommen müssen? Offensichtlich ist es der hiesigen NRO-Gemeinschaft bisher nicht gelungen, eine Brücke zu schlagen zwischen nationaler/europäischer Wasser-Innenpolitik und dem Thema Wasser im internationalen Maßstab bzw. in der Entwicklungszusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund hat das Forum Umwelt & Entwicklung in Kooperation mit dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) am 7. September 2000 in Bonn ein Fachgespräch zum Thema „Wasser als Streitpunkt der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik“ durchgeführt.

Ziel der Veranstaltung war es, über den aktuellen Stand der (internationalen) Diskussion zu informieren und erste Anforderungen an eine internationale Wasserpolitik aus Sicht der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu diskutieren. Gleichzeitig soll damit eine breitere Diskussion über das Thema Wasser in Deutschland angestoßen werden, die vorbereitet auf die im Jahr 2002 anstehenden Verhandlungen im Rahmen von Rio + 10 und die in Bonn Ende 2001 stattfindende internationale Süßwasserkonferenz (*International Conference on Freshwater*).

In der Einführung zum Fachgespräch, das vor allem entwicklungspolitische NRO-VertreterInnen angezogen hatte, plädierte die Geschäftsführerin von VENRO, Dr. Ulla Mikota, nachdrücklich dafür, die gewonnenen Positionen in einen größeren politischen Kontext zu stellen und zu fragen, was diese Analysen



und Forderungen für die drei Standbeine einer nachhaltigen Entwicklungs- und Umweltpolitik, d.h. für globale Strukturpolitik, die konkrete Arbeit der NRO in den armen Ländern vor Ort sowie die sogenannte Inlandsarbeit in unserer eigenen Gesellschaft, bedeuten.

Die Vertreterin des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU), Dr. Astrid Bracher, ging auf die Ursachen der Süßwasserkrise (s. Kasten 1) und den daraus resultierenden Regelungsbedarf ein. Die internationale Staatengemeinschaft hat seit dem ersten

großen Weltgipfel zum Thema Wasser 1977 in Mar del Plata, Argentinien, zahlreiche Aktivitäten gestartet und Konferenzen abgehalten (s. Kasten 2), aber die Verschärfung der Wasserkrise nicht aufhalten können. Mit der „UN-Konvention zur nicht-schiffahrtlichen Nutzung grenzüberschreitender Binnengewässer“ liegt seit 1997 für den zwischenstaatlichen Bereich eine fundierte Kodifizierung des geltenden Gewohnheitsrechtes vor, die weltweit Mindeststandards setzt und erstmals Informations- und Konsultationspflichten enthält. Von der Konvention nicht abgedeckt sind jedoch beispielsweise geschlossene Grundwasservorkommen

sowie das Vorsorge- und Verursacherprinzip. Angrenzende Ökosysteme bleiben unberücksichtigt und es mangelt an einer „schwarzen Liste“ von hochgefährlichen Stoffen. Der WBGU fordert auf der institutionellen Ebene ein Aktionsprogramm und zieht die Verabschiedung einer politisch verpflichtenden Weltwassercharta der Aushandlung eines völkerrechtlich verbindlichen Übereinkommens - ähnlich der Klimarahmenkonvention - zum Süßwasserschutz vor. Weitere Empfehlungen des WBGU können dem Jahresgutachten 1997 entnommen werden [s. [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)].



## Kasten 1: Merkmale der Süßwasserkrise

Der Umgang mit Wasser - seine Erschließung, Verteilung, Nutzung, Reinhaltung und Abwehr - hat die Geschichte der menschlichen Zivilisation nachhaltig geprägt. Der Umgang mit Wasser ist aber auch eine der vorrangigen Aufgaben der Gegenwart. Heute leben rund 2 Mrd. Menschen ohne Zugang zu sauberem Trink- und Sanitärwasser, weltweit werden nur 5% der Abwässer gereinigt. Infolgedessen leidet jeder zweite Mensch in den Entwicklungsländern an einer wasserbedingten Krankheit; 5 Mio. Menschen sterben jährlich allein durch Verunreinigungen und Keime im Trinkwasser. Süßwasser ist der wichtigste limitierende Faktor für die Nahrungsmittelproduktion, und 70% des globalen Wasserverbrauchs werden schon jetzt in der Landwirtschaft genutzt. Um das Wasserdargebot zu sichern und zu steigern, werden weltweit bis zu 40.000 Staudämme betrieben, und täglich wird ein neuer Damm eingeweiht. Der Inhalt aller Stauseen entspricht dem 5fachen Volumen aller Flüsse der Erde. Internationale Konflikte um die kostbare Ressource sind bei wachsender Verknappung in vielen Teilen der Welt vorzusehen. Mit Blick auf äthiopische Planungen zu Staudammprojekten am Blauen Nil drohte beispielsweise der ehemalige ägyptische Präsident Sadat: „Wer mit dem Nilwasser spielt, erklärt uns den Krieg!“

Aus: „Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Süßwasser“, Jahresgutachten 1997 des WBGU

### Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Wasser

Henrike Peichert von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ) beleuchtete die Aktivitäten des Bundesministeriums für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beim Süßwasserschutz. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich beläuft sich auf jährlich 800 Mio. DM, womit Deutschland nach Japan der weltweit größte Geber ist. Die Gelder fließen vor allem in Projekte zum Gewässermanagement, aber das BMZ unterstützt z.B. auch die Arbeit der *World Commission on Dams*, die bis zum Herbst 2000 ihren Bericht über Kriterien und Richtlinien für künftige Planungen von Großstaudämmen vorlegen wird. Mit den Petersberger Gesprächen, die im März 1998 mit dem Internationalen Dialogforum zum Thema „Globale Wasserpolitik - Kooperation für grenzüberschreitendes Gewässermanagement“ begannen, hat das BMZ gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), dem Auswärtigen Amt (AA), der Weltbank und dem Entwicklungspolitischen Forum/DSE einen wichtigen Beitrag zum internationalen Konferenzgeschehen geleistet.

Henrike Peichert ging auch auf das 2. Welt-Wasser-Forum im März 2000 in Den Haag ein, zu dem auch eine große Anzahl von Süd-NRO eingeladen war.

Die in dieser Größenordnung neue Beteiligung und Einbeziehung von NRO konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass die verabschiedete Ministererklärung kaum Bezug auf die verabschiedeten Dokumente (*Framework for Action* und *World Water Vision*, [www.waterforum.org](http://www.waterforum.org)) nahm und sowieso völkerrechtlich unverbindlich ist. Dennoch gab es Fortschritte z. B. beim grenzüberschreitenden Gewässermanagement. Kontrovers diskutiert wurden das von vielen NRO geforderte Menschenrecht auf Wasser, das nicht in die Ministererklärung aufgenommen wurde, die *Private Public Partnership* (PPP) sowie Fragen der Grenzen nationaler Souveränitätsrechte in Bezug auf Wasserwege. Die nächste große Wasserkonferenz wird vom 3.-7. Dezember 2001 in Bonn stattfinden. Bedauerlicherweise lässt sich die Bundesregierung bei der Vorbereitung im *Steering Committee* von einem britischen NRO-Vertreter beraten, ohne die deutschen NRO davon in Kenntnis gesetzt zu haben.

### Kontroverse über Privatisierung der Wasserversorgung

Hans Hartung von FAKT-Consult (Fördergesellschaft für angepasste Techniken) war einer der wenigen deutschen NRO-Vertreter beim 2. Welt-Wasser-Forum in Den Haag. Er nahm in seinem Beitrag Bezug auf die Erklärung von Dublin (s. Kasten 3), die auf der Internationalen Kon-

ferenz zum Thema Wasser und Umwelt (ICWE) 1992 zur Vorbereitung der Rio-Konferenz im selben Jahr verabschiedet wurde. In Anlehnung an die Ernährungssicherheit (*Food Security*) setzte er sich für „*Household Water Security*“ ein. Den NutzerInnen muss ganzjährig Wasser relativ sicher zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, sollte der Wasserbedarf für verschiedene Nutzungen dem verfügbaren Wasser gegenübergestellt, d.h. integriertes Wasser-Ressourcen-Management (IWRM) betrieben werden. Auf eine geeignete Partizipation der Betroffenen, insbesondere der Frauen, sollten die Verantwortlichen auf keinen Fall verzichten. Wasser ist kein homogenes Gut und es ist vernünftiger, Wasser in unterschiedlichen Qualitäten für unterschiedliche Nutzungen zu gebrauchen. Die Lösungsansätze für große Städte und ländliche Gebiete werden verschieden ausfallen müssen, wie auch Stadtrandlagen und Kleinstädte einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen sind. Während soweit die meisten FachgesprächsteilnehmerInnen Zustimmung signalisierten, lösten Hans Hartungs Ausführungen zum 4. Leitsatz der Erklärung von Dublin (Wasser als Wirtschaftsgut) und zur Privatisierung kontroverse Diskussionen bei der abschließenden Diskussion im Plenum aus. Während für Hans Hartung und einen Teil der Anwesenden abgestimmte und angepasste Privatisierungsmodelle in Frage kommen, um z.B. in den großen Metropolen eine marode und herabgewirtschaftete staatliche Wasserversorgung wieder in Gang zu bringen, befürchteten andere, dass dies nur den internationalen Konzernen zu Gute kommt.

Auch für Michael Bender von der Grünen Liga, der in einem Exkurs auf die am Tag des Fachgespräches im Europäischen Parlament verabschiedete Wasserrahmenrichtlinie sowie die Privatisierungstendenzen in Deutschland einging, muss der 4. Leitsatz auf jeden Fall um das unveräußerliche Recht aller Menschen auf Zugang zu sauberem Wasser zu einem vernünftigen und für sie erschwinglichen Preis ergänzt werden.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) begrüßt die neue Wasserrahmenrichtlinie im Grundsatz, weil sie neben der Gewässergüte, die in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen im grünen Bereich liegt, auch strukturellen Eigenschaften von Flüs-



## Kasten 2: Wichtigste Weltgipfel zum Thema Wasser, 1997 - 2000

<b>11. März 1997</b> Marrakesch	1. Welt-Wasser-Forum.
<b>1.-5. September 1997</b> Montreal	9. Kongress der Internationalen Vereinigung für Wasserressourcen zum Thema: Wasserressourcen im 21. Jahrhundert: Konflikte und Chancen.
<b>3.-7. November 1997</b> Manila	4. Weltforum des Conseil de concertation sur l'eau potable et l'assainissement.
<b>November 1997</b> Yokohama	Treffen des Public Service International, bei dem ein Code für die Wasserversorgung gutgeheißen wird.
<b>18.-20. Dezember 1997</b> Valencia	Weltkonferenz zum Thema Umgang mit dem Wasser im 21. Jahrhundert - Auf dem Weg zu einer internationalen Rechtsprechung. Mit Unterstützung der Unesco.
<b>27.-30. Januar 1998</b> Harare	Expertentreffen zu Strategic approaches to fresh water management; Vorbereitung zur 6. Session der Kommission für eine nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) der Vereinten Nationen.
<b>März 1998</b> Bonn	Internationale Konferenz zum Thema International River Basin Management, auf Initiative der deutschen Regierung.
<b>19.-21. März 1998</b> Paris	Internationale Konferenz zum Thema L'eau et le Développement Durable (CIEDD), auf Initiative des französischen Staates.
<b>15. April - 1. Mai 1998</b> Paris	6. Session der Kommission für eine nachhaltige Entwicklung (CSD) zur Umsetzung der Agenda 21 im Bereich Schutz der Wasserressourcen (Aktion Wasser 21).
<b>3. Juni 1998</b> Paris	Internationale Konferenz der UNESCO zum Thema Wasserressourcen der Welt: L'eau, une crise imminente?
<b>18.-20. Juni 1998</b> Libanon	Internationale Konferenz zum Thema Droit international et droit comparé des cours d'eau internationaux. Education á une culture d'une eau partagée et protégée, auf Initiative der International University.
<b>18.-24. September 1998</b> Buenos Aires	Welt-Wasser-Kongress in Buenos Aires, organisiert von der International Water Association.
<b>17-22. März 2000</b> Den Haag	2. Welt-Wasser-Konferenz: From Vision to Action. Ministerkonferenz.

Quelle: Wasser für alle - Ein globales Manifest, Riccardo Petrella, 2000

## Kasten 3: Erklärung von Dublin

Das Wasser in der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung

### Leitsatz 1

Wasser ist eine empfindliche und sehr verletzbare Ressource - unverzichtbar für alle Lebewesen, für jegliche wirtschaftliche Entwicklung und die Umwelt.

### Leitsatz 2

Planung von Wasserversorgung sollte auf einem gemeinschaftlichen, partizipativen Ansatz beruhen, d.h. Nutzer, Planer und Entscheider sollen beteiligt werden.

### Leitsatz 3

Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Versorgung, dem Umgang und dem Schutz des Wassers.

### Leitsatz 4

Wasser hat einen wirtschaftlichen Wert für all seine Nutzungen und sollte als Wirtschaftsgut betrachtet werden.

Internationale Konferenz zum Thema Wasser und Umwelt (ICWE), 26.- 31. Januar 1992, organisiert von den Vereinten Nationen zur Vorbereitung des Weltgipfels von Rio de Janeiro im Juni 1992.

gespräches geeignet zu dokumentieren und die begonnenen Diskussionen fortzusetzen. Wer Interesse am Thema „Wasser“ hat und ggf. am Aufbau einer Arbeitsgruppe im Forum Umwelt & Entwicklung mitwirken möchte, die insbesondere die entwicklungs- und umweltpolitischen Aspekte der Wasserproblematik zusammen bringen soll, kann sich an die Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung bzw. an Dörte Bernhardt, zuständiges Leitungs-kreismitglied, wenden.

*Dörte Bernhardt*

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des deutschen Bundestages, stellvertretende Vorsitzende von Germanwatch und Mitglied im Leitungskreis sowie der AG Lokale Agenda 21 und Habitat des Forum Umwelt & Entwicklung.

**Kontakt:** Dörte Bernhardt 030/227-33278 bzw. 0179/4969372, doerte.bernhardt@gmx.de

sen Beachtung schenkt - z.B. Kanalisierung versus Renaturierung natürlicher Flussläufe - und durch die Orientierung an natürlichen Wassereinzugsgebieten engstirnige nationale Betrachtungen überwinden hilft. Da die Richtlinie verhindert, dass z.B. Spanien neue Dämme errichtet, die Portugal trockenlegen, kann sie auch als Modell für neue völkerrechtli-

che Lösungen im internationalen Wassermanagement gesehen werden.

Im Abschlussplenum setzten sich die TeilnehmerInnen des Fachgespräches mit der Frage auseinander, welche Beiträge Nichtregierungsorganisationen zur Lösung der weltweiten Wasserprobleme leisten können. Das Forum Umwelt & Entwicklung plant, die Ergebnisse des Fach-





## Rio +10

# Rio+10 - ein Gipfel mit offener Agenda

*Die Vorbereitungen für die 10-Jahres-Veranstaltung gehen in die Planungsphase*

2002 feiert der im Zuge der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung geborene Rio-Prozess sein 10-jähriges Bestehen. Doch gibt es wirklich Grund zum Feiern? Die Bilanz war bereits 5 Jahre nach dem Erdgipfel eher trostlos, und derzeit deutet nichts darauf hin, dass dies bei der 10-Jahres-Bilanz anders sein sollte. Was also tun? Lamentieren und Mahnen? Die aktuelle Diskussion um Ökosteuer und Steuervergünstigung für Vielfahrer zeigt, dass die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie immer deutlicher hinter den individuellen Interessenlagen zurücktritt. Müssen wir also erneut das Bewusstsein dafür schaffen, dass wir eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit dieser Erde haben? Beides wird nötig sein, und wie schwierig der Spagat zwischen Bilanz Ziehen einerseits und Neuem Schwung andererseits ist, zeigt der folgende Artikel.

Der Dialog muss daher rechtzeitig beginnen, und das Forum Umwelt & Entwicklung will in der Zeit bis 2002 diesen Prozess gemeinsam mit den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gestalten [s. Kasten]. Auch der Rundbrief wird von dieser Ausgabe an regelmäßig eine Rubrik Rio +10 beinhalten. Hier soll zum einen Bilanz gezogen werden in den einzelnen Themenbereichen der Agenda 21 und zu den UN-Konventionen und Protokollen. Zunehmend soll diese Rubrik aber auch mit Beiträgen gefüllt werden, die in die Zukunft schauen und Perspektiven für konkretes Handeln aufzeigen. Wir wollen so bis 2002 eine umfassende Mischung aus Bilanz und Neuanfang zusammenstellen und unseren Beitrag für eine weitergehende Diskussion leisten. Den Anfang macht in dieser Ausgabe der folgende Beitrag von Jürgen Maier, der der im Kasten angekündigten Konsultation nicht voraus greifen, sondern vielmehr einleitend das Szenario für eine 10-Jahres-Veranstaltung aufzeigen will. [Die Redaktion]

September 2000: Der „Erdgipfel“ von Rio 1992 hat seinen Platz im Guinness-Buch der Rekorde verloren. Kofi Annan lud die Staats- und Regierungschefs der Welt nach New York zum Millenniums-Gipfel, und 147 kamen - damit hätte der Erdgipfel seinen Platz als größte Versammlung von Regierungschefs aller Zeiten eingebüßt. Bei ihrem langen Reigen von Fünf-Minuten-Statements gaben diese zwar nichts Neues zum Besten, so dass die interessanteste Neuigkeit war, dass erstmals Fidel Castro einem US-Präsidenten die Hand schüttelte. Aber immerhin konnte damit die Gefahr umschifft werden, dass man 2005 einen Millenniums-Plus-Fünf-Gipfel abhalten müsste, bei dem man dann wieder mal hätte konstatieren müssen, dass leider die meisten Verpflichtungen nicht erfüllt wurden.

Genau das war bekanntlich 1997 beim Rio+5-Gipfel im New Yorker UN-Hauptquartier der Fall. Eine weitgehend peinliche Veranstaltung, bei der die versammelten Premiers, Präsidenten und Minister wortreiche Ausflüchte dafür fanden, warum sie vor den wenige Jahre zuvor beschworenen großen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, nämlich Entwicklung für den Süden und gleichzeitiger Umbau des Entwicklungsmodells hin zur Nachhaltigkeit, so schmählich versagt hatten. Und nun steht Rio+10 vor der Tür, die UN wollen wieder einen großen Gipfel 2002 abhalten, und die Bilanz sieht kaum besser aus. Man fragt sich unwillkürlich, was soll das alles eigentlich?

Die Frage ist mehr als berechtigt. Die UN-Kommission für Nachhaltige Entwick-

lung (CSD), gegründet nach Rio zur Begleitung der Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz, tagte in diesem Frühjahr zum 8. Mal, und die meisten Teilnehmer und Beobachter waren sich einig, dass es inhaltlich in diesem Jahr eigentlich nur noch Stagnation und kleingeistige Halbsatzdebatten gab [s. hierzu den Beitrag im Rundbrief 2/2000]. Der einzige Punkt, an dem so etwas wie Perspektiven sichtbar wurden, war die Vorbereitung von Rio+10. Der Gipfel soll in einem Entwicklungsland stattfinden, Südafrika wird favorisiert, und - natürlich - die Staats- und Regierungschefs sollen teilnehmen. Die Zivilgesellschaft soll einbezogen werden, weit mehr als noch 1992, und Umweltminister Trittin verkündete, er wolle diejenigen, die in Seattle noch draußen demonstrierten, ebenso dabei haben wie die Konzernchefs. Eben das ganze Panoptikum der „stakeholders“ oder „major groups“, wie es im UN-Jargon heißt. Natürlich werden sie die Einladungen annehmen, und man kann davon ausgehen, dass für viele der Akteure das olympische Prinzip - Dabeisein ist alles - schon Grund genug sein wird, hinzugehen.

### Gipfeltourismus als Ersatz für konkretes politisches Handeln?

Alle Akteure stehen vor einem schwierigen Spagat: Rio+10 soll Bilanz ziehen, denn das ist ja der Sinn dieser Review-Konferenzen, gleichzeitig aber auch für neuen Schwung und neue Perspektiven genutzt werden. Aber die Bilanz ist bereits bekannt. Man braucht nur die periodisch von diversen UN-Organisationen oder anderen anerkannten Autoritäten herausgegebenen Berichte lesen: Der Global Environment Outlook (GEO-2000) von UNEP oder auch das in diesen Tagen vorgelegte Jahresgutachten des deutschen Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) stellen fest, dass der Schwund an biologischer Vielfalt und an Ökosystemen sich nicht etwa verlangsamt hat, sondern beschleunigt. Die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zum Klimawandel werden zunehmend



drastischer, ebenso wie die bereits ablaufenden realen Phänomene: erstmals wurde in diesem Sommer am Nordpol Schmelzwasser gesehen. Und während einige Schwellenländer den Sprung aus Armut und Unterentwicklung schaffen (und aufgrund nicht-nachhaltiger Entwicklung die Umweltprobleme noch verschärfen), bleiben doch große Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von den Segnungen der Globalisierung ausgeschlossen. 1.2 Milliarden Menschen müssen von weniger als 1 Dollar am Tag leben. Alles daten- und faktenreich nachzulesen in Berichten wie dem jährlichen *Human Development Report* des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, dem Weltbevölkerungsbericht des UN *Population Fund* oder dem *World Development Report* der Weltbank oder auch dem Mileniumsreport von Kofi Annan.

Aber wer will denn so eine Bilanz hören? Ein solch deprimierendes Unternehmen wäre ja noch sinnvoll, wenn das wenigstens die Herren und Damen Gipfelteilnehmer zum Handeln bringen würde. Doch für diese Annahme gibt es keinen Grund. Vielleicht ist es also sinnvoller, Rio+10 zu nutzen, um wieder Schwung in die Debatte zu bringen und neue Perspektiven für tatsächliches Handeln für nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Die Gefahr besteht allerdings, dass man vor lauter Ausblenden der tatsächlichen Bilanz sich auf ein Schönreden der nicht-nachhaltigen Realitäten begrenzt. Das käme manchen Regierungen sicher ganz recht, gerade im Norden - in Deutschland beispielsweise steht kurz nach dem Gipfel eine Bundestagswahl an...

Es überrascht daher nicht, dass bei der diesjährigen CSD Vorschläge zu hören waren, den Gipfel von der Bilanzierung der traurigen Realität von 10 Jahren Rio-Prozess weitgehend zu „entlasten“ und diese der CSD-10 (also unbeachtet von der Weltöffentlichkeit) zu übertragen. Die CSD-10 könnte dann noch vom Frühjahr 2002 auf Ende 2001 vorgezogen werden, um einen ausreichenden Sicherheitsabstand zur Positiv-Veranstaltung des Gipfels zu schaffen.

### Das Forum zu Rio +10

Das Forum Umwelt & Entwicklung will den Rio+10-Prozess nutzen, um den gesellschaftlichen Dialog über Nachhaltige Entwicklung wieder stärker in den Vordergrund zu rücken und mit der geplanten Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu verknüpfen. Dazu soll bereits am 6. November in Bonn eine Konsultation mit den daran interessierten Umwelt- und Entwicklungsverbänden stattfinden. Die Einladungen werden in Kürze verschickt und sind ab Oktober auch auf unserer Internetseite abrufbar. Geplant sind bisher auch mehrere Tagungen und Kongresse 2001 und 2002, u.a. mit dem Schwerpunkt Welt-handelssystem und Nachhaltigkeit, teilweise auch in Kooperation mit anderen Akteuren.

### Die Nord-Süd-Dimension als Sprengsatz des Rio-Prozesses

Es gibt aber auch eine ganze Menge Regierungen, die an einer Positivshow kein allzu großes Interesse haben, nämlich viele Entwicklungsländer. Im Süden war Rio nicht nur ein Umweltgipfel - der offizielle Titel lautete immerhin „UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung“. Der Süden trägt im Interesse aller zur Nachhaltigen Entwicklung bei, aber der Norden muss für die Mehrkosten auch mehr Geld bereitstellen - das war der Deal in Rio, von dem sich der Norden bald danach verabschiedete. Die Enttäuschung darüber, dass die meisten Industrieländer zwar eine seit langem nicht mehr dagewesene Prosperität genießen, teilweise sogar Haushaltsüberschüsse erzielen, in großem Maßstab Staatsschulden zurückzahlen, aber gleichzeitig ihre Entwicklungshaushalte immer weiter kürzen, sitzt tief. [s. auch S. 30]

Welchen Schaden für das labile Nord-Süd-Verhältnis Politiker anrichten, die Entwicklungshilfehaushalte als billigen Steinbruch für ihre Sparpläne betrachten, wissen sie wahrscheinlich selbst nicht; vielen dürfte es auch einfach egal sein, denn die Armen im Süden sind ja hierzulande nicht wahlberechtigt. Zu einem anderen Schluss kann man jedenfalls nicht kommen, wenn man im Vergleich dazu sieht, mit welcher Leichtfertigkeit beispielsweise die Kilometerpauschale um 20 Pfennig erhöht werden soll. Diese Pendlersubvention kostet bereits jetzt jährlich 12 Mrd. DM, pro 10 Pfennig Erhöhung kostet das den Staat eine weitere Mrd. DM. Der BMZ-Haushalt beträgt heute 7,1 Mrd. DM, 1992 waren es noch 8,3 Mrd. Seit 1993 geht es abwärts. Statt 2 Mrd. für

die in jeder Hinsicht schädliche Kilometerpauschale zu verschleudern, könnte man damit den BMZ-Etat auf ein neues Rekordniveau hieven.

Mit solchen Großtaten wird 2002 aber kaum ein Industriestaat aufwarten können. Bereits im nächsten Jahr planen die Vereinten Nationen eine Konferenz „Finanzierung für Entwicklung“, mit der die Perspektiven der Entwicklungsfinanzierung zum Thema gemacht werden. Lange Zeit haben die Industriestaaten

versucht, diese Konferenz mit hinhaltendem Widerstand zu verschleppen. Wenn der Norden nicht bald wieder vertrauensbildende Signale in dieser Hinsicht aussendet, besteht die große Gefahr, dass die sinkenden Entwicklungshilfemittel das Nord-Süd-Klima so nachhaltig vergiften, dass für die allermeisten Entwicklungsländer Nachhaltige Entwicklung endgültig in die Ecke eines Luxuskonzepts für die Reichen gerät. Das wäre das Ende des Rio-Prozesses. Die Rio-Konventionen würden zunehmend zu Papieren, deren praktische Umsetzung faktisch von immer mehr Vertragsstaaten boykottiert würde.

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, dass dies eine Katastrophe wäre. Die Verschleuderung und Zerstörung der verbleibenden Ressourcen und Ökosysteme würde zu einem Wettlauf nach dem Motto „wer zuerst abbräumt, kassiert; wer nachhaltig nutzen und schützen will, ist der Dumme“. Bei aller Enttäuschung über die Realität des Rio-Prozesses stehen wir dennoch vor der Herausforderung, funktionierende globale Strukturen und Mechanismen zu schaffen, mit denen sich die Erde und die Menschheit letztlich vor sich selbst schützen kann - mit denen sie Entwicklung für alle möglich macht, die wirklich zukunftsfähig ist und nicht ihre eigenen Grundlagen zerstört.

### Verantwortung für neuen Schwung

8 Jahre Rio-Prozess haben das bisher nicht bewerkstelligen können, auch wenn die Welt ohne die vielfältigen Verhandlungen sicher noch schlechter dastehen würde. Es ist wahrscheinlich unausweichlich, die Art und Weise des globalen Politikmachens auch einmal mehreren Inno-



ventionsschüben auszusetzen. Vielleicht ist es einfach naiv anzunehmen, dass ein Dokument wie die Agenda 21, das von Regierungschefs und hochrangigen Regierungsmitgliedern aller UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet wird, damit auch Richtlinie des Handelns der Staaten wird, so dass man periodisch die Planerfüllung abfragen kann. Irgendwie erinnert das doch auch an sowjetische Planwirtschaften, die sich nun mal als nicht realitäts-tauglich erwiesen haben. Kaum eine Regierung ist heute noch willens und in der Lage, aktiv Verantwortung für einen Strukturwandel zu übernehmen, sei es hin zur Nachhaltigkeit oder zu anderen Zielen, wenn damit kurzfristig unpopuläre Maßnahmen verbunden sind. Visionäre

Köpfe und junge Leute, die etwas bewegen wollen, treten heute kaum noch jahrzehntelange Ochsentouren durch Parteien und Fraktionszwänge an. Allenthalben sinkende Wahlbeteiligungen und der Drang aller Politiker hin zu einer schwammigen „Mitte“ führen dazu, dass es auch keine Mandate des Wahlvolkes mehr für irgendwelche konkreten Regierungsprogramme gibt.

Die Öffnung des globalen Politikprozesses für nichtstaatliche Akteure ist ein ganz wichtiger Faktor, um vor diesem Hintergrund völligen Stillstand zu vermeiden, und ein Abbild der gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts. Nichtstaatliche Akteure können klare Interessen artikulieren und für sie streiten.

Innenpolitisch ist jede Regierung unter starkem Einfluss mehr oder weniger mächtiger Interessengruppen, die meist möglichst geräuschlos (die meisten) oder in Ausnahmefällen auch möglichst lautstark (Spediture und Bauern) Einfluss ausüben. Je offener und formeller eine solche Einflussnahme stattfindet, desto eher können auch allzu sehr an Eigeninteressen orientierte Akteure in Argumentationsnöte kommen. Insofern ist die vorgeschlagene Öffnung des Gipfels 2002 für nichtstaatliche Akteure ein richtiger Schritt, aber keine Garantie für eine bessere Politik.

Alles dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Regierungen gewählt wurden, um für das Allgemeinwohl einzutreten und zu handeln.

Sie können daher nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Sie müssen in letzter Konsequenz die Entscheidungen treffen und egoistische und nur an ihren Eigeninteressen orientierte Interessengruppen in ihre Schranken weisen, und sei es gar, die heute lebende Generation zugunsten der künftigen in ihre Schranken zu weisen, so pathetisch das auch klingen mag. Etwas mehr längerfristige und über Wahltermine hinausreichende *leadership* muss man von den Regierungen schon verlangen, denn ganz von alleine und im freien Spiel der Interessengruppen kommt ein Durchbruch zu einer grundlegend an Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftsweise eben auch nicht.

Jürgen Maier

Der Autor ist Leiter der Geschäftsstelle des Forum Umwelt & Entwicklung.

# weed wird 10

## Seit 1990 bringen wir Bewegung in die Nord-Süd-Politik

Armut in den Entwicklungsländern und globale Umweltzerstörung sind Folgen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

**weed** will die negativen Folgen der Globalisierung nicht hinnehmen, sondern setzt sich für eine Wende der internationalen Finanz- und Umweltpolitik ein – hin zu mehr internationaler Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit.

**weed** steht für

- klare Analysen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen
- langfristige Reformperspektiven und demokratische Gestaltung von Globalisierungsprozessen
- internationale Vernetzung der Nichtregierungs-Organisationen

Damit das so bleibt, brauchen wir Ihre Unterstützung!

**weed** brint Bewegung in Köpfe und Strukturen.

# weed bewegt



**weed**

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung  
World Economy, Ecology & Development

Ich möchte mehr Informationen

Ich möchte Mitglied werden

Ich möchte den Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung abonnieren

Ich möchte an **weed** spenden

Name .....

Straße .....

Wohnort .....

**weed** · Bertha-von-Suttner-Platz 13 · 53111 Bonn · Tel. +49 (0) 228 76 61 30 · Fax +40 (0) 228 69 64 70  
eMail: weed@weedbonn.org · Internet: www.weedbonn.org · Kto. 947 466 · Sparda-Bank Köln · BLZ 370 605 90



## Die französische Krankheit

*oder: Es riecht nach Benzin im Land*

Die „französische Krankheit“ nannte es der Chef des französischen Arbeitgeberverbandes, nur dass diese Krankheit diesmal recht ansteckend war. Gemeint waren die handgreiflichen Formen, mit denen einige Interessengruppen in Frankreich traditionell ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Die massiven Proteste, die mit Nötigung zutreffender beschrieben wären, von Spediteuren, Taxifahrern, Fischern und Bauern für billigeres Benzin griffen recht bald auf andere europäische Länder über, unterstützt von populistisch gesinnten Oppositions-Politikern.

Der letzte Versuch, mit Straßen- und Autobahnblockaden politischen Druck auf die Regierung auszuüben, ging vor einigen Jahren von der kurdischen PKK aus. Es dauerte nicht lange, da wurden die Demonstranten mit massivem Polizeiaufgebot abgeräumt; nicht wenige landeten im Gefängnis. Theoretisch werden in einem Rechtsstaat alle Rechtsbrüche gleichermaßen bestraft, aber manche Interessengruppen hatten de facto schon immer Sonderrechte.

Steigen beispielsweise bei einer Druckerei die Papierpreise, reagiert der Drucker gemäß den Gesetzen der Marktwirtschaft und erhöht eben die Preise seiner Druckerzeugnisse für seine Kunden. Steigen die Fleisch- oder Gemüsepreise, verhält sich der Gastwirt ebenso und erhöht die Preise auf seiner Speisekarte. So gut wie jeder normale Akteur im Wirtschaftsleben verhält sich so. Es bliebe ihm auch gar nichts anderes übrig. Auf die Idee, nunmehr Straßen und Plätze zu blockieren, um die Regierung zu spezialisiert auf die eigene Interessengruppe zugeschnittenen Steuersenkungen oder Subventionen zu erpressen, damit man Preiserhöhungen nicht weitergeben muss, käme unter Normalmenschen eigentlich niemand.

Anders verhalten sich aber diejenigen Interessengruppen, die besonders anfällig



für die französische Krankheit sind. Sie sind es gewöhnt, Sonderrechte für sich in Anspruch zu nehmen - nämlich alle Annehmlichkeiten einer Marktwirtschaft, aber zusätzlich auch gewisse Annehmlichkeiten, die man sonst nur in den heute selten gewordenen Planwirtschaften vorfindet. Und so wie Frankreich das letzte Land Europas mit einer regierenden Kommunistischen Partei ist (sie stellt, wohlgemerkt, den Verkehrsminister), so kann es auch kaum überraschen, dass diese Interessengruppen guten Grund zu ihrer Annahme haben, für Preise sei nicht der Markt zuständig, sondern der Staat. Jedenfalls soweit es um die eigenen Einkaufspreise geht (keineswegs natürlich

um die Verkaufspreise der eigenen Produkte).

An die periodischen Ausbrüche der französischen Krankheit hat man sich schon so gewöhnt, dass Frankreichs Bauern beispielsweise - sie gehören zu der Gruppe der Anfälligen - heute mit die teuersten der Welt sind. So viel Subventionen vom Staat und von der EU haben sie sich mit ihren rabiaten Methoden erkämpft, bis hin zu solchen Absonderlichkeiten, dass etwa die Calvadosbrenner mit militanten Blockaden erzwingen konnten, den deutlich gesunkenen Calvadosabsatz durch reduzierte Branntweinsteuern auf Calvados zu kompensieren. Die Zechen dafür zahlt die

Allgemeinheit, und in Zeiten von Binnenmarkt und Euro-Währung auch die in den anderen EU-Staaten. Einzusehen sind die Sonderrechte dieser Leute nur in den seltensten Fällen. Wenn ein Bauer vom Staat billigeres Benzin garantiert bekommt, weil er das für seine Arbeit braucht, könnte ich mit der gleichen Berechtigung für mich mehrwertsteuerfreies Telefonieren oder steuerbegünstigte Computer verlangen.

Ähnlich gierig sind die Spediteure. Sie halten es für völlig selbstverständlich, dass sie das Recht haben, ganzen Regionen das Leben dauerhaft zu vermiesen (beispielsweise Tirol). Sie halten sich ernsthaft für die Melkkühe der Nation,



## Melkkuh oder Molkereibetreiber?

Wer ist denn nun eigentlich die Melkkuh der Nation? Ist es die autofahrende Bevölkerung oder sind es die Spediteure, die neben den hohen Weltmarktpreisen für Rohöl auch noch Mineralöl- und Kfz-Steuer erbringen müssen? Letztere bringen im Jahr zusammen ca. 50 Mrd. DM Steuereinnahmen. Davon gehen bereits 11 Mrd. durch die Kilometerpauschale und Steuervergünstigungen für Firmenwagen wieder ab, verbleiben 39 Mrd. Dem stehen Kosten des Autoverkehrs von 212 Mrd. DM gegenüber, so dass 173 Mrd. DM ungedeckt bleiben. Bahn und Bus kommen demgegenüber nur auf 10 Mrd. DM ungedeckte Kosten. Pro Person und Tag kostet der Autoverkehr in Deutschland 5,78 DM, egal ob diese Person selbst Auto fährt oder nicht. Melkkühe der Nation sind somit also alle nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer. Spediteure sind demgegenüber eher die subventionierten Molkereibetreiber, keinesfalls aber Melkkühe.

Nachzulesen in: Verkehrskosten, Bezug: AK Verkehr und Umwelt, 030-492-7473, fax -7972

obwohl die LKWs weit mehr als alle anderen Verkehrsteilnehmer die Verkehrsinfrastruktur ruinieren und die alles verstopfende LKW-Schwemme volkswirtschaftliche Kosten verursacht, die selbst mit den berühmten 5 Mark pro Liter niemals gedeckt werden könnten [siehe Kasten]. Auf die in einer Marktwirtschaft naheliegende Idee, dass steigende Spritpreise eben steigende Transportkosten bedeuten, und bei höheren Transportkosten plötzlich regional erzeugte Produkte wieder wettbewerbsfähiger werden, kommt anscheinend niemand. Das wäre dann endlich die berühmte „Lenkungswirkung“ höherer Benzinpreise, die nach Meinung von CDU/CSU und FDP durch die paar Pfennig Ökosteuer gar nicht erzielt wird [1].

So absurd die rabiaten Aktionen der Spediteure sind, so werfen sie doch mit aller Dringlichkeit grundlegende Fragen auf, wie reformfähig eigentlich westliche Demokratien sind, wenn es darum geht, unvermeidliche Reformen und ökonomischen Strukturwandel zu bewältigen. Gerade Kontinentaleuropa hat die Fähigkeit, Strukturwandel mit nie versiegenden Subventionsmilliarden so lange wie irgend möglich hinauszuzögern, bis zur Perfektion entwickelt. Eines der vollendetsten Produkte dieses politischen und gesellschaftlichen Strukturkonservatismus kann man heute im Ruhrgebiet bestaunen, ein wirtschaftlicher Bremsklotz umgeben von „blühenden Landschaften“. Die Kohle- und Stahlindustrie, ebenfalls sehr anfällig für die französische Krankheit, haben dieses Freilichtmuseum überholter Strukturen mit vielen Milliarden Subventionen in jahrzehntelanger Arbeit geschaffen.

Mal sehen, was die Spediteure noch für museale Wunderwerke erschaffen werden, damit sie auch zukünftig noch die Bestandteile eines Joghurtbechers Tausende Kilometer durch Europa fahren können, bevor er im Ladenregal steht, nur weil man sich daran gewöhnt hat, dass der Produktionsfaktor Transport ein vernachlässigbarer Kostenfaktor ist.

Wer heute noch suggeriert, es gebe ein Menschenrecht auf billiges Benzin, hat den Sprung ins 21. Jahrhundert mental verpasst. Die OPEC wird noch einige Jahre kräftig kassieren können, und sie kann dies um so mehr tun, je niedriger die Verbrauchssteuern in den Industrieländern sind. Das Geld landet dann eben in der saudischen Staatskasse statt in den europäischen. Für die Umwelt wäre das relativ egal, für alle ölimportierenden Volkswirtschaften (und das sind auch die meisten Entwicklungsländer) ziemlich fatal. Die Entwicklung alternativer Antriebe wie vor allem der wasserstoffbetriebenen Brennstoffzelle würde sich einige Jahre länger verzögern. Sinnlose Güterferntransporte, die bei höheren Transportkosten durch Nahtransporte ersetzt würden, würden noch einige Jahre länger andauern, mit den bekannten ökologischen Konsequenzen. Die Bauindustrie bekäme noch einige Jahre länger öffentliche Konjunkturspritzen für sinnlose Autobahnprojekte und von der LKW-Schwemme verursachten Autobahn-Dauerbaustellen.

Nimmt man die Herausforderung ernst, die heutigen Industriegesellschaften zukunftsfähig zu machen, kommen wir um einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel nicht herum. Was der damali-

ge Kanzler Kohl 1992 in Rio neben 170 anderen Staatschefs unterschrieb, nämlich die Agenda 21, ist ein detailliertes Umbauprogramm, von dem allerdings bislang nicht übermäßig viel umgesetzt wurde. Zur politischen Gestaltung eines Strukturwandels gehört, dass man die Sektoren identifiziert, die dadurch schrumpfen werden, und den Betroffenen beim Umsatteln auf die wachsenden Sektoren hilft. Der Verkehrssektor ist ein Sektor, der in jeder Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt nur schrumpfen kann (Verkehrsvermeidung durch regionalisierte Produktionskreisläufe), und erhebliche Teile müssen von LKW und PKW weg verlagert werden. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, für die sich abstrakt alle Parteien einsetzen, bedeutet aber konkret weniger Arbeitsplätze und Firmen im Speditionsgewerbe.

Politiker, die ihren Job so begreifen, dass sie Zukunft gestalten statt verhindern wollen, müssen dies klar sagen und den Betroffenen helfen, die Chancen des Strukturwandels zu sehen und zu nutzen. So tun, als könne alles so weiter gehen und die Notwendigkeit des Strukturwandels zu verleugnen, ist Politikversagen. Als Konsequenz haben wir bald nur noch die Option, entweder museale Wirtschaftsstrukturen oder Auflösung des Reformstaus durch Gleichbehandlung blockierender Spediteure mit kurdischen Demonstranten.

PS: Wissen Sie übrigens, was der Wirtschaftsminister in seinem Etat an Fördermitteln für die Brennstoffzelle eingeplant hat? Schlappe 13 Mio. Mark (1995 waren es noch 17,5 Mio.). Die Entwicklung von Brennstoffzellen wird die Industrie wohl weitgehend alleine finanzieren müssen. Eine wasserdichte, verlässliche Garantie, keinesfalls die Benzinpreise aus politischen Gründen zu senken, wäre für die Markteinführung der Brennstoffzelle aber sicherlich noch weit mehr wert als die 13 Mio. DM.

Jürgen Maier

Der Autor ist Leiter in unserer Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

[1] Immerhin ging der Benzinabsatz 2000 bisher um 4% zurück, begleitet vom Gejammer des Mineralölwirtschaftsverbandes. Die FDP behauptet dagegen in einem Antrag zur Abschaffung der ökologischen Steuerreform (Bundestagsdrucksache 14/3519), der weiter wachsende Benzinverbrauch belege, dass die Ökosteuer keine ökologische Wirkung erziele.



## Aus den Arbeitsgruppen

AG Klima

# Feilen am Design des Klimaregimes für das 21. Jahrhundert

*Bericht von der 13. Sitzung der Nebenorgane der UN-Klimakonvention in Lyon*

Vom 13. - 25. November 2000 wird in Den Haag die nächste und entscheidende Klima- Vertragsstaatenkonferenz (COP-6) stattfinden. Im September 2000 fanden hierfür in Lyon die Vorbereitungsverhandlungen des Subsidiary Body for Scientific and Technical Advice (SBSTA) und Subsidiary Body for Implementation (SBI) statt. Bei diesen Verhandlungen sollten Entscheidungen für COP-6 vorbereitet werden.

Die Aktionen der „Gegenseite“ waren von der ersten Stunde an spürbar, die Symptome der „französischen Krankheit“ [s. Artikel von Jürgen Maier in diesem Heft] waren auch in Lyon ausgebrochen: Vor dem Einknicken der Regierung gab es keine Taxis aufgrund des durch die LKW-Blockade entstandenen Kraftstoffmangels. Manche mussten nach Ankunft am Bahnhof um Mitternacht zu Fuß eine Stunde zum Übernachtungsquartier gehen; es gab zeitweise kein Brot zum Frühstück, und eine Exkursion zu einem Industrieunternehmen fiel aus, da kein Diesel für die Busse vorhanden war. Ein positives Bild gaben da viele NRO-VertreterInnen ab, die schon im Vorfeld Fahrräder gebucht hatten. Mit Jackett und Krawatte radelten sie täglich zum Konferenzzentrum.

Doch diese Abweichungen vom Alltag konnten die Verhandlungen der Delegierten auf den ersten Blick nicht beeinträchtigen - wobei kaum Verhandlungen im eigentlichen, engen Sinne des Wortes stattfanden. In Lyon wurde bei den meisten Themen noch nicht an einem Verhandlungstext gearbeitet, der auf der COP schließlich angenommen werden soll, sondern die einzelnen Positionen wurden ausgetauscht und gesammelt. Entsprechend waren die Erwartungen zu Beginn der zwei Wochen, die - wie sich später zeigte - erfüllt wurden: Am Ende der Sitzung in Lyon sollte zu allen offenen Punkten wenigstens ein Mandat bestehen, einen solchen Verhandlungstext erstellen zu

können. Ziel war in den meisten Fällen, eine Entscheidung der nächsten Vertragsstaatenkonferenz (COP 6) oder eine Entscheidung der ersten COP, die dem Inkrafttreten des Kyoto Protokolls folgen soll (COP/MOP 1), vorzubereiten.

### Der Teufel im Detail

Die offizielle Sitzung in Lyon wurde durch den französischen Premierminister Jospin eröffnet. Bedauerlicherweise hat er bei seinem Auftritt in Lyon nicht das erhoffte Maß an Führungskraft („leadership“) gezeigt. Das mag auch eine Folge der defensiven Position sein, in die ihn seine Fischer und LKW-Unternehmer gebracht haben. Erfreulich war jedoch, dass die Franzosen uneingeschränkt die EU-Position (z.B. bei Atomkraft) unterstützten.

Die Arbeitsschwerpunkte lagen in Lyon bei den Kyoto-Mechanismen (Emissionshandel und projektbezogene Maßnahmen), bei der Erfüllungskontrolle, bei der Methodologie für die Erstellung der Treibhausgasinventare und in der Behandlung der Senken für Treibhausgase (wie z.B. im Waldbereich). Zur Behandlung dieser Fragen waren 10 Kontaktgruppen gebildet worden. Das Geschehen war deshalb sehr unübersichtlich. Der Teufel steckte und steckt weiterhin bei vielen Punkten im Detail. Ein Beispiel: In der Kontaktgruppe zu Artikel 5, 7 und 8 des Protokolls, die eine sehr technische Fragestellung bearbeitet, wurde die Arbeit darüber fortgesetzt, wieviel Emissionen genau durch das Kyoto-Protokoll reduziert werden sollen. Denn es ist immer noch nicht klar, welche Emissionsmengen die Ausgangsbasis der prozentuellen Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Protokolls sind.

Die Verhandlungen zu Artikel 3.2 über den Fortschritt im Klimaschutz, der im Jahr 2005 nachgewiesen werden soll, kamen kaum voran. Die Staaten, die zu Hause nichts tun wollen (wie die USA oder Kanada), wollen natürlich bei der Erstellung der Berichtsmodalitäten (Art. 5, 7 und 8) verhindern, dass ihr mangelndes Engagement offengelegt wird. So ziehen

sie alle Register, damit der „nachweisbare Fortschritt“ (bzw. dessen Fehlen) nicht festgestellt werden kann. Die Europäische Union versuchte wieder, die Behandlung von Politiken und Maßnahmen im Klimaschutz voranzutreiben. Gerade jene Länder, die ihre Klimaziele weit verfehlen, nicht zuletzt weil sie kaum Maßnahmen ergreifen - also die USA, Kanada, Australien -, sperrten sich jedoch weiterhin, hierüber zu verhandeln.

Erfreulich und ein strategisch sehr gelungener Schachzug war die Formierung einer „Environmental Integrity Group“ durch die Schweiz, Mexiko und Südkorea. So ist ein neuer Akteur hinzugekommen, der nicht einfach übergangen werden kann und der eine Vermittlerrolle zwischen eingefahrenen Positionen einnehmen kann.

Aus Zeitgründen - die Geschäftsordnung besagt, dass maximal zwei Sitzungen gleichzeitig abgehalten werden können, um die Teilnahme auch von kleinen Delegationen zu ermöglichen - war es nicht möglich für den internationalen Flugverkehr eine Arbeitsgruppe zu etablieren, um das Thema voranzubringen. So kam es lediglich unter „Sonstiges“ vor. Der Vorsitzende formulierte dazu eine Schlussfolgerung, in der er die Staaten dazu aufforderte, dass sich die einzelnen Ressorts (z.B. Umwelt und Verkehr) zum Stand der Klimaverhandlungen koordinieren sollten. Anders als im Juni in Bonn wurde diese Schlussfolgerung von Saudi Arabien nicht angegriffen und - wie alle anderen Ergebnisse des SBSTA - am letzten Tag ohne Einspruch von der Versammlung angenommen.

Um das Angebot von Marokko zum Ausrichten der siebten Vertragsstaatenkonferenz (COP 7) Ende Oktober 2001 in Marrakesch annehmen zu können, tritt das Klimasekretariat in Vertragsverhandlungen mit der Regierung. Dann würde erstmals ein Klimagipfel in Afrika stattfinden. Das „Wandern“ des Austragungsortes der Klimaverhandlungen - zuletzt nach Lyon - hatte bisher immer den positiven Aspekt, dass der Klimaschutz für ei-



ne begrenzte Zeit im Brennpunkt der nationalen (und noch stärker: lokalen) Öffentlichkeit stand.

#### Offene Fragen müssen geklärt werden!

Zum Abschluss der Sitzung des SBSTA meinte ihr Vorsitzender Harald Dovland, es hätten nicht so viele Fortschritte erzielt werden können, wie er erhofft hatte. Obgleich klar ist, dass die meisten zentralen Fragen erst in der letzten Nacht in Den Haag entschieden werden, drängen die NRO darauf, offene Fragen auf einige wenige Optionen einzuengen, bevor die Minister zur COP 6 kommen. Denn die Strategie des „Alles-oder-Nichts“ (alle Entscheidungen notfalls ohne großen vorherigen Verhandlungsfortschritt im kleinen Kreis der Minister fällen) des niederländischen Umweltministers Jan Pronk, des designierten Präsidenten von COP 6, finden sie viel zu riskant.

Die Preisverleihung des „Fossil des Tages“ an das Land, das an dem jeweiligen Tag den negativsten Auftritt hatte, durch die im „Climate Action Network“ zusammenarbeitenden internationalen NRO (darunter auch GERMANWATCH) geschah in Lyon durch ein ortsbekanntes

Puppenspiel, bei dem oft NRO-VertreterInnen des „Gewinnerlandes“ mit ihrem Akzent die „Laudatio“ hielten. Besonders oft mussten dafür VertreterInnen aus den USA herhalten. Für Saudi Arabien fand sich leider kein Einheimischer, so dass ein Engländer einsprang.

Die Gegner des Klimaschutzes legen sich also weiter mit aller Kraft ins Zeug - hier (bei den Verhandlungen) wie da (bei den Blockaden). Doch dies soll nicht den Blick davon ablenken, dass seit 1997, dem Jahr, in dem das Protokoll entstand, (zufällig?) auf vielerlei Feldern Bewegung eingetreten ist. So sind die chinesischen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen seither gesunken. Im Jahr 1999 war der Rückgang so stark, dass als Folge sogar die globalen Emissionen leicht zurückgingen. Und viele Wirtschaftsunternehmen haben begonnen umzusteuern, haben beispielsweise wie BP und Shell internen Emissionshandel eingeführt. Immer mehr Akteure, die originär keinen Zugang zum Klimaschutz hatten, setzten sich dafür ein, weil er ihrem Geschäftsinteresse dient. Die Sichtbarkeit einer „anderen“ Stimme von Wirtschaft in Form des *European Business Council for a Sustainable Energy*

*Future* und seine Verbindung zu ähnlichen proaktiven Verbänden hat sich auch in Lyon wieder einmal als besonders fruchtbar erwiesen.

Und dennoch: der Ausgang von COP 6 ist ergebnisoffen. Ziel von COP 6 muss es sein, die offenen Fragen soweit zu klären, dass danach das Kyoto-Protokoll auch von den betroffenen Industrieländern ratifiziert werden kann (bisher haben lediglich 29 Entwicklungsländer ratifiziert, die aber im Gegensatz zu den Industrieländern keine Reduktionsverpflichtungen eingehen müssen). Die zeitnahe Beurteilung des dann erzielten Ergebnisses wird nicht leicht fallen - weil die Implikationen so unklar ersichtlich sind. Die Vermutung kommt auf, dass - noch stärker als in Kyoto - die Tragweite dessen, was in der letzten Nacht in Den Haag verabschiedet wird, erst allmählich, mit zeitlichem Abstand und nach längeren Analysen einigermaßen treffend eingeschätzt werden kann. Hoffen wir deswegen auf eine klare positive Akzentuierung:

**Don't be vague in Den Hague!**

Manfred Treber

Der Autor ist Koordinator der AG Klima im Forum Umwelt & Entwicklung und Mitarbeiter bei Germanwatch.

#### AG Klima

## Zur Klimaschutzstrategie der EU

Schon am 8. März hat die Europäische Kommission in einer Mitteilung und einem Grünbuch Politiken und Maßnahmen zum Klimaschutz vorgestellt („*Communication on EU Policies and Measures to Reduce Greenhouse Emissions: Towards a European Climate Change Programme (ECCP)*“ und „*Greenpaper on Greenhouse Gas Emissions Trading within the EU*“). Umweltverbände bezeichneten die Kommissionsmitteilung zu Politiken und Maßnahmen als „lahme Ente“.

Die Mitteilung zu Politiken und Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt war alleine deshalb dringlich, da die EU im April in Kopenhagen im Rahmen eines Workshops zur Klimarahmenkonvention und zum Kyoto-Protokoll über ihre Politiken und Maßnahmen berichten musste. Das hätte jedoch peinlich werden können, da die Hauptstandbeine EU-weiter Maßnahmen noch nicht in Gang gekommen wa-

ren: Die Richtlinie zu Erneuerbaren Energien wurde jahrelang verzögert und schlussendlich verwässert; die Energiesteuerharmonisierung kommt auch nach fast zehn Jahren politischer Debatten nicht zu einem Abschluss; und ein Richtlinienentwurf zur Energieeffizienz hängt weiter zwischen den Generaldirektionen Umwelt und Energie fest.

Hauptbestandteil der EU-Klimapolitik soll daher nach Auffassung von Umweltkommissarin Margot Wallström ein EU-weites Emissionsrechtssystem sein (Wir berichteten im Rundbrief 1/2000 [1]). Daneben sollen bestehende klimapolitische Instrumente der EU (z.B. freiwillige Vereinbarungen und die Entwicklung der Energiemärkte unter Einbeziehung umweltpolitischer Belange) verstärkt werden.

Als neue Maßnahmen kündigte die Kommission u.a. ökonomische Instrumente und Preismechanismen im Verkehrsbe-

reich (inklusive Flugsektor), die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und Energieeffizienzstandards an. Eine EU-weite Energiesteuer sieht das Kommissionspapier nicht deutlich vor; als Begründung dafür nannte die Kommission den mangelnden Einsatz des Wirtschafts- und Finanzministerrats für dieses Instrument. Kritisch zu vermerken ist auch die Unterstützung der Kommission für die Idee, Kohlendioxid in unterirdische geologische Kammern einzuleiten und dort zu isolieren.

EU-Umweltkommissarin Margot Wallström beklagte bei Vorstellung des Programms, dass die Mitgliedsstaaten bislang nur ungenügende nationale Maßnahmen ergriffen hätten, um die Erreichung der gemeinsamen Kyoto-Verpflichtungen der EU (minus 8% von 2008 bis 2012 gegenüber 1990) zu gewährleisten.



### Arbeitsgruppen im Rahmen der EU-Klimastrategie: Arbeit für NRO

Im Rahmen der EU-Klimastrategie zur „Erarbeitung Gemeinsamer Politiken und Maßnahmen der EU“ (ECCP) wurden auch eine Reihe von Arbeitsgruppen gegründet, die sich aus VertreterInnen aus Ministerien der EU-Mitgliedsstaaten (stark vertreten neben Umweltministerien sind hier vor allem Wirtschafts- und Verkehrsministerien), aus der Wirtschaft sowie aus NRO (jeweils zwei bis drei Personen pro Arbeitsgruppe) zusammensetzen. Die Koordination der NRO-VertreterInnen läuft u.a. über *Climate Network Europe* (CNE); von den deutschen Umweltverbänden ist an diesem Prozess derzeit kein/e Vertreter/in beteiligt.

Die Arbeitsgruppen haben im Sommer ihre Arbeit aufgenommen, und sollen ihre Ergebnisse spätestens ein Jahr später abliefern. Arbeitsgruppen wurden u.a. zu folgenden Themen eingerichtet:

- Energieversorgung
- Industriesektor
- Energieverbrauch in Haushalten und Dienstleistungssektor
- Energieverbrauch im Verkehrssektor
- Verkehrspolitik und Infrastruktur
- Abfall
- Forschung
- Internationale Zusammenarbeit.

Dabei herrscht teilweise noch immer Unklarheit über das genaue Mandat der Arbeitsgruppen, welches u.a. auch zwischen den verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission immer wieder umstritten scheint. Bei der Etablierung der Arbeitsgruppen war außerdem dem Vernehmen nach umstritten, welche Rolle das Instrument der „freiwilligen Vereinbarungen“ in den Arbeitsgruppen und bei einer EU-Klimastrategie spielen soll.

Anja Köhne

Die Autorin ist Koordinatorin der AG Klima und Leiterin der EU-Koordination & Internationales des Deutschen Naturschutzring (DNR); Telefon 030 / 4433 91-39, Fax -33; Email eu-koehne@dnr.de.

**Weitere Informationen:** Europäische Kommission Internet: [europa.eu.int/comm/environment/docum/0087\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/docum/0087_en.htm) und: [/0088\\_en.htm](http://0088_en.htm)  
Zu den Arbeitsgruppen: [www.europa.eu.int/comm/environment/climat/home\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/home_en.htm)  
Climate Network Europe (CNE) Telefon 0032 / 2 / 231-0180 Fax 0032 / 2 / 230 5713; [www.climnet.org](http://www.climnet.org).

**Hinweis:** Zur EU-Klimapolitik (Bewertung der relevanten EU-Politiken und Maßnahmen) liegt seit Sommer 1999 ein Diskussionspapier vor, welches vom DNR im Auftrag der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung erarbeitet wurde. [„Es ist Zeit zu Handeln!“ auf Deutsch und Englisch erhältlich beim Forum].

[1] Zu dem im Rundbrief 1/2000 vorgestellten EU-Grünbuch zum Emissionsrechtehandel haben u.a. Climate Network Europe (CNE) als auch der DNR im Auftrag der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung im Rahmen eines schriftlichen Anhörungsverfahrens der Europäischen Kommission Stellungnahmen eingereicht. Diese lagen leider zu Redaktionsschluss noch nicht abschließend vor, werden aber ab Ende September zunächst in Englisch, die Forum/DNR-Stellungnahme schnellstmöglich auch auf Deutsch, beim DNR und Forum erhältlich sein.

## Machen auch SIE sich stark für den Klimaschutz!

### 10 Millionen E-Mails gegen den Klimawandel

Zwischenbilanz am 25. September: 1.163.020

Der Countdown für den entscheidenden UN Klimagipfel in Den Haag läuft! Bis zum Beginn sind es nur noch wenige Wochen. In den vergangenen 10 Jahren ist viel zu wenig passiert, obwohl die Anzeichen eines Klimawandels immer gravierender werden. Im Gegenteil, viele Industrieländer wie die USA haben ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen sogar gesteigert. Dagegen soll jetzt in einer internationalen Aktion Front gemacht werden.

Der *World Wide Fund for Nature* (WWF), *Greenpeace* und *Friends of the Earth* haben deshalb eine breit angelegte internationale Kampagne ins Leben gerufen, die von zahlreichen Organisationen und Verbänden unterstützt wird. Schon vor zehn Jahren haben Klimawissenschaftler der UNO in ihrem Bericht vor den Folgen eines Klimawandels gewarnt. Es ist daher das Ziel dieser Aktion, **für jedes versäumte Jahr weltweit eine Million E-mails** bei den verantwortlichen Politikern auf dem Tisch landen zu lassen, und sie aufzufordern, effektivere Maßnahmen gegen den Klimawandel durchzusetzen. Inzwischen haben weltweit bereits über eine Millionen Menschen an dieser Aktion teilgenommen.

Die deutsche Internetseite zu dieser „*Climatevoice*“ Kampagne ist ein Gemeinschaftsprojekt von WWF Deutschland, dem Bund für Umwelt & Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Forum Umwelt und Entwicklung und wurde kürzlich ins Netz gestellt. Klimawandel wird unser Leben in Zukunft immer mehr beein-

flussen: Unwetter, Verschiebung der Jahreszeiten, Änderung der Vegetation, Umweltzerstörung, Überschwemmungen sind nur einige Faktoren, die auch uns hier in Deutschland betreffen werden. Deshalb muss Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung unserer Politiker stehen. Die Finanzierung von Klimazerstörung mit immer weiteren Straßenbauten, Flughafenerweiterungen und Kohlesubventionen muss endlich aufhören. Unter der Internetadresse

**[www.climatevoice.org](http://www.climatevoice.org)**

können besorgte Bürger ein Ende der Tatenlosigkeit von Politikern im Klimaschutz fordern. Es wird Zeit dass unsere Politiker merken, dass die Menschen, die sie gewählt haben, eine saubere und sichere Zukunft wollen und die Ignoranz gegenüber der globalen Klimaerwärmung nicht weiter hinnehmen.

Individuen und Verbände können auf ihrer Homepage einen **Link zur Climatevoice Seite** legen und dadurch die Seite aktiv unterstützen. Die Seite bietet neben der E-mail Aktion auch viel Informatives zum Thema Klima und viele Links zu relevanten Organisationen.

**Jeder - ob groß oder ob klein - sollte natürlich eine E-mail an unsere Politiker verschicken!**

Weitere Informationen: Gerald Knauf, Klimareferent Forum Umwelt & Entwicklung, Tel.: 0228-359704; ein Link zu Climatevoice befindet sich auch auf unserer Homepage: [www.forumue.de](http://www.forumue.de).





AG Landwirtschaft & Ernährung

## Aufruf zu Aktionen

zu der „Internationalen Übereinkunft zu pflanzengenetischen Ressourcen“

Seit 5 Jahren laufen bei der FAO Verhandlungen über ein revidiertes Vertragswerk mit dem Namen: „Internationale Übereinkunft zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft“, hier IU (International Undertaking) genannt. Der folgende Aufruf richtet sich an alle aktiven Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Bereich nachhaltiger Landwirtschaft, Gentechnik und geistiger Eigentumsrechte:

Die Verhandlungen haben zum Ziel, eine bisher unverbindliche Übereinkunft in einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zu überführen. Das IU, das den Bereich der Kulturpflanzenvielfalt regelt, existiert seit 1983 bei der FAO. Es soll jetzt rechtlich kompatibel werden mit den Bestimmungen der „Konvention zur Biologischen Vielfalt“ (sog. CBD). Dieses Vertragswerk soll, falls es zu einem erfolgreichen Verhandlungsergebnis kommt, als Protokoll von der Vertragsstaatenkonferenz der CBD verabschiedet werden, ähnlich wie das Biosafety Protokoll. Dann ist es verbindlich.

Die Verhandlungen befinden sich in einer sehr kritischen Phase, weil sie im nächsten Halbjahr erfolgreich beendet werden müssen, nachdem man schon seit 5 Jahren zu keiner Einigung gekommen ist; sonst scheitern sie aller Voraussicht nach. Ein Scheitern wäre ein schwerer Rückschlag für ein freies internationales System des Austausches von pflanzengenetischen Ressourcen, für die Eigentumsrechte an ihnen in öffentlicher Hand und in der Hand der ursprünglichen Züchter, nämlich der traditionellen Bauerngemeinschaften und indigenen Völker, und für die Anliegen nichtkommerzieller Züchtungs- und Erhaltungsanstrengungen alter Landschaften durch Bauern und andere Interessierte.

Das Vertragswerk wäre dazu geeignet, einen großen Anteil der gesammelten Schätze an Kulturpflanzenvielfalt der privaten Aneignung durch Patente oder

durch das Sortenrecht zu entziehen. Eine Bestimmung würde z.B. ausschließen, dass Material, das aus diesen Genbanken oder In-Situ-Beständen stammt, patentiert werden kann.

Die sog. „Farmers' Rights“ (Rechte der Bauern an ihrem Saatgut) sind ein wichtiger Bestandteil dieses Vertragswerks. In dem entsprechenden Artikel wird zugestanden, dass es die Bauernkulturen der vergangenen Jahrtausende waren, die die Kulturpflanzenvielfalt hervorgebracht und bewahrt haben, und die auch weiterhin dafür sorgen, dass diese Ressourcen existieren und weiterentwickelt werden. Diese bäuerlichen Aktivitäten sind besonders in den Entwicklungsländern wichtig, wo sich Semisubstistenzbauern und politisch bewusste Kleinbauernorganisationen gegen die Abhängigkeit von internationalen Saatgutkonzernen wehren. Die Bedeutung der traditionellen Sorten für die Ernährungssicherung wird speziell von diesem Artikel anerkannt, und die Regierungen werden aufgefordert die Erhaltungsinisiativen zu fördern. Die Bauern sollen Anreize erhalten, mit ihrer traditionellen Saatgutpflege fortzufahren. Diese Anreize sollen teilweise finanziert werden von den Nutzern der genetischen Ressourcen, sprich den Saatgut- und Gentechnikkonzernen. Da eine direkte individuelle Zuordnung von Nutzung und Herkunft im Saatgutbereich aber kaum möglich ist, wird das in der Regel passieren über einen multilateralen Fonds, der gespeist wird aus Einzahlungen von Regierungen der Hauptnutznerstaaten, und aus dem Projekte und Programme zur Unterstützung von In-situ on-farm Generhaltung und informeller Züchtung finanziert werden.

Sehr viel Druck muss auf die Regierungen ausgeübt werden, damit diese Verhandlungen über ein effektives Vertragswerk in den nächsten 12 Monaten erfolgreich zu Ende gebracht werden. Bisher haben diese Verhandlungen kaum eine öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Informierte NRO des Saatgut- und Agrarbereichs haben in verschiedensten Erklärungen und auf verschiedensten Foren dazu aufgerufen, diese Verhandlungen sehr viel ernster zu nehmen, und sie bitten speziell die Entwicklungs-NRO aktiv zu werden. So geschehen beim Global Fo-

rum zur Internationalen Agrarforschung im Mai 2000 in Dresden, oder bei der 5. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Nairobi im Mai 2000.

Im Folgenden haben wir die leicht gekürzte Version eines Positionspapiers zu diesem *International Undertaking* abgedruckt, für das noch bis Anfang Oktober Unterschriften gesammelt werden. Organisationen und Einzelpersonen sind aufgerufen, schnell zu handeln und dieses Positionspapier zu zeichnen, damit es dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten noch vor der Oktobersitzung des FAO-Ausschuss präsentiert werden kann. In einer öffentlichen Tagung auf der Internationalen Grünen Woche am 22.1.2001 in Berlin soll ferner mit den deutschen Unterhändlern über diese Positionen und über den Stand der Verhandlungen bzw. die Rolle, die die Bundesregierung spielt, diskutiert werden.

Diese Verhandlungen sind besonders wichtig im Zusammenhang mit dem Review des TRIPS-Abkommens 27, 3b, bei dem es um Fragen der geistigen Eigentumsrechte bei Kulturpflanzen geht. Vor allem das dort festgehaltene Sui-generis-Recht für eine eigenständige Rechtsprechung erfährt durch das *International Undertaking* eine konkrete Ausformung, weil hier den geistigen Eigentumsrechten der Züchter (und Konzerne) die geistigen Eigentumsrechte der traditionellen Bauerngemeinschaften wenigstens ansatzweise entgegengesetzt werden. Eine Reihe von Entwicklungsländern haben schon Gesetze verabschiedet oder in Vorbereitung, die die *Farmers' Rights* durch nationale Gesetzgebung auszubauen versuchen.

Wenn Sie sich dem Aufruf anschließen möchten und Interesse an den Aktionen haben, wenden Sie sich bitte bis zum 8. Oktober an den Autor [s. Kontakt]

Rudolf Buntzel-Cano

Der Autor ist Koordinator der AG Landwirtschaft und Ernährung.

**Kontakt:** Rudolf Buntzel-Cano; c/o Evang. Bauernwerk in Württ. e.V., Hohebuch; 74638 Waldenburg; Telefon: 07942 / 10776; Fax: 07942 / 10777; E-mail: abp@ebw.imosnet.de



# Saatgut für Alle

*Ein Positionspapier von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zum International Undertaking der FAO über pflanzengenetische Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung (sog. IU) [1]*

## Warum das Vertragswerk wichtig ist

Eine rechtlich verbindliche internationale Vereinbarung zu pflanzengenetischen Ressourcen, das sog. „International Undertaking“ (IU), das sowohl mit der FAO als auch mit der Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) verbunden ist, ist für die Welternährungssicherung grundlegend. Es ist das einzige Abkommen, das die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGR) sicherstellen kann und den Nutzen der PGR gerecht aufteilt, indem es insbesondere den Bauern mehr Rechte einräumt.

Eine solche Vereinbarung ist aus folgenden Gründen wichtig:

- Sie trägt dazu bei, die Ernährungssicherheit langfristig zu sichern.
- Die Bauern, die in der ganzen Welt einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung und die Entwicklung der PGR geleistet haben, würden dafür belohnt; damit würde die Fortführung dieser Erhaltungsarbeit für die Zukunft gesichert.
- Traditionelles Wissen erhielte einen ähnlichen rechtlichen Status wie das Wissen der modernen wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung.
- Die Besonderheiten der PGR für die Landwirtschaft und Ernährung gingen als Bestandteil in die Konvention zur Biologischen Vielfalt ein.
- Dem gewaltigen und zunehmenden Verlust an biologischer Vielfalt im Kulturpflanzenbereich würde entgegenge-wirkt.
- Die Kulturpflanzenvielfalt bliebe ein öffentliches Gut.

Alle Länder dieser Welt sind von dem weltweiten Austausch pflanzengeneti-scher Ressourcen im Kulturpflanzenbe-reich abhängig. Es ist schier unmöglich, diesen Austausch durch bilaterale Verträge regeln zu wollen, u.a. auch weil der Ursprung der PGR nicht wirklich zurück-verfolgt werden kann. Deshalb ist das IU für diesen Politikbereich ein unverzichtba-res Instrument. NRO fordern alle Regie-rungen auf, die Verhandlungen zum IU baldmöglichst zu einem erfolgreichen En-de zu bringen.

Wir alle profitieren von dem Beitrag, den die Kulturpflanzenvielfalt für unsere Ernährungssicherheit leistet. Die Bauern allerdings, die diese Vielfalt entwickelt und erhalten haben, haben wenig Aner-kenkung dafür erhalten und bekommen keine Anreize, es auch weiterhin zu tun. [...]

## Geschichte des IU

1983 wurde das IU als freiwillige Über-einkunft verabschiedet. Diese Überein-kunft wird jetzt durch die FAO-Mitglieds-länder neu verhandelt. Zuständig ist die „Zwischenstaatliche Kommission für pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft“, die bei der FAO angesiedelt ist. Ziel dieser Ver-handlungen ist es, dieses Übereinkom-men mit der Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity - CBD) abzustimmen und zu einem in-ternational rechtlich verbindlichen Instru-ment auszugestalten. Damit würde das neue IU notwendigerweise die Ziele der CBD unterstützen, die da sind:

- die Erhaltung und die nachhaltige Nut-zung der Vielfalt
- die faire und gleiche Verteilung der Vorteile, die aus der Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen im Ernährungs- und Landwirtschaftsbe-reich hervorgehen.

Wegen der besonderen Merkmale von pflanzengenetischen Ressourcen im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich, insbesondere im Hinblick auf das Wissen der Bauern, das in die Entwicklung dieser Ressourcen eingegangen ist, treffen viele Regelungen der CBD auf den Ernäh-rungsbereich nicht ganz zu. Deshalb muss das IU für diesen Bereich einen ei-genen Rechtsrahmen vorgeben. Der soll den freien und erleichterten Austausch des Saatguts durch ein multilaterales Sy-stem erlauben, indem er den Zugang zu den Ressourcen regelt. Der IU muss auch Anreize für die Bauern und ihre Gemein-schaften sicherstellen und ihre histori-schen und gegenwärtigen Beiträge zur Entwicklung dieser Kulturpflanzenvielfalt anerkennen. Das soll durch die Umset-zung eines international anerkannten

Konzepts von „Farmers' Rights“ (Rechte der Bauern) erfolgen. [...]

## Forderungen an das internationale Vertragswerk

### Allgemein:

- Wir fordern eine erklärte politische Be-reitschaft für die Bereitstellung von neu- en und zusätzlichen Finanzmitteln durch die PGR-Nutzerstaaten, um das Vertragswerk umzusetzen.
- Wir fordern einen legal verbindlichen Mechanismus für eine gerechte und ausgewogene Aufteilung des Nutzens (Benefit Sharing) in Übereinstimmung mit den Regeln der CBD und umgesetzt durch das IU.
- Um eine ständige Weiterentwicklung zu ermöglichen, benötigt das Vertrags-werk Instrumente der kontinuierlichen Überprüfung des Abkommens. Wenn ein solcher Überprüfungsmechanismus installiert wird, kann das Vertragswerk auch vorzeitig unterzeichnet werden, denn einige der Fragen, die jetzt noch nicht gelöst sind, können in den folgen- den Jahren nachverhandelt werden.
- Das Vertragswerk benötigt eine starke, unabhängige und zeitlich nicht befristete Kommission unter Beteiligung von Vertretern von Bauerngruppen und von Organisationen der Zivilbevölkerung, die die Umsetzung überprüft.
- Keine Patente oder Sortenschutzrechte, wie z.B. die des Sortenrechts nach UPOV-Version, sollen auf das Material, einschließlich seiner Zellen oder Gene, das aus dem multilateralen System stammt, angemeldet werden können.
- Alle Länder müssen die Verpflichtung eingehen, die Rechte der Bauern umzu- setzen.

### Im Speziellen:

**1. Rechtlicher Charakter:** Das Vertrags-werk sollte ein rechtlich bindendes In-strument werden, das als Protokoll der Konvention für Biologische Vielfalt (CBD) verabschiedet wird und unter der Aufsicht der FAO steht. Wenn andere bestehende internationale Abkommen mit den Zielen dieses Vertragswerks in Konflikt treten und wenn daraus mögli-



che Gefahren für pflanzengenetische Ressourcen im Kulturpflanzenbereich entstehen, müsste das Vertragswerk des IU Vorrang haben.

**2. Geltungsbereich:** Das Multilaterale System sollte alle pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft umfassen, besonders solche, die für die Ernährungssicherheit an irgendeinem Ort der Welt von Bedeutung sind. Um eine klare Abgrenzung zwischen den PGR für Ernährung und Landwirtschaft und anderen PGR, die von der CBD geregelt werden, zu ziehen, sollten die Arten und Typen, die von dem IU erfasst werden, aufgelistet werden.

**3. Zugang, Vorteilsausgleich und finanzielle Anreize:** Zugang und Vorteilsausgleich sollten durch ein Multilaterales System geregelt werden, das Teil des IU ist.

Von einem erleichterten Zugang zu genetischem Material, der durch dieses Multilaterale System erleichtert werden soll, profitieren alle. Damit das auch wirklich erreicht wird, muss der Zugang zu allen PGR für Ernährung und Landwirtschaft, In-situ und Ex-Situ, und zwar für Material, das sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten der Konvention zur Biologischen Vielfalt gesammelt wurde, sichergestellt werden. Um einen solchen erleichterten Zugang zu Material, das durch das Multilaterale System ausgetauscht wird, sicherzustellen, muss dieses Material von der Patentierbarkeit und vom Sortenschutz (nach UPOV) ausgeschlossen werden. Das betrifft das Material selbst, seine Zellen, Gene, Gensequenzen und abgeleiteten Züchtungsprodukte. Wenn der Zugang auf diese Art und Weise erleichtert wird, werden auch automatisch die zukünftige Züchterarbeit und die *Farmers' Rights* unterstützt.

Die Vorteile aus der Verwendung von pflanzengenetischen Ressourcen sollen unter den verschiedenen Akteuren gerecht und ausgewogen aufgeteilt werden. Sie resultieren aus der Forschung und Entwicklung und aus den Gewinnen durch die kommerzielle Nutzung des Materials für Pflanzenzüchtung und Ernährung. Zusätzlich sollten weitere finanzielle Anreize durch einen globalen Fonds sichergestellt werden, der von staatlichen Zuschüssen und von zwischenstaatlichen Programmen gespeist wird.

Diese Mittel, Einkommen und Erträge sollten von der Vertragsstaatenkonferenz des IU kontrolliert werden. Die Mittel sollten genutzt werden, um die Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von PGR gemäß dem globalen Aktionsplan von Leipzig umzusetzen, und die *Farmers' Rights*, insbesondere im Süden, zu stärken.

**4. Farmers' Rights (Bauernrechte):** Die *Farmers' Rights* sind für die Erhaltung und Entwicklung der pflanzengenetischen Ressourcen im Kulturpflanzenbereich entscheidend. Der Wortlaut des Textentwurfs, wie er in der 8. Regulären Sitzung der Kommission zu Pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft im April 1999 verabschiedet wurde, ist unzureichend:

- Er enthält keinen internationalen rechtlichen Mindeststandard zu den Rechten der Bauern. Der gegenwärtige Entwurf unterstellt sie völlig der nationalen Gesetzgebung. Solche Mindeststandards sollten auch z.B. das Verbot von bestimmten biologischen Methoden beinhalten, wie z.B. das der Terminator-Technologie, die die Bauern davon abhält, ihr eigenes Saatgut nachzubauen.
- Der Entwurf garantiert den Bauern nicht ihr unveräußerliches Recht, ihr Saatgut aus der letzten Ernte für die

nächste Aussaat wiederzuverwenden, es frei auszutauschen oder es, im Falle von national nicht geschützten Sorten, auf ihre traditionelle Weise zu handeln.

## Zeitplan

Die Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) hat wiederholt ihre Bereitschaft bekundet, das neu überarbeitete IU zu einem völkerrechtlich verbindlichen Vertragswerk zu machen, das mit der FAO und der CBD verbunden sein soll und das möglicherweise als Protokoll zu der CBD verabschiedet wird. Die CBD appelliert auch an ihre Mitglieder „... ihre Positionen in beiden Foren zu koordinieren“ (Beschluss V/9).

Der vorgesehene Zeitrahmen, um diesen Plan bis zu der Vertragsstaatenkonferenz VI im Jahr 2002 noch zu verwirklichen, ist sehr eng. Dann müsste die Zustimmung zum Endtext durch den FAO-Rat im November 2000 erfolgen. Der Text könnte dann bei der SBSTTA 6 im Jahre 2001 behandelt werden. Die Alternative wäre, dass der Text von der FAO-Konferenz im November 2001 verabschiedet wird und dann direkt durch die FAO-Konferenz bei der CBD vorgelegt wird. Das entspräche dem ursprünglichen Vorschlag der Vertragsstaatenkonferenz zur CBD (siehe COP 3, Entscheidung III/11). Beide Verfahren lassen nur noch wenig Zeit für den Abschluss der Verhandlungen. Der Druck ist stark. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, konkrete Angebote für eine hinreichende finanzielle Unterstützung zu unterbreiten, um die schnelle Beendigung der Verhandlungen innerhalb dieses Zeitraums zu erreichen.

*Das Positionspapier wurde gemeinsam entworfen von  
Patrick Mulvany (ITDG, GB)  
und François Meienberg  
(Erklärung von Bern).*

Danksagung auch an die folgenden Personen für ihre Kommentare: Jan Boring, Kristin Dawkins, Peter Einarsen, Joyce Hambling, Henk Hobbelenk, Dan Leskien, Pat Mooney, Christine von Weizsäcker.

In Deutschland bearbeitet und vorbereitet von der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt & Entwicklung. Kontakt: Rudolf Buntzel-Cano; c/o Evang. Bauernwerk in Würt. e.V., Hohebuch; 74638 Waldenburg; Telefon: 07942 / 10776; Fax: 07942 / 10777; E-Mail: abp@ebw.imosnet.de

[1] Dies ist die leicht gekürzte Fassung des übersetzten Positionspapiers „Seeds for all“. Weitere Informationen gibt es auch auf folgenden Internetseiten: [www.ukabc.org/in2.htm](http://www.ukabc.org/in2.htm); [www.evb.ch/bd/food.htm](http://www.evb.ch/bd/food.htm); [www.grain.org](http://www.grain.org)

# MISEREOR

## DIE ARMEN ZUERST.

**Spendenkonto 556 Sparkasse Aachen BLZ 390 500 00**



## Nachhaltige Entwicklung mit dem Balkan-Stabilitätspakt?

*Umwelt-Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen auf dem Balkan gegrün-*

Vom 15. bis 17. Juni tagten in Mazedonien Umwelt-NRO aus der gesamten der Balkanregion zum Thema: „Zukunftsfähige Entwicklung auf dem Balkan“. Eingeladen hatte Friends of the Earth Europe, Friends of the Earth Macedonia und die Heinrich-Böll-Stiftung. Diskutiert wurden Umsetzungsstrategien des Balkan-Stabilitätspaktes und herausgekommen ist ein NRO-State-ment und ein neues NRO-Netzwerk. Die nicht immer leichten Wege zum Erfolg der Konferenz erläutert Stefan Rostock:

Nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen ist mit dem Ziel des Wiederaufbaus der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Institutionen im Juni 1999 der Balkan-Stabilitätspakt unter Beteiligung von (u.a.) EU, Weltbank, Weltwährungsfond, OSZE und der Nato sowie den betroffenen Ländern ins Leben gerufen worden. Serbien bleibt solange ausgeschlossen, bis in dem Land demokratische Reformen durchgeführt worden sind, gemeint ist damit immer das Ende der Herrschaft von Milosevic.

Umweltprojekte des Stabilitätspaktes werden im regionalen Umwelt-Wieder-

aufbauprogramm (*Regional Environmental Reconstruction Programme*, REReP) behandelt. REReP ist der Aufgabenkatalog, in dem vorgeschlagene Projekte mit verschiedenen Geldgebern zusammen gebracht wurden. Dieses Verbinden von Projekten mit Geldgebern ist auch in den anderen Feldern die eigentliche Aufgabe des finanzschwachen Stabilitätspaktes. Bei der Umsetzung der REReP-Projekte wird Wert auf eine Beteiligung der Zivilgesellschaft gelegt. In den Arbeitskreisen der Konferenz zu Energie, Finanzflüssen auf dem Balkan und biologische Vielfalt wurden dazu konkrete (Umsetzungs-)Vorschläge gemacht. Es wird jedoch schwierig sein, die hohen Ansprüche umzusetzen, da wieder einmal nur aus der Umweltecke heraus von „sustainable development“ gesprochen wird, diese aber nur einen kleinen Teil des Stabilitätspaktes ausmacht und ein konzeptionell breiter angelegtes Aufbauprogramm dazu fehlt.

### Umweltarbeit als Friedensarbeit

Im Vorfeld und während der Konferenz wurde deutlich, dass die Spannungen zwischen Religions- und Volksgruppen, die den Balkan nicht erst seit Titos Tod erschüttern, sich auch innerhalb der Umwelt-NRO finden. In den Diskussionsrun-

den wurden alte Ängste spür- und hörbar, Misstrauen und Dialogunwilligkeit drohten manchmal einzelne Sitzungen zu kippen. Doch immer wieder ermahnte man sich gegenseitig zum konstruktiven Dialog, machte sich die gemeinsamen Ziele bewusst und versuchte, aus den alten Verhaltensmustern auszubrechen. Die alles entscheidende Frage ist jedoch, ob es gelingen wird, eine demokratische Entwicklung und den Dialog unter den verschiedenen Gruppen zu stärken. Der Balkan ist zur Zeit ein Beispiel dafür, dass die Abwesenheit von Krieg noch keinen Frieden bedeutet. Die Konferenz war auch ein Beispiel für einen konstruktiven Neuanfang der Zivilgesellschaft auf dem Balkan.

Die ersten Sitzungen des Netzwerkes haben stattgefunden, ein Leitungsgremium ist ernannt worden, das Sekretariat ist eingerichtet und das nächste Treffen der REReP-Umsetzungsgruppe mit den NRO VertreterInnen wird im November in Brüssel stattfinden. Vielversprechende Zeichen, die weiter Unterstützung durch Umwelt-NRO verdienen. [1]

Stefan Rostock

Der Autor ist Mitglied des AK Internationale Umweltpolitik beim BUND und Projektleiter von Debate21.org.

[1] Weitere Informationen unter: [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org); [www.seerecon.org](http://www.seerecon.org); [www.bankwatch.org](http://www.bankwatch.org).

## NRO-Statement und Gründungserklärung

*Konferenz über Zukunftsfähige Entwicklung auf dem Balkan; 15.-17.Juni 1999 Struga, Mazedonien*

Wir, die Umwelt-NRO, die in Struga/Mazedonien aus Anlass der ersten Konferenz „Zukunftsfähige Entwicklung auf dem Balkan“ versammelt sind, formulieren die folgenden Positionen:

1. Wir betrachten das regionale Umwelt- (und) Wiederaufbauprogramm (Regional Environmental Reconstruction Programme, REReP) als nützliche Initiative und unterstützen die Hereinnahme der Aufgaben Umweltschutz und zukunftsfähige Entwicklung in die Ziele des Bal-

kan-Stabilitätspaktes. Wir sind bereit, an diesem Prozess aktiv teilzunehmen, in Abstimmung mit den Umweltministerien und mit Koordination durch das REC (Regional Environmental Centre, Budapest, Anm.d.A.) als Sekretariat des REReP. Um zu erreichen, dass der Prozess faire Möglichkeiten und produktive Kooperation gewährleistet, halten wir fest:

□ Mehr Transparenz in der Definition der Strategien, der Auswahl der Prioritäten

und der Festlegung der Kriterien zur Unterstützung von Projekten;

□ NRO aus der Region benötigen als Umsetzungsagenturen entsprechende Möglichkeiten der aktiven Teilnahme am Prozess, wie z.B. als aktive Mitglieder in Beratungs- oder Entscheidungsgremien und nicht nur als Empfänger von Fördermitteln, Bildungsmaßnahmen oder anderen Formen der Hilfe.

□ Auf bereits laufende Projekte sollen die aufgestellten Forderungen angewendet



und NRO sollen in der Umsetzung von Projekten wo immer möglich beteiligt werden. Besondere Beachtung bedarf der Artikel 2 des REReP-Absatzes über Aufbau einer Zivilgesellschaft zu Umweltfragen (*Environmental Civil Society Building*).

2. Hiermit gründen wir uns als regionales Umweltnetzwerk der Zivilgesellschaft Südosteuropas (*Environmental Civil Society SEE Regional Network*) um eine konstante, aktive Beteiligung der NRO der Region in der weiteren Entwicklung und Umsetzung des REReP und des Stabilitätspaktes als Ganzes sicherzustellen. Wir laden alle Umwelt-NRO der Region ein, sich dem Netzwerk anzuschließen.
3. Unser Netzwerk ernennt NRO-VertreterInnen zur REReP-Umsetzungsgruppe (task force), die an den Beratungen und Entscheidungen der Gruppe teilnehmen. Als Übergangslösung ernennen wir die folgenden VertreterInnen als weitere Mitglieder in der Gruppe: Lavdosh Ferruni aus Albanien; Polina Kirova aus Bulgarien; Sonja Karoglan aus

Kroatien und Daniela Stojanova und Saska Petrova aus Makedonien. Ein Mechanismus zur Bestimmung der acht NRO-Mitglieder der Umsetzungsgruppe wird vom Netzwerk später festgelegt.

4. Um sicherzustellen, dass die Mittel des Stabilitätspaktes für eine zukunftsfähige Entwicklung und mittels einer aktiven Beteiligung von Umwelt-NRO verwendet werden, werden wir die REReP und Stabilitätspakt *Watch-Dog-Funktion* übernehmen. Für diese Aufgabe begrüßen wir die Beteiligung von NRO, die ihren Sitz außerhalb der Region haben.
5. Wir beantragen folgende Ergänzungen zum Text des REReP:
  - Einbeziehung von zukunftsfähiger ländlicher Entwicklung und Landwirtschaft, mit einem Schwerpunkt auf Förderung der biologischen Formen der Landwirtschaft;
  - Unterstützung der jugoslawischen NRO und der jugoslawischen Zivilgesellschaft, die nicht Geiseln ihrer Regierung sein dürfen;

- Umweltauswirkungsprüfung (*Environmental Impact Assessment, EIA*) und aktive Beteiligung der NRO für alle Projekte des Stabilitätspaktes;
- Aufnahme eines Prioritätskriteriums für NRO-Projekte die unterstützt werden sollen: 1. demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit; 2. Entwicklung konkreter Instrumente und Mechanismen für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Wir hoffen und erwarten weitere Entwicklungen des REReP und anderer ähnlicher Initiativen, mit dem Ziel einer zukunftsfähigen Entwicklung für Süd-Ost-Europa.

**Teilnehmer:** 60 NRO aus Albanien, Bosnien, Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Rumänien, Slowenien sowie 50 Vertreter von Umweltorganisationen aus anderen europäischen Ländern.

*Übersetzung aus dem Englischen:*  
Stefan Rostock

Der Originaltext ist im Internet zu finden unter:  
[www.foeeurope.org/sust\\_balkan/ngo\\_statement.htm](http://www.foeeurope.org/sust_balkan/ngo_statement.htm)

## Veranstaltungshinweis

### „Arbeit“ auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit

In den letzten Jahren wächst das Bewusstsein, dass Zukunftsfähigkeit mehr ist als die Ausrichtung des Wirtschaftens an der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten Erde. Vor allem die UN-Entwicklungsorganisation (UNDP), Mitveranstalterin des sog. Erdgipfels in Rio 1992, fordert die Unterordnung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem unter ein gemeinsames Leitziel der nachhaltigen menschlichen Entwicklung.

Im Umfeld der Rio-Konferenz haben Frauen-NRO gefordert, 'sustainable livelihood' zum Maßstab des Denkens und des Handelns zu machen. Für sich und ihre Familien forderten sie Verlässlichkeit der Lebensumstände ohne Armut und Umweltzerstörung. Unter diesem Vorzeichen verliert der globale Markt seine absolute Priorität zugunsten kleinräumiger sozialer Zusammenhänge. Aktivitäten außerhalb der Erwerbsarbeit, vor allem unbezahlte Arbeit im Dienst von Personen und Sachen, gewinnen an Gewicht.

Die Forderungen der Rio-Konferenz sind aktueller denn je, auch für die Industrieländer. Seit langem plädieren soziale Bewegungen für eine Orientierung des Wirtschaftens an Alltagsbedürfnissen

und damit für eine neue Verbindung von Arbeiten und Leben. Dazu gehört in erster Linie ein Wandel im Verständnis von dem, was Arbeit ist.

#### Das Seminar

#### „ Arbeit“ auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit

versteht sich als Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über zukunftsfähiges Wirtschaften und die Zukunft der Arbeit.

**Ort:** Ökumenische Werkstatt, Wuppertal

**Termin:** Freitag 13.10. bis Samstag 14.10.

**Nähere Informationen:** finden Sie im Serviceteil dieses Heftes. Das Programm kann auch im Forum Umwelt & Entwicklung angefordert werden (Tel: 0228-359704)



# Wege finden für ein internationales Indikatorensystem

## *Die Indikatorendebatte im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt*

**Die 5. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD) liegt nun bereits fast ein halbes Jahr zurück. Als eines von vier Querschnittsthemen stand im Mai auch das Thema „Bestimmung, Überwachung und Bewertung sowie Indikatoren“ auf der Tagesordnung. Obwohl es sich hierbei um einen Punkt von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der Konvention handelt, auf den auch in verschiedenen thematischen Bereichen und Arbeitsprogrammen explizit Bezug genommen wird, und eine langjährige Entwicklungsphase den jetzigen Entscheidungen vorausging, konnten bei den Verhandlungen im Mai keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden.**

Zur Umsetzung der Konvention bedarf es einer Auswahl an Indikatoren, die (1) den derzeitigen Stand der biologischen Vielfalt (=Status), (2) deren prognostizierte Veränderungen (=Trends) reflektieren, sowie (3) politikbezogene Indikatoren, die die Effektivität von eingeleiteten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens bestimmen oder Handlungsdefizite aufzeigen.

Indikatoren dienen im Zusammenhang mit der CBD dem Zweck, (1) in der Öffentlichkeit Bewusstsein für relevante Veränderungen der biologischen Vielfalt zu schaffen, und (2) nationale Umsetzungsmaßnahmen und Sektorpolitiken zu vergleichen und zu bewerten (u.a. durch die Vereinfachung und Vereinheitlichung der nationalen Berichtspflichten). (3) Ursprünglich plante man auch, auf lange Sicht - neben den heute gebräuchlichen ökonomischen und sozialen Indices (z.B. Bruttosozialprodukt) zur Bewertung politischen Handelns - einen weiteren Index einzuführen, der den ökologischen Belangen Rechnung trägt.

Um diese Ziele zu erfüllen, müssen die gewählten Biodiversitätsindikatoren

- komplexe Zusammenhänge vereinfacht aber treffend charakterisieren,

- Informationen quantifizierbar machen,
- politikrelevant sein,
- den Nutzern der biologischen Vielfalt und deren Informationsbedürfnissen angepasst sein.

Die Erarbeitung von Indikatorensystemen wird derzeit in verschiedenen Foren auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene und in unterschiedlichen Sektoren vorangetrieben, die in diesem Zusammenhang nicht alle erwähnt werden können, auf deren Erfahrungen aber auf jeden Fall aufgebaut werden sollte.

Durch vielfältige thematische Überschneidungen mit anderen Konventionen, Organisationen und internationalen Programmen muss die Indikatorenentwicklung im Rahmen der CBD immer in engem Zusammenhang mit diesen Prozessen gesehen werden.

Obwohl weiterhin unbestritten bleibt, dass die Entwicklung von Indikatoren ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Konventionsziele ist, verlagert sich die anfänglich forcierte Erarbeitung global anwendbarer, quantitativer Indikatoren, die eine bedingte Vergleichbarkeit der Vertragsparteien auf internationaler und regionaler Ebene impliziert hätte, immer mehr hin zu einer Entwicklung lokal oder national - seltener auch regional - anwendbarer Indikatorensysteme. Durch die mit Nachdruck geforderte, einstweilige Schwerpunktlegung auf Fallstudien und regionalen Erfahrungsaustausch wird das Erreichen eines gemeinsamen Indikatorensystems weiter hinausgeschoben und nationale Indikatorensysteme gestärkt. Dahinter mag einerseits die Sorge verschiedener Vertragsparteien mit bereits entwickelten oder in Erprobung befindlichen Indikatorensystemen stehen, dass ihre oft sehr personal- und kostenintensiven Bemühungen in diesem Gebiet durch das Einsetzen global gültiger Indikatoren an internationale Standards angepasst oder gänzlich verändert werden müssten, andererseits ist für einige Vertragsparteien die mögliche Vergleichbarkeit mit Staaten ähnlicher naturräumlicher Ausstattung und Prägung eher abschreckend als verlockend. Die Notwendigkeit globaler Vergleiche als Grundlage für Übersichtswerke und für die Analyse weltweiter Ent-

wicklungen als Bedingung und Chance für die internationale Politikgestaltung wird dabei eher als zweitrangig hinter nationalen Interessen gesehen. In Zukunft muss daher, aufbauend auf die nationalen Initiativen der Vertragsstaaten, wieder verstärkt auf ein Standardindikatorensystem hingearbeitet werden, das zwar den gegebenen Unterschieden Rechnung trägt, aber trotzdem global anwendbar ist. Die in verschiedenen anderen Foren und Prozessen generierten Ergebnisse können dabei unter dem Dach der CBD integriert und von den einzelnen Vertragsparteien je nach deren Bedürfnissen weiter ausgebaut und vertieft werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der zur schleppenden Konkretisierung der gewünschten Indikatorensysteme führt, ist die für die Erarbeitung von politikrelevanten Indikatoren unerlässliche Bestimmung des jeweils zugehörigen Bezugssystems:

1. einem Referenzpunkt für das Maß an biologischer Vielfalt (= baseline)
2. einer Zieldefinition, wobei dieses Ziel positiv als zu erreichende gewünschte Vorstellung (=target) bestimmt werden kann, oder negativ als zu vermeidender Grenz- oder Schwellenwert (= threshold). In diesem Fall fungiert der gewählte Indikator dann als Frühwarnsystem.

Der gewählte Referenzpunkt kann mit dem definierten Ziel übereinstimmen, dies muss aber nicht der Fall sein.

Schon die Wahl eines Referenzpunktes birgt gewisse Schwierigkeiten, die konkrete Ausformulierung der politischen Zielvorstellungen hingegen ist ein aufwendiger Prozess, in dem ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs über die notwendige, gewünschte und akzeptable Umsetzung der Ziele des Übereinkommens geführt werden muss, der in politische Entscheidungen mündet. Diese Konsensfindung ist die Grundvoraussetzung für die Erstellung nationaler Strategien, deren Umsetzung und Wirksamkeit dann mit Hilfe entsprechender Indikatoren bewertet werden kann. Auch in Deutschland befinden wir uns noch mitten in diesem Zielfindungsprozess.

Erst wenn diese klaren politischen Vorgaben existieren, können darauf aufbau-



end weitere Schritte zur Entwicklung international geltender Indikatoren unternommen werden.

Um den Entwicklungsprozess in diesem Sinne weiterzutreiben, wurde der Generalsekretär von der 5. Vertragsstaatenkonferenz beauftragt, unter Verwendung bereits vorhandenen Wissens

□ Prinzipien für nationale Monitoring-Programme und Indikatoren sowie

□ Standardfragen und eine Liste von vorhandenen und möglichen Indikatoren (für den Status und die prognostizierten Veränderungen von biologischer Vielfalt und die entsprechenden politischen Gegenmaßnahmen) zu erarbeiten.

Dabei soll verstärkt auf gesammelte praktische Erfahrungen im Umgang mit Indikatoren im Rahmen von Fallstudien und regionalen Expertentreffen zurückge-

griffen werden. Ein entsprechender Bericht soll im Vorfeld der nächsten Vertragsstaatenkonferenz diskutiert und dann den Vertragsstaaten zu ihrem 6. Treffen in den Niederlanden im Jahre 2002 vorgelegt werden.

Jutta Stadler

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Bundesamts für Naturschutz; Fachgebiet Biologische Vielfalt; Insel Vilm; 18581 Lauterbach/Rügen.

## Kirchliche Hilfswerke starten Postkartenaktion

Mit einer Postkartenaktion rufen evangelische und katholische Entwicklungshilfswerke gemeinsam zur Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe in Deutschland auf. Mit der Aktion, die am 15. September beginnt, sollen Bundesregierung und Parlamentarier bei den laufenden Haushaltsverhandlungen an ihr Versprechen erinnert werden, die Entwicklungspolitik als Zukunftsinvestition und globale Strukturpolitik mit der notwendigen finanziellen Basis auszustatten.

Entgegen ihrer Koalitionsvereinbarung von 1998 und ihrem Bekenntnis zu Zukunftsinvestitionen lässt auch die gegenwärtige Bundesregierung wie schon ihre Vorgängerin die staatlichen Mittel für Entwicklungshilfe weiter sinken. Hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Jahr 1991 noch einen Anteil von 1,98% am gesamten Bundeshaushalt, so sind es in diesem Jahr nur noch 1,48%. Auch die für 2001 bisher geplante nominale Erhöhung um 1,7 Prozent bricht diesen Trend nicht, da sie durch Umschichtungen innerhalb des Bundeshaushalts zustande kommt. Die damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben sind größer als die Erhöhung.

Kirchliche Entwicklungshilfswerke protestieren jetzt anlässlich der aktuellen Haushalts-

beratungen gegen diesen langfristigen Trend, der sich nach den bisherigen Planungen auch in den nächsten Jahren fortsetzen soll. Misereor, Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst und die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung rufen ab 15. September zu einer bundesweiten Protestkartenaktion auf. Mit vorbereiteten Postkarten sollen sich möglichst viele an die Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und Kerstin Müller/Rezzo Schlauch wenden. Die beiden zentralen Forderungen greifen das Versprechen der Koalitionsvereinbarung auf, den Abwärtstrend des BMZ-Haushalts umzukehren: Dazu fordern die Protestkarten eine fünfprozentige Erhöhung des BMZ-Haushalts 2001 sowie in Zukunft einen Zuwachs, der mit dem des Bundeshaushalts insgesamt mindestens Schritt hält.

Bestellung der Postkarten mit Infoblättern bei:  
Misereor Vertriebsgesellschaft, Tel. 0180/5200210,  
Fax 0241/4798645.

Entwicklungspolitik





# Debate 21– Ein Süd-Nord-NRO-Dialogprojekt zur globalen Zukunftsfähigkeit

*Ideenpotentiale und Expertise aus Süd und Nord zusammenführen*

Die sogenannte Globalisierung rast. Die negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt werden jedoch von Nichtregierungsorganisationen (NRO) nicht tatenlos hingenommen. Die Globalisierung geht keineswegs mit einer politischen Globalisierung in irgendeiner Form von Global oder gar „Good“ Governance einher. Die globale Zivilgesellschaft ist aufgefordert gegenüber den Kräften der Machtpolitik und Wirtschaft die Gegenbewegung zu sein, die Mensch und Umwelt, und nicht dem wirtschaftlichen Wachstum Priorität einräumt. Gegen den unzureichenden Einfluss auf die Politik muss mit gemeinsamen Strategien an die Öffentlichkeit getreten werden, um so beispielsweise dem demokratischen Defizit gemeinsam erarbeitete Alternativen entgegen zu setzen. (Rio)-Umweltkonferenzen, Welthandelsrunden, G8-Gipfel und IWF/Weltbank-Tagungen und die Expo sind einige aktuelle Beispiele für Ereignisse, die die globale Zivilgesellschaft erlebbar werden lassen und die innerhalb des NRO-Netzwerkes für Diskussions- und Vernetzungswellen sorgen. Um einen Beitrag zum internen Dialog der globalen Zivilgesellschaft zu leisten, haben WEED und GERMANWATCH Ende 1998 das Projekt Debate 21 ins Leben gerufen. Geleitet von VertreterInnen aus 15 NRO aus 5 Kontinenten werden in mehreren Workshops und im Internet Positionen ausgetauscht und entwickelt.

## Debate 21: Die Themen

□ **Zukunftsfähiger Welthandel:** In puncto Welthandel ist selbstverständlich Seattle zentrales Thema. Kann der dort gesäte Funke zum lodernen Feuer werden? Wie können der undemokratischen Welthandelsorganisation WTO von NRO-Seite aus durchsetzbare Alternativen entgegen gebracht werden? Allianzbildung zwischen NRO, Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, die Stärkung des UN-Systems, öffentliches Interesse gewinnen - kann das der globalen Zivilgesellschaft zum ge-

wünschten Einfluss verhelfen? Oder sind das nur Ausgangsbedingungen für wirkliche Alternativen?

Auf der Konferenz Debate 21 werden Dot Keet (AIDC, Südafrika) und Ronnie Hall (FoEI, UK) Alternativen anreißen und diskutieren.

□ **Internationale Klimapolitik:** Die Diskussion im Klimabereich ist in der NRO-Szene stark vom Prozess in der Nachfolge der Klimaverhandlungen in Kyoto geprägt. NRO versuchen hier, einen bereits stattfindenden Prozess zu unterstützen und ihm zum Erfolg zu verhelfen. Der Kyoto-Prozess wird als die einzige Möglichkeit gesehen, im Klimaschutz in den nächsten 10 Jahren effektiv voran zu kommen. Gleichzeitig ist jedoch der Verlauf und die Themenauswahl des Kyoto-Prozesses keineswegs ein Musterbeispiel für einen ausgewogenen Nord-Süd-Interessenausgleich.

□ **Internationale Finanzmärkte:** Die hoch volatilen internationalen Finanzmärkte und deren Instabilität mit unberechenbaren Auswirkungen auf die nationalen Märkte sind immer wieder Ursache für Krisen mit harten Folgen für Mensch und Umwelt. Für Wachstum und zukunftsfähige Entwicklung der armen Länder ist ein stabiles und einschätzbares ökonomisches Milieu jedoch essentiell. Daher ist es momentan besonders wichtig, dass die NRO-Szene verstärkt auf gemeinsame Positionen hinarbeitet. Die Ereignisse in Seattle und Washington haben zur öffentlichen Diskussion über die negativen Auswirkungen der Globalisierung und eine Reform des Welthandels und des internationalen Finanzsystems beigetragen. Strukturelle Reformen des Finanzsystems, wirtschaftliche Stabilität, Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen und der Vorrang der Politik vor der Wirtschaft sind die Basis der NRO-Forderungen.

Auf der Konferenz Debate 21 werden in diesem Zusammenhang unter anderem Strategien diskutiert, wie man innerhalb

der Finanzmärkte und -institutionen verstärkt soziale Forderungen und Entwicklungen mit einbeziehen kann.

## Debate 21: Die Konferenz

Als weiteren Ort des Dialoges veranstaltet Debate 21 eine internationale Konferenz, die vom 18.-20. Oktober 2000 in Bonn stattfinden wird. Sie steht im Zeichen des Dialogs von NRO aus Nord und Süd zum Thema Nachhaltigkeit in den drei Debate 21-Themenbereichen: Handel, Klima und Finanzmärkte. Die Konferenz soll nicht nur die Möglichkeit bieten, Konflikte aufzuzeigen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, wichtig ist es auch, Alternativen zur neo-liberalen Globalisierung aufzuzeigen. Ein wichtiges Ziel ist es, Handlungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft zu fördern und Allianzen zwischen NRO, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen aufzubauen und zu stärken. In den ersten beiden Tagen liegt daher der Fokus auf der internen Diskussion in Workshops, am dritten Tag werden die Ergebnisse der Öffentlichkeit in der Beethovenhalle Bonn präsentiert und diskutiert. Das Konferenzprogramm ist dieser Ausgabe des Rundbriefes beigelegt, das Anmeldeformular ist im Debate 21 Projektbüro oder auf der Homepage ([www.debate21.org](http://www.debate21.org)) erhältlich.

*Stefan Rostock, Anke Sieb*

Diesem Rundbrief ist ein Faltblatt zu der Konferenz beigelegt. Nähere Informationen gibt es auch bei:

### Debate 21

Stefan Rostock, Monika Brinkmüller  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn

Tel: 0228/96524-26  
Fax: 0228/96524-28  
[debate21@debate21.org](mailto:debate21@debate21.org)  
[www.debate21.org](http://www.debate21.org)





## Veranstaltungen/Termine

### 1. Aachener Forum: „Our Sustainable Future - Strategien für das 21. Jahrhundert

Veranstaltungsreihe  
12. Oktober 2000  
Aachen

Die Aachener Stiftung beginnt am 5. und 12. Oktober mit einer hochkarätig international besetzten Veranstaltung eine Reihe, die sich einmal jährlich mit Strategien für das 21. Jahrhundert auseinander setzen wird. Die Veranstaltung richtet sich erstmalig in Deutschland nicht an Fachleute, sondern will einem breiten interessierten Publikum Ideen, Meinungen und Trends zum 21. Jahrhundert vermitteln.

Am 12. Oktober werden Fritz Vahrenholt (Shell, D) und Walter Stahl (Inst. de la Durée, CH) die Themen „Energie im 21. Jahrhundert“ und „Von der Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft - Nutzen statt Besitzen“ erörtern.

**Informationen:**  
Aachener Stiftung  
Kathy Beys  
Schmiedstr. 3  
52062 Aachen  
Tel.: 0241-40929-0  
Fax: 0241-40929-20  
E-mail: dosch@aachener-stiftung.de

### Der patentierte Hunger

Tagung  
13. Oktober 2000  
Hotel Bern, Bern

Gefährden Patente auf Leben die Ernährungssicherheit? Wer profitiert, wer verliert bei Patenten auf Leben? Wie werden Patente auf Nahrungspflanzen die Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern des Südens beeinflussen? Auf welche Weise wird sich die Landwirtschaft verändern? Welches sind die Alternativen, welche den Bedürfnissen des Südens Rechnung tragen? Diese Fragen werden auf der Tagung gestellt und von renommierten Fachleuten beantwortet.

**Informationen:**  
SWISSAID  
Jubiläumsstr. 60  
CH-3000 Bern 6

Tel.: 031-350-5353  
Fax: 031-351-2783  
E-mail: postmaster@swissaid.ch  
Internet: www.swissaid.ch



### ‘Arbeit’ auf dem Prüfstand nachhaltiger Entwicklung

#### Seminar der AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung

13. - 14. Oktober 2000  
Ökumenische Werkstatt,  
Wuppertal

Auch der Nachhaltigkeitsdiskurs ist vor blinden Flecken nicht gefeit. Noch immer konzentrieren sich Strategien nachhaltigen Wirtschaftens auf einen anderen Umgang mit materiellen Ressourcen zwischen Produktion und Konsum. Die Versorgungsarbeit an den Rändern der Märkte bleibt ausgeblendet. Und damit die unbezahlte Arbeit von Frauen. Bei den UN-Konferenzen von Rio de Janeiro 1992 und in Peking 1995 wurde die Bedeutung geschlechtergerechter Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert hervorgehoben. Dazu gehört nicht nur eine verstärkte Mitwirkung von Frauen an politischen Entscheidungen, sondern auch ein anderes Verständnis von Arbeit. Die Anerkennung und Unterstützung von Vorsorge und Versorgungsarbeit ist Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Geschlechterverhältnis ebenso wie für das Wohlergehen der Generationen. Die UN mit ihren Unterorganisationen messen den Bedingungen und Ressourcen für unbezahlte Arbeit im Prozess ökonomischer Globalisierung wachsende Bedeutung bei. Diese Tagung will Entwicklungen aufzeigen und ein geschlechterbewusstes Verständnis von Nachhaltigkeit fördern. Ihre Ergebnisse sollen in den Diskurs über eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht werden. (Siehe Seite 28)

**Informationen:**  
Hildegard Krautwald  
Heinrich-Böll-Stiftung NRW  
Huckarder Str. 12  
44147 Dortmund

### Armes Europa? - Mit Menschenrechten gegen soziale Ausgrenzung

Seminar zur Grundrechtscharta  
13. - 14. Oktober 2000  
Mainz, Gossener Mission

Wie steht es um soziale Menschenrechte in Europa? In welcher Form beeinflusst die Politik der EU Prozesse sozialer Ausgrenzung innerhalb der EU und in Gesamteuropa? Steuert Europa ins soziale Aus?

Die Grundrechtscharta, die zur Zeit in der EU abschließend diskutiert wird, soll den BürgerInnen zeigen, welche Rechte sie in der EU besitzen. Doch das Ergebnis sieht nicht rosig aus: Soziale Rechte sind nur ungenügend berücksichtigt, auch wird die Charta in absehbarer Zeit nicht verbindlich, und damit auch nicht einklagbar, wenn sich die Regierungen im Dezember in Nizza nicht auf eine Aufnahme in die Europäischen Verträge einigen.

**Informationen:**  
FIAN Büro Berlin  
Ute Hausmann  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
Tel.: 030-42809107  
Fax: 030-34359731  
E-mail: u.hausmann@fian.de

### Nationale Nachhaltigkeitsstrategien - Landesagenda 21 NRW. Wie lässt sich eine zukunftsfähige Entwicklung politisch organisieren?

Tagung  
13. - 15. Oktober 2000  
Ev. Tagungsstätte, Iserlohn-Nußberg

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie formuliert und umgesetzt werden soll. Die Planungen dafür sind im vollen Gange, ein Zukunftsrat soll in nächster Zeit berufen werden. Auch die Länder haben sich auf den Weg zu Landesagenden gemacht. Die nordrhein-westfälische Regierung hat jetzt dieser Aufgabe in Form einer Landesagenda NRW 21 hohe Priorität gegeben.

Noch in diesem Jahr soll das Projekt unter Federführung des Umweltministeriums beginnen. Die Veranstaltung dient der aktuellen Bilanz dieser Aktivitäten und dem Dialog darüber, wie die Landesagenda NRW organisiert und strukturiert werden kann. Neben einleitenden Beiträgen, die die Bundes- und die Landesebene darstellen, werden Schwerpunktthemen wie BürgerInnenbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Eine-Welt-Bezüge sowie die besondere Rolle des Natur- und Umweltschutzes diskutiert. Während der Tagung sollen mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren Rahmenbedingungen und inhaltliche Schwerpunkte eines ergebnisorientierten Landesagenda-Prozesses diskutiert werden.

**Informationen:**  
Ev. Akademie im Institut für Kirche und Gesellschaft  
Dr. Peter Markus  
Berliner Platz 12  
58638 Iserlohn  
Tel.: 02371-352-144 o. -145  
Fax: 02371-352-169  
E-mail: g.huckenbeck@kircheundgesellschaft.de

### DEBATE 21 - International Civil Society Dialogues on Sustainability in Global Trade, International Financial Architecture and Climate Policy

Internationale Konferenz  
18. - 20. Oktober 2000  
Bonn

Zu dieser Veranstaltung s. beigefügtes Faltblatt und den Artikel auf S. 31.

**Informationen:**  
DEBATE 21  
Stefan Rostock  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228-9652426  
Fax: 0228-9652428  
E-mail: Stefan.Rostock@debate21.org  
Internet: www.debate21.org



## Veranstaltungen/Termine

### Regulative Ideen nachhaltigen Wirtschaftens - 15 Jahre IÖW und VÖW

Tagung  
19. - 20. Oktober 2000  
Berlin

15 Jahre IÖW (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung) und VÖW (Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung e.V.) - das ist Grund genug, um gemeinsam einen Blick zurück zu werfen auf die Anfänge der Ökologiebewegung und auf deren Leitbilder, die noch heute in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung spürbar sind. Auf ihrer Jubiläumstagung im Wissenschaftszentrum Berlin wollen IÖW und VÖW der Wirkungsgeschichte solcher Ideen nachgehen. Gemeinsam soll diskutiert werden, welche Leitbilder heute und in Zukunft eine Vision eines besseren Lebens tragen können und welche Rolle sie für die zukünftige Politik spielen werden. Neben Einzelvorträgen werden Arbeitsgruppen eingerichtet.

Informationen:  
IÖW und VÖW  
Potsdamer Str. 105  
10785 Berlin  
Tel.: 030-884594-16  
Fax: 030-882543-9  
E-mail: [konferenz@ioew.de](mailto:konferenz@ioew.de)

### Lärmbekämpfungspolitik in Europa: Ziele - Aktivitäten - Erfolge

Internationaler Workshop  
20. Oktober 2000  
Augsburg

Mit dem Grünbuch der europäischen Kommission „Zukünftige Lärmschutzpolitik“ ist ein neuer Anfang bei der Lärmbekämpfung in Europa gemacht worden. Unter Berücksichtigung der vielfältigen Kommentare aus allen beteiligten Kreisen zum Grünbuch hat die damals zuständige Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard angekündigt, dass die Kommission sich für die nächste Zukunft schwerpunktmäßig folgenden Aktivitäten widmen werde: Erarbeitung weiterer Richtlinien zur Geräuschemission auf

allen Gebieten des Lärms; Vorlage einer Rahmen-Richtlinie über die Erfassung und Minderung der Geräuschemission in der Umwelt; Einrichtung von Arbeitskreisen, die die Kommission bei ihrer Arbeit im Bereich der Emissionen und der Immissionen beraten soll.

Die Veranstaltung soll dazu dienen, die Öffentlichkeit in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten über die Aktivitäten und Ergebnisse in der europäischen Kommission zu unterrichten.

Informationen:  
Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V.  
Ludger Visse  
Frankenstr. 25  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-489520  
Fax: 0211-442634  
E-mail: [dalaerm@aol.com](mailto:dalaerm@aol.com)

### Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit - Ein politischer Nord-Süd-Dialog

Internationale Konferenz,  
Workshop und Abendveranstaltung  
23. - 25. Oktober 2000  
Berlin

Die Veranstaltung geht von einer vergleichenden Bestandsaufnahme der in Nord und Süd erarbeiteten Konzeptionen aus, wird dann Akteure und Allianzen für eine Nachhaltige Entwicklung (Gewerkschaften, Umweltverbände, Bauernorganisationen, Pionierunternehmen) erörtern und Kursbestimmungen für Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Nord-Süd-Beziehungen und Außenhandel diskutieren. Kooperationspartner dieser Tagung sind Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen, die in verschiedenen Kontinenten Konzepte von Nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development) aus zivilgesellschaftlicher Sicht erarbeitet haben - Programa Cono Sur Sustentable (Chile, Uruguay, Brasilien) und Friends of the

Earth Europe. Weiterhin werden Beiträge zu Nachhaltigkeitskonzepten aus Indien und Ghana erwartet.

An diese Tagung schließen sich am 25.10. zwei Workshops an, die dem Nord-Süd-Austausch zu Konzepten für spezifische Handlungsfelder dienen soll. Dabei stehen die Energiepolitik und kommunale Nachhaltigkeitsstrategien (lokale Agenda) im Mittelpunkt.

Den Abschluss der Aktivitäten stellt eine Abendveranstaltung dar: „Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Herausforderungen aus dem Süden“ (25.10., 20 Uhr). Konferenzsprachen sind Deutsch, Spanisch und Englisch.

Informationen:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Erwin Jünemann  
E-mail: [juenemann@boell.de](mailto:juenemann@boell.de)  
Fax: 030-28534-108  
Helmut Hagemann  
E-mail: [hagemann.helmut@t-online.de](mailto:hagemann.helmut@t-online.de)

### Im Blickpunkt: Vietnam - Rückblick und Ausblick auf die deutsch-vietnamesische Entwicklungszusammenarbeit

Seminar  
27. - 29. Oktober 2000  
AZK, Bonn-Königswinter

Der 30 Jahre dauernde Krieg hat Vietnam zum größten Teil verwüstet und in eines der ärmsten Länder der Welt verwandelt. Durch die, Mitte der 80er Jahre eingeleitete, Politik der Erneuerung und Aufnahme in die ASEAN im Jahre 1995, hat Vietnam wirtschaftliche Fortschritte erzielt und die Basis geschaffen, sich von der Armut zu befreien. Die Entwicklungshilfe Deutschland leistete damals einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Vietnams.

Die großen deutschen Hilfsorganisationen haben sich in diesem Land engagiert und haben viele erfolgreiche Hilfsprojekte zur Linderung von Spätfolgen des Krieges unterstützt. Häufig können kleinere Organisationen es sich leider nicht leisten, mit der Unterstützung von großen Hilfs-

organisationen Schritt zu halten. Das Seminar möchte Informationen, Tipps und Anregungen geben, wie die humanitäre Zusammenarbeit mit Vietnam sinnvoll gefördert und nachhaltig unterstützt werden kann.

Informationen:  
AZK Königswinter  
Nisa Punnamparambil  
Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter  
Tel.: 02223-73161  
E-mail: [AZK.Punnam@t-online.de](mailto:AZK.Punnam@t-online.de)

### Menschenrechte für BlumenarbeiterInnen - Funktionsweise, Erfolge und Schwierigkeiten des Flower Label Programms

Seminar  
27. - 29. Oktober 2000  
Bochum

Das Seminar soll einen intensiven Austausch anbieten sowie die wichtigsten Materialien der Blumen-Kampagne vorstellen. Die genaue Funktionsweise von FLP wirft noch manche Frage auf, genaues Wissen ist aber eine Voraussetzung für die Unterstützung des Programms. Deshalb werden wichtige Akteure des Programms auf dem Seminar Rede und Antwort stehen. Das Seminar richtet sich in erster Linie an MultiplikatorInnen und Träger der Blumen-Kampagne vor Ort. Anmeldung bitte bis 7.10. 2000.

Informationen:  
FIAN e.V.  
Overwegstr. 31  
44625 Herne  
Tel.: 02323-490099  
Fax: 02323-490018  
E-mail: [fian@fian.org](mailto:fian@fian.org)

### Umweltschonend Auto fahren

Aktionstag  
28. Oktober 2000  
Bonner Münsterplatz

Der Wissenschaftsladen Bonn e.V. veranstaltet zusammen mit dem städtischen Umweltamt am 28. Oktober 2000 auf dem Bonner Münsterplatz diesen Aktionstag. Geboten werden neben zahlreichen spektakulären De-



## Veranstaltungen/Termine

monstrationen auch Infostände. Experten beweisen, dass jede/r Autofahrer/-in bis zu 30 % Kraftstoff sparen und gleichzeitig einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Die Veranstaltung ist der Auftakt für eine Reihe von Ökofahrkursen, die der Bonner Wissenschaftsladen ab November anbieten wird. Eine neue Broschüre mit den wichtigsten Fahr- und Spartipps wird an diesem Aktionstag der Öffentlichkeit präsentiert.

**Informationen:**  
Wissenschaftsladen Bonn e.V.  
Andreas Pallenberg  
Buschstr. 85  
53113 Bonn  
Tel.: 0228-20161-20  
Fax: 0228-265287  
E-mail: [WilaBonn@t-online.de](mailto:WilaBonn@t-online.de)

### **Bildung 21 - Lernen für eine gerechte und zukunftsfähige Entwicklung**

**Kongress**  
28. - 30. Oktober 2000  
Bonn

Die Lösung der globalen Probleme verlangt einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Wandel. Dabei spielt die schulische und außerschulische Bildungsarbeit eine Schlüsselrolle. Zehn Jahre nach dem ersten Kongress zur entwicklungspolitischen Bildung mit dem Titel „der Nord-Süd-Konflikt - Bildungsauftrag für die Zukunft“, findet nun der Folgekongress in Bonn statt. Diese Veranstaltung will die Erregenschaften und Defizite der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit seit 1990 in den verschiedenen Praxisfeldern bilanzieren, die veränderten Anforderungen analysieren, die sich aus neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Wertewandel ergeben und Perspektiven für pädagogische Theorie und Bildungspraxis sowie die notwendigen bildungspolitischen Weichenstellungen benennen.

Der Kongress soll dazu beitragen, die Anliegen und Aufgaben für eine Bildung, die eine zukunftsfähige und gerechte Entwicklung anstrebt, zu präzisieren.

ren. Der Kongress wendet sich an LehrerInnen, an Multiplikatorinnen aus allen Bereichen der außerschulischen Bildungsarbeit, wie auch an Personen, die in Wissenschaft oder Politik mit Bildungsfragen befasst sind.

**Informationen:**  
Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) e.V.  
Kaiserstr. 201  
53133 Bonn  
Tel.: 0228-946770  
Fax: 0228-9467799  
E-mail: [s.schmitt@venro.org](mailto:s.schmitt@venro.org)

### **The Two-thirds Minority - Developing Countries in the WTO**

**Internationale Tagung**  
30. - 31. Oktober 2000  
Bonn

Die Tagung soll nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz von Seattle v.a. Vertretern aus Entwicklungsländern Gelegenheit bieten, ihre WTO-Reformvorschläge vorzustellen. Als Redner sind neben den Vertretern Mexikos, Kenias und Ägyptens bei der WTO auch der stellvertretende WTO-Generalsekretär sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Bundesministerien eingeladen. Als Fachtagung in englischer Sprache ist sie v.a. an handels- und entwicklungspolitische Campaigner und Lobbyaktivisten sowie die interessierte Fachöffentlichkeit gerichtet. Am 1. Konferenztag steht das Thema „From Green Room to Glass Room - Internal Transparency in the WTO“ zur Diskussion und am 2. Tag „Special and Differential Treatment - Opportunity for Trade between unequal partners?“.

**Informationen:**  
Germanwatch  
Thomas Stukenberg - Trade-Watch  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228-60492-0  
Fax: 0228-60492-19  
E-mail: [germanwatch@germanwatch.org](mailto:germanwatch@germanwatch.org)

### **Die Welt als Beute**

**Tagung**  
04. - 05. November 2000  
Düsseldorf

Seit 22 Jahren arbeitet das internationale Netzwerk „Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG)“ kritisch zum multinationalen BAYER-Konzern. Die CBG hat hautnah erlebt, wie dieser Konzern das, was „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ genannt wird, als eines der größten Firmen-Imperien der Welt vorbereitet und umgesetzt hat. Im Rahmen dieser Tagung möchte die CBG ihre Erfahrungen weitergeben und verallgemeinern, um daraus zu lernen und den konzernkritischen Widerstand weiterzuentwickeln.

**Informationen:**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren CBG  
PF 150418  
40081 Düsseldorf  
Tel.: 0211-333911  
Fax: 0211-333940  
E-mail: [Co\\_gegen\\_Bayer@Nadeshda.gun.de](mailto:Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de)

### **Soziale Nachhaltigkeit und Zukunft der Arbeit**

**Konferenz**  
09. - 10. November 2000  
Wissenschaftszentrum, Berlin

In einem nunmehr abgeschlossenen Kooperationsprojekt hat sich das WZB-Team die Aufgabe gestellt, soziale Nachhaltigkeit - ausgehend vom Diskurs um Lebensqualität - konzeptionell und empirisch auszufüllen. Dementsprechend wurde der Schwerpunkt auf die Zukunft der Arbeit als die zentrale Quelle für die verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität gelegt. Dabei wurden die Ausdifferenzierung der Arbeit und absehbare Entwicklungslinien dargestellt, ihre sozialen und ökologischen Voraussetzungen und Folgen abgeschätzt. Diese Analysen führten zu einem Entwurf von Kriterien sozialer Nachhaltigkeit.

Auf dieser Tagung sollen Ergebnisse von Trendanalysen dargestellt werden, sie sollen aus ökonomischer, ökologischer und so-

zialer Perspektive kommentiert werden und ihre Eignung zur Ausfüllung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit sowie adäquate institutionelle Maßnahmen zu diskutieren.

**Informationen:**  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
Dr. Christel Degen  
Reichpietschufer 50  
10785 Berlin  
Tel.: 030-25491504  
Fax: 030-25491299  
E-mail: [degen@medea.wz-berlin.de](mailto:degen@medea.wz-berlin.de)

### **Neue Medien in der Umweltbildung**

**Fachtagung während der Mediabörse**  
15. November 2000  
Wuppertal

Ideen, Trends, Medien und Konzepte von Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung werden auf der Mediabörse 2000 in Wuppertal präsentiert. Im Begleitprogramm bieten das NRW-Umweltministerium (MUNLV) und die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) eine halbtägige Fachtagung zum aktuellen Thema „Neue Medien in der Umweltbildung“ an.

Digitale Kamera, CD-Rom mit Videoclips, Standbildern und Text, globales Surfen im Internet und „Klebenbleiben“ in chatrooms, virtuelle (Phantasie)Welten - die schöne neue Multimedia-Welt hat längst die Bildung erreicht. Was bringen die „neuen Medien“ für die derzeit ablaufende Entwicklung von der klassischen Umweltbildung zur „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im Sinne des Kapitels 36 der Agenda 21?

**Informationen:**  
Mediabörse c/o Bundesverband für Umweltberatung e.V.  
Bornstr. 12/13  
28195 Bremen  
Tel.: 0421-3478875  
Fax: 0421-3478714  
E-mail: [Umweltberatung@t-online.de](mailto:Umweltberatung@t-online.de)



### Zwischen Quote und Kröte - Jugend, Medien und Umweltkommunikation

In dieser aktuellen Publikation befasst sich das Adolf Grimme Institut mit den Möglichkeiten, wie das Thema Umwelt in Hörfunk, Fernsehen und anderen Kommunikationsmedien zeitgemäß und jugendorientiert zu vermitteln ist.

Dröge, komplex, langweilig - Umweltthemen haben in Redaktionen von Jugendmedien meistens einen schlechten Ruf. Ergebnisse zahlreicher Umfragen und viele positive Erfahrungen aber zeigen, dass das Thema Umwelt bei Jugendlichen nach wie vor hohe Priorität genießt. Wie lässt sich diese Kluft schließen? Wie lassen sich Akzeptanz und Attraktivität für Umweltthemen auch im populären Jugendradio herstellen? Und wie kann das Thema Umwelt schließlich so vermittelt werden, dass auch etwas „hängen bleibt“ - nämlich in Sachen Umwelt-Engagement? Das Projekt „Jugenddialog Hörfunk und Umwelt“ hat Antworten gesucht und gefunden. Sie werden in diesem Buch dokumentiert.

*Bezug: Adolf Grimme Institut, Ingrid Olschewski, Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl, Tel.: 02365-9189-13; Fax: 02365-9189-89; E-mail: fha-ged@grimme-institut.de - oder im Buchhandel - ISBN 3-88927-272-X, DM 39,00.*

### Vom Green Room zum Glass Room - Partizipation von Entwicklungsländern und interne Transparenz in der WTO-Entscheidungsfindung

Der Verfasser Markus Krajewski beschäftigt sich als Jurist an der Uni Hamburg seit längerem mit internationalem Handelsrecht. Fragen der internen Transparenz sind spätestens seit der gescheiterten Ministerrunde von Seattle in der Welthandelsorganisation ganz oben auf der Tagesordnung.

*Bezug: Germanwatch, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn, Tel.: 0228-6049213; Fax: 0228-6049219; E-mail: germanwatch@germanwatch.org; DM 8 zzgl. VK.*

### Der Naturschutzhelfer - Ein Leitfaden für ehrenamtlich tätige Naturschutzhelfer

Das Buch wurde als Leitfaden und Arbeitshilfe für alle ehrenamtlich und freiwillig tätigen Naturschutzhelfer, Naturschutzwarde bzw. Naturschutzwächter konzipiert. Es soll das Niveau der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit verbessern helfen und einen wichtigen Beitrag zu qualifizierten Entscheidungen und Planungen insbesondere auf lokaler Ebene leisten. Es kann als Ausbildungsmaterial verwendet werden und ist auch für Nutzer ohne naturschutzfachliche Ausbildung verständlich. Es ist ausgerichtet auf eine möglichst umfassende Information aller an Landschaftspflege und Naturschutz interessierten Laien. Nicht zuletzt kann das Buch als Hilfsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Naturschutzes eingesetzt werden.

*Bezug: Deutscher Naturschutzring, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359005; Fax: 0228-359096; E-mail: dnr-bonn@t-online.de, DM 10 zzgl. VK.*

### Kapital braucht Kontrolle - Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise - Hintergründe - Alternativen

Warum brach die Währungsordnung von Bretton-Woods zusammen? Was sind Hedge Funds und Derivate? Wieso sind kapitalgedeckte Renten unsicher? Was sind Offshore Zentren? Wo liegen sie? Wie können die Finanzmärkte reguliert werden?

Die Publikation informiert über die Entstehung der heutigen Finanzordnung, ihre politischen Konstellationen und institutionellen Entwicklungen. Ein Kapitel widmet sich den zahlreichen Fi-

nanzkrise der neunziger Jahre und ihren Folgen für die Bevölkerung. Der Zusammenhang zwischen neoliberaler Liberalisierung der Finanzmärkte und Abbau des Sozialstaates, mit den Implikationen für die Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme, wird erläutert. Schließlich werden Alternativenansätze in die Diskussion gebracht und somit eine Handreichung für praktische Politik gegeben. Das Inhaltsverzeichnis und ein Textauszug sind unter [www.weedbonn.org/finanzmaerkte/kbk\\_info.htm](http://www.weedbonn.org/finanzmaerkte/kbk_info.htm) zu finden. Bestellungen können unter [www.weedbonn.org/info/matlist.htm](http://www.weedbonn.org/info/matlist.htm) aufgegeben werden. *Bezug: WEED e.V., Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn, Tel.: 0228-76613-14; Fax: 0228-696470; E-mail: weed@weedbonn.org.*

### Handbuch Sport und Umwelt

Im Hinblick auf alle umweltbedeutsamen Sportarten wird dargestellt, wodurch Anlagen und Aktivitäten des Sports die Umwelt belasten können, welche Möglichkeiten der Minderung und Vermeidung von Konflikten bestehen und welche gesetzlichen Bestimmungen dabei zu beachten sind. Es wird auch gezeigt, wo die Ziele aus der Sicht von Umwelt und Sport übereinstimmen und wo die Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln liegen. Mit differenzierten Informationen und Analysen wird ein fundierter Überblick über die oft von Missverständnissen und Vorurteilen überschatteten Sport-Umwelt-Beziehungen gegeben, um die Diskussion auf eine sachliche Basis zu stellen und das Verständnis für ökologische Zusammenhänge zu vermitteln. Angesprochen sind interessierte Laien und Fachleute aus Sportorganisationen, Umweltverbänden, Kommunen, Behörden, Schulen, aus Wissenschaft, Publizistik und Tourismuswirt-

## Publikationen

schaft. In der dritten Auflage sind viele Aspekte vertieft und ergänzt worden. Es ist im Verlag Meyer & Meyer erschienen, umfasst 720 Seiten und kostet 39,80 DM.

*Informationen: Deutscher Naturschutzring e.V., Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359005; Fax: 0228-359096; E-mail: dnr-bonn@t-online.de.*

### Fairer Handel macht Schule

Eine Materialmappe zu Themen der Weltwirtschaft und zum Fairen Handel ist soeben unter dem Titel „Eine Reise durch die Weltwirtschaft“ erschienen. Die Mappe hilft LehrerInnen komplizierte Sachverhalte verständlich und lebendig für den Unterricht in der Sekundarstufe II aufzuarbeiten. Dabei wird viel Wert auf Schülerbeteiligung und Meinungsbildung gelegt. Das Material beschreibt fünf Unterrichtseinheiten, die jeweils in Bausteine unterteilt sind. So wird ein flexibler Einsatz der Projektideen möglich. Die Methoden sind ebenso vielfältig wie das Material selbst. Plan- und Simulationsspiele, die Schule als Werbeagentur, eine Diaserie, Referate und zahlreiche Folien sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Projekt.

*Bezug: Fair Trade e.V., Gewerbepark Wagner, Bruch 4, 42279 Wuppertal, Tel.: 0202-6489-221, Fax: -235, E-mail: sekretariat@fairtrade.de, DM 28 zzgl. VK.*

### Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: „In Amt und Ehren? - Zukunft bürgerlichen Engagements“

Die Redaktion des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen widmet sich der spannenden Aufgabe, Wissenschaft und politische Praxis publizistisch zu verbinden und wechselseitig fruchtbar zu machen. Einer wichtigen gesellschaftlichen Fragestellung widmet sich Heft 2. Unter dem Titel „In Amt und Ehren? Zukunft bürgerlichen Engagements“ wird ein großer Bogen von ideengeschichtlichen Wurzeln bürger-



schaftlichen Engagements, neuesten Auswertungen empirischer Studien zum Bürgerengagement, bis hin zu Analysen über die Enquete-Kommission „Zukunft Bürgerschaftlichen Engagements“ gespannt. Es beleuchtet die Defizite und Chancen einer bürgerschaftlichen Vitalisierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft „von unten“.

*Bezug: Verlag Lucius & Lucius c/o Brockhaus/Commission, Kreidlerstr. 9, 70806 Kornwestheim, Tel.: 07154-1327-377, Fax: -13, DM 25.*

### **Mensch, Wasser! Die Bevölkerungsentwicklung und die Zukunft der erneuerbaren Wasservorräte.**

Die Versorgung mit Süßwasser wird zu einem Schlüsselproblem der Menschheit. Setzt sich die bisherige Entwicklung fort, fehlt es im Jahre 2025 schätzungsweise 3 Milliarden Menschen an Wasser. Gerade in Ländern, die schon heute unter Wassermangel leiden, wie Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten, nimmt das Bevölkerungswachstum weiterhin zu. In vielen Regionen, insbesondere im Nahen Osten, drohen die schwindenden Reserven zur gefährlichsten politischen Streitfrage zu werden. Dieses Buch stellt den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und (Süß-)wasserversorgung dar und zeigt die Konsequenzen der derzeitigen Entwicklung in Bezug auf latente Konflikte, Gesundheitswesen und Entwicklungsfähigkeit auf. Mit Blick auf die Zukunft diskutieren die Autoren abschließend mögliche Strategien der Wassererhaltung.

*Bezug: Balance Verlag, Schockenriedstr. 4, 70565 Stuttgart, Tel.: 0711-78292-140, Fax: 0711-78292-180, E-mail: Vertrieb@hamppverlag.de*

### **Action against Child Labour**

Gerade aus der Perspektive des Projektplaners wird deutlich, wie komplex das Problem Kinderarbeit mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, traditionellen, ethischen, rechtlichen und politischen Implikationen in Wirklichkeit ist. Der Schwerpunkt liegt auf einem

mehrgleisigen Vorgehen zur Bekämpfung von Kinderarbeit an verschiedenen Fronten. Zielorientierte Strategien, Methoden und Instrumente werden aufgezeigt: ökonomisch, auf dem Gebiet der Bildung, in sozialem und kulturellem Bereich. Die Autoren zeigen auf, dass eine Welt ohne Kinderarbeit auch aus ökonomischer Perspektive die bessere Alternative ist.

Für die ILO hat der Kampf gegen die Kinderarbeit in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung gewonnen. Dies gilt insbesondere für die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, die unbedingt und unverzüglich beseitigt werden sollen. Dazu fordert ein im letzten Jahr verabschiedetes ILO-Übereinkommen (Nr. 182) eindringlich auf. Auch die „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ weist der weltweiten Beseitigung der Kinderarbeit eine Schlüsselrolle zu. Das Buch leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

*Bezug: Internationale Arbeitsorganisation, Vertretung in Deutschland, Hohenzollernstr. 21, 53173 Bonn, Tel.: 0228-362322, Fax: 0228-352186, E-mail: bonn@ilo.org, Internet: www.bonn@ilo.org, DM 60 (ISBN 92-2-110868-6).*

### **Afrikanissimo macht Schule! - Afrikanische Literatur im Unterricht der Sekundarstufen.**

Einen umfänglichen Reader mit Materialien zur Unterrichtsvorbereitung zur modernen afrikanischen Literatur hat die Aktion Afrikanissimo zusammengestellt. Diese Sammlung macht es möglich, die Werke bekannter afrikanischer AutorInnen in unterschiedlichen Fächern einzusetzen, ergänzt existierende Materialien um einen wichtigen, aber oft vernachlässigten Aspekt und schafft so die Voraussetzungen für einen neuen, realistischeren Blick auf Afrika.

Neben informativen Einführungen, einem ausführlichen Anhang mit Literaturhinweisen sowie einer Ideenbörse enthält dieser Reader konkrete Unterrichtseinheiten mit außergewöhnlichen Schriftstellerinnen und Schriftstellern. Themen wie Le-

ben in Südafrika während der Apartheid, Lebensweisen im vorkolonialen Afrika, Zauberei, traditionelle Medizin und Glaubensvorstellungen werden mit prominenten Texten vorgestellt.

*Bezug: Aktion Afrikanissimo, c/o Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika, PF 100116, 60001 Frankfurt, Tel.: 069-2102246, Fax: 069-2102227, E-mail: afrikanissimo@bookfair.com, DM 10 (ISBN 3-8165-2271-8).*

### **Lokale Agenda 21 in Hessen - Eine Zwischenbilanz des Förderprogramms**

Seit 1998 hat das Land Hessen mit einem Förderprogramm 119 hessische Städte und Gemeinden bei ihren Lokalen Agenda 21-Prozessen unterstützt. Die Zwischenbilanz gibt einen Überblick über den aktuellen Stand des Förderprogramms und zeigt wesentliche Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Lokalen Agenda 21-Prozesse in Hessen auf. Darüber hinaus werden Teilaspekte behandelt, wie die Nutzung von Indikatorensystemen zur Bewertung von Nachhaltigkeit und Ansätze für die Integration von Stadtmarketing, Dorferneuerung und kommunalem Öko-Audit in die Lokalen Agenda 21-Prozesse. Außerdem präsentiert jede geförderte Kommune ihre bisherigen Ergebnisse, Aktivitäten und Projekte.

*Bezug: RKW-Verlag, PF 5867, 65733 Eschborn, Tel.: 06196-495-332, Fax: 06196-495-300, E-mail: eschborn@rkw-hessen.de, DM 20.*

### **Das Adressbuch Umweltschutz**

Neben der Erweiterung, Ergänzung und Verbesserung der einzelnen Abschnitte wurden den meisten Adressen die E-Mail- und Internet-Anschriften angefügt. Neu hinzu gekommen sind die Adressen der National- und Naturparke sowie Biosphärenreservate in Deutschland sowie Umweltanschriften aus dem Bereich von UN und EU. Schulabgänger können sich über Studienmöglichkeiten an Hoch- und Fachhochschulen im Natur- und Umweltschutz durch das „Adressbuch Umweltschutz“ er-

ste Informationen beschaffen, die durch eine umfangreiche Dokumentation des Umweltbundesamtes jederzeit vervollständigt werden können.

Die Mehrzahl der Adressen im „Adressbuch Umweltschutz“ ist durch eine kurze Beschreibung von Zielen, Aufgaben und Arbeitsschwerpunkten ergänzt worden.

*Bezug: Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg oder bei der Deutschen Umweltstiftung (in diesem Fall gegen Voreinsendung eines Verrechnungsschecks), Postfach 1345, 76713 Germersheim, E-mail: info@deutscheumweltstiftung.de; DM 68 (ISBN 3-82740590-4).*

### **Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung**

Nachhaltigkeit der Landwirtschaft bedeutet Ernährungssicherung. Hierzu ist ein Umdenken in der landwirtschaftlichen Produktion weltweit und ein Umsteuern hin zu standortgerechten, umweltschonenderen Produktionsmethoden erforderlich. Für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern müssen Methoden unterstützt werden, die ohne hohe Investitionskosten durchgeführt werden können. Die Landwirtschaft der Industrieländer muss demgegenüber den Einsatz von umweltbelastenden Produktionsmitteln noch stärker reduzieren. Die Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft stehen gleichberechtigt zueinander: Schutz der Umwelt, Effizienz der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Internationale Agrarabkommen im Rahmen der Welt-Handelsorganisation (WTO) haben weit-reichende Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Nord und Süd. Es ist zu befürchten, dass die angestrebte Handelsfreiheit auf Kosten sozialer und ökologischer Ziele durchgesetzt wird. Deswegen ist eine grundlegende Reform der internationalen Agrarabkommen nötig.

*Bezug: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, Tel.: (0511) 2796-267/268/269/266, Fax: (0511) 2796-777.*